



101. Sitzung

Mittwoch, 20. August 1997

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Rolf Kruse und Zweite Vizepräsidentin Ulla Bussek

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin		Rolf Kruse CDU	5153 C
Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	5141 A	Dieter Obermeier STATT Partei	5154 B
Aktuelle Stunde	5141 A	Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister	5155 A, 5158 C
Fraktion der CDU:		Ole von Beust CDU	5158 A
Statt klarer Entscheidungen vor der Wahl — Vertröstungen auf nach der Wahl	5141 A	Wolfgang Kramer CDU	5159 C
Ole von Beust CDU	5141 A	Fraktion der SPD:	
Jan Ehlers SPD	5142 B	Bonner Pläne zur Verlagerung der Biologischen Anstalt Helgoland: Zerstörung erfolgreicher Forschung und Gefährdung von Arbeitsplätzen	
Dr. Willfried Maier GAL	5142 D	(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Dr. Achim Reichert STATT Partei	5143 C	Wahl und Vereidigung eines ständigen Vertreters (vertretendes Mitglied) des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
Dr. Roland Salchow CDU	5144 B	— Drs 15/7127 —	5160 C
Elisabeth Kiausch SPD	5145 B	mit	
Anna Bruns GAL	5146 A	Wahl eines ständigen Vertreters (vertretendes Mitglied) des Hamburgischen Verfassungsgerichts — Vorschlag der SPD-Fraktion	
Georg Berg STATT Partei	5146 C, 5150 C	— Drs 15/7715 —	5160 C
Berndt Röder CDU	5147 B	Ergebnis	5160 D
Markus Wegner fraktionslos	5148 A, 5151 C	Wahl einer Stellvertreterin für den Landeswahlausschuß für die Wahl zu den Bezirksversammlungen	
Dr. Martin Schmidt GAL	5148 D	— Drs 15/7806 —	5161 A
Antje Blumenthal CDU	5149 C	mit	
Uwe Grund SPD	5151 A		
Fraktion der GAL:			
Jeder Quatsch wird mitgemacht: Voscherau wählt den Euro ab	5151 D		
Dr. Willfried Maier GAL	5151 D, 5157 C, 5159 D		
Walter Zuckerer SPD	5152 D, 5158 D		

Wahl eines Mitglieds für den Landeswahlausschuß für die Wahl zu den Bezirksversammlungen — Drs 15/7842 —	5161 A	Barbara Duden SPD	5176 A
Ergebnisse	5171 B, 5198	Bernd Reinert CDU	5177 A, 5189 A
Grundsatzdebatte über eine Große Anfrage der Fraktion der GAL:		Detlef Umbach SPD	5177 B
Berufliche Bildung in Hamburg — Ausbildungskatastrophe 1997 — Drs 15/7757 —	5161 B	Heike Sudmann GAL	5178 C, 5181 A, 5188 B
dazu		Georg Berg STATT Partei	5179 D
Senatsmitteilung:		Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister	5180 D, 5188 C
Bericht zur Ausbildungssituation — Drs 15/7916 —	5161 B	Hans Jakob Kruse CDU	5182 D, 5187 D
mit		Dr. Erhard Rittershaus, Zweiter Bürgermeister	5183 C
Antrag der Fraktion der CDU:		Dr. Willfried Maier GAL	5184 C, 5187 B, 5189 A
Ausbildung statt Sozialhilfe — Drs 15/7899 —	5161 B	Werner Dobritz SPD	5185 D
und		Dr. Achim Reichert STATT Partei	5186 C
Antrag der Fraktion der GAL:		Beschlüsse	5189 B
Schaffung von Ausbildungsplätzen — Drs 15/7901 —	5161 B	Senatsmitteilung:	
Andreas Bachmann GAL	5161 C, 5170 D	Belastung der Justiz — Drs 15/7871 —	5190 A
Günter Frank SPD	5163 A	Dr. Achim Reichert STATT Partei	5190 A
Rolf Harlinghausen CDU	5163 D	Helga Weise SPD	5190 D
Georg Berg STATT Partei	5165 B	Heino Vahldieck CDU	5191 C
Gabriele Dasse GAL	5166 A	Manfred Mahr GAL	5192 C
Rosemarie Raab, Senatorin	5166 D	Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Senator	5193 B
Ingeborg Knipper CDU	5168 D	Beschluß	5195 A
Uwe Grund SPD	5169 D	Große Anfrage der Fraktion der GAL:	
Erhard Pumm SPD	5171 A	Straßenverkehrslärm, seine Folgen und seine Reduzierung — Drs 15/7644 —	5195 A
Beschlüsse	5171 B	(Ohne Besprechung)	
Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses:		Bericht des Wirtschaftsausschusses:	
Straßenschäden Zustand der Straßen — Drs 15/7705 —	5171 C	Hafenentwicklungsplan — Drs 15/7762 —	5195 A
Berndt Röder CDU	5171 C, 5175 C	mit	
Dr. Rolf Lange SPD	5173 A	Antrag der Fraktion der CDU	
Dr. Martin Schmidt GAL	5173 C	über dieselbe Thematik — Drs 15/7792 —	5195 A
Fabian von Borcke STATT Partei	5174 B	Bernd Reinert CDU	5195 B
Eugen Wagner, Senator	5174 D	Alexander Porschke GAL	5195 C, 5197 C
Beschlüsse	5175 D	Werner Dobritz SPD	5196 A
Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:		Dr. Erhard Rittershaus, Zweiter Bürgermeister	5196 D
Hamburgs Standort- und Hafenentwicklung im 21. Jahrhundert Hafenerweiterung Altenwerder — Drs 15/7861 —	5175 D	Beschlüsse	5197 C
dazu		Bericht des Haushaltsausschusses:	
Antrag der Fraktion der CDU		Hamburg Leuchtfeuer Aids-Hilfe — Drs 15/7927 —	5197 C
über dieselbe Thematik — Drs 15/7944 —	5175 D	Beschluß	5197 D
		Nächste Sitzung	5197 D

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat ist die Tagesordnung um die Punkte 5 a, 29 a, 37 a bis f sowie 100 a und b ergänzt worden. Tagesordnungspunkt 32 ist von der Tagesordnung abgesetzt worden. Die Fraktionen haben sich verständigt, die Tagesordnung noch um einen Punkt 120 zu ergänzen. Die Drucksache dazu ist Ihnen ebenfalls zugegangen.

Zur

Aktuellen Stunde

sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Statt klarer Entscheidungen vor der Wahl — Vertröstungen auf nach der Wahl

von der GAL-Fraktion

Jeder Quatsch wird mitgemacht: Voscherau wählt den Euro ab

sowie von der SPD-Fraktion

Bonner Pläne zur Verlagerung der Biologischen Anstalt Helgoland: Zerstörung erfolgreicher Forschung und Gefährdung von Arbeitsplätzen

Ich rufe zunächst das von der CDU-Fraktion angemeldete Thema auf. Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Herr von Beust.

B **Ole von Beust** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben — jeder weiß es — Wahlkampfzeiten. Wenn ich mir den Wahlkampf der Senatoren angucke oder zum Teil den der Sozialdemokraten, werde ich immer etwas an einen Kindergeburtstag erinnert. Da gab es einen Wettbewerb — vielleicht erinnern sich einige von Ihnen daran — mit so einer kleinen blauen Schachtel, die hieß „Pustefix“. Diejenigen wurden belohnt, die die größten Seifenblasen machten.

(Sabine Boehlich GAL: Das waren Sie wohl immer!)

Was der Senat und die SPD nun machen, ist reine Seifenblasenankündigungspolitik. Viele Worte, nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU)

Nun hat diese Art des Wahlkampfes in Hamburg Tradition; wir kennen es. Bereits vor vier Jahren — ich erinnere mich gut daran — saß Bausenator Wagner im Blaumann im Bulldozer und donnerte los und sagte: „Das ist jetzt der Anfang der S-Bahn zum Flughafen.“ Seifenblase! Die S-Bahn ist nicht da.

Aufgrund der Situation der Inneren Sicherheit wurden kurz vor der Wahl vom damaligen Innensenator Polizisten in U- und S-Bahnen geschickt, die für Sicherheit sorgen sollten. 14 Tage nach der Wahl waren die Polizisten wieder abgezogen. Seifenblase geplatzt. Das hat Tradition bei den Hamburger Sozialdemokraten: Worte, Worte. Seifenblasen, Ankündigungen vor den Wahlen und nichts dahinter. Das ist die Wirklichkeit im Moment.

(Beifall bei der CDU)

Und diese Wirklichkeit von damals hat auch Tradition für heute. Die Seifenblasen von damals sind aber klein im Ver-

gleich zu dem, was heute an riesigen Seifenblasen geboten wird. Zum Teil — das ist Ihr Pech — sind sie schon vor der Wahl zerplatzt.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Sie haben Polizeistationen versprochen, Herr von Beust!)

So haben Senator Rittershaus und der Bürgermeister gesagt, die Arbeitsplätze bei Bavaria seien gesichert. Der Vertrag mit Brau und Brunnen sei unter Dach und Fach. Bavaria werde bei der Stadt geparkt, ein Investor sei da, und alles ist wunderbar. Was ist die Wirklichkeit? Weder ist der Investor bekannt, man weiß nicht, wer es sein soll, und nicht einmal der Vertrag ist redlich geschlossen worden. Sondern jetzt wird erst klar, daß es ein Eckpunktepapier war, und es ist noch gar nicht klar, welche Marken von Brau und Brunnen in Hamburg bleiben sollen. Das wäre aber entscheidend, um einen Investor zu finden und es weiterzuverkaufen. Das heißt, diese Seifenblase, von Ihnen vor der Sommerpause produziert, ist schon nach der Sommerpause geplatzt. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, mit Arbeitsplätzen und dem Schicksal von Menschen, die dort wohnen und arbeiten, spielt man nicht.

Neben diesem Beitrag zu Brau und Brunnen und Bavaria verkündet der Bürgermeister in einem Kunststück zwischen vollmundig und schmallippig — das kriegt er irgendwie ganz gut hin —, daß es nun Zeit für „Law and order“ sei und daß er sich darüber freue, daß die Hamburger Justiz jetzt im Schnellverfahren entscheiden könne. Senator Hoffmann-Riem sagt, daß das so nicht stimme. Voscherau sagt, es stimme doch. Dank der Hauptverhandlungshaft, die der Bund nun beschlossen habe, könne das endlich gemacht werden. Die Wahrheit ist, daß Hamburg diese Hauptverhandlungshaft im Bundesrat ein- einhalb Jahre lang verhindert hat. Und nun läßt sich Voscherau dafür feiern, genauer gesagt, er will sich feiern lassen. Auch das ist eine Seifenblase, die schon mit der Ankündigung zerplatzt.

(Beifall bei der CDU)

Zu „Law and order“, zur Inneren Sicherheit im Bundesrat. „Law and order“ ist nun Ihre Angelegenheit. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Vollmundig angekündigt. Der Bundesrat schlägt auf Antrag Bayerns vor, die Einstufung des Grundfalls des Kindesmißbrauchs als Verbrechen zu ahnden, um abzuschrecken. Was macht Voscherau im Bundesrat? Abgelehnt.

Weiter wird vorgeschlagen, die Prognoseanforderungen bei Freilassung von Straftätern, insbesondere Sexualtätern, zu verschärfen. Das wurde im Bundesrat beantragt und von Voscherau in Hamburg abgelehnt. Es wird ferner vorgeschlagen, die Sicherungsverwahrung nicht erst bei der dritten Sexualstraftat greifen zu lassen; nach dem Motto: Straftat — verurteilt, Straftat — verurteilt, Straftat — verurteilt, und dann darf erst die Sicherungsverwahrung kommen. Dieses ist zur Erleichterung vorgeschlagen worden, um die Menschen vor Verbrechen zu schützen. Was macht Voscherau im Bundesrat? Abgelehnt. Das ist Ihre Seifenblasen-Law-and-order-Politik in der Wirklichkeit. Worte, Worte und nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU)

Dieses zieht sich wie ein roter Faden durch andere Dinge.

(Ole von Beust CDU)

- A Senator Wrocklage hat kurz vor der Wahl entdeckt, daß man die Polizei von polizeifremden Aufgaben wie Objektschutz, Verkehrsüberwachung und Unfallaufnahme befreien müsse. Das steht schon seit 1993 in den Kooperationsvereinbarungen.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Das ist doch gut!)

Vier Wochen vor der Wahl fällt es ihm ein. Und ich garantiere Ihnen, daß es nach der Wahl heißt: Außer Spesen nichts gewesen. Seifenblase! Wieder nichts dahinter, sondern wieder nur vollmundige Ankündigungen.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Lieber spät als nie!)

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Uwe Grund und Rolf Köpke, beide SPD)

Das Interessante ist, wenn der Schuldige gesucht wird, daß es immer heißt, Bonn habe die Schuld. Ich frage mich, warum Voscherau und die SPD nicht in Bonn und im Bund für diese Gesetze der Inneren Sicherheit gekämpft haben, von denen sie selber meinen, sie müßten nun kommen. Vier Jahre gab es Stillstand, Fehlanzeige. Ich kenne keinen Antrag der Sozialdemokraten auf dem Parteitag der Bundes-SPD, auf dem gesagt wurde, wir müssen weiterkommen. Es wurde alles linientreu mit Lafontaine mitgemacht, jeder Fortschritt im Bereich der Inneren Sicherheit verhindert, und jetzt werden vor den Wahlen Seifenblasen gezaubert. Das ist unredlich, das ist nicht anständig, und dafür werden Sie Ihre Quittung bekommen, da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der CDU — Uwe Grund SPD: Das war ziemlich müde!)

B

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Ehlers.

Jan Ehlers SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich sogar ein Jackett anziehen, weil ich dachte, daß das eine tolle Sitzung wird, mit einer Auseinandersetzung und einer Abrechnung der Politik zum Schluß dieser Legislaturperiode. Aber was ist bloß aus diesem ehemals hoffnungsfrohen aufkommenden Jungpolitiker der CDU geworden?

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Was ist daraus bloß geworden?

Wenn Sie so platt Wahlkampf machen, mit solchen Themen in dieser Darlegung,

(Ole von Beust CDU: Die Wahrheit!)

stört mich vor allem, daß Sie uns auch auf das Stammesniveau herunterzerren. Das ist doch nicht den Problemen angemessen, die wir tatsächlich haben; und das in fünf Minuten, das ist eigentlich schlecht.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wessen Stammtischniveau ist denn das? — Gegenruf von Dieter Obermeier STATT Partei: Oles!)

Ein Journalist hat geschrieben:

„In dieser Zeit vergeht keine Woche, in der nicht irgendeiner eine sicherheitspolitische Sau durch das Dorf treibt.“

Das ist das, was wir hier feststellen können.

Sie als Politiker wissen alle um das Sicherheitsbedürfnis der Menschen. Es gibt eigentlich nichts, was ihnen wichtiger ist, als allzeit in ihrem Glück so ungestört weiterzuleben. Niemand hat ihre Sicherheit zu gefährden. Die Wirklichkeit ist aber anders, und das nehmen wir auch zur Kenntnis. Aber Sie diskutieren dieses Thema so platt und sehen darüber hinweg,

(Ole von Beust CDU: Stimmt es denn nicht, daß Sie im Bundesrat dagegen gestimmt haben?)

daß auch die Sicherheitspolitik ein anständiges Handwerk erfordert. Daß die verschiedenen Maßnahmen auch zueinander passen müssen, darf doch nicht vergessen werden.

Sie haben zuletzt sogar noch die Schützenverbände entdeckt, die sich zukünftig die Unterwandererstiefel anziehen und die verdeckte Observierung irgendwelcher öffentlichen Plätze und Parks übernehmen sollen.

(Ole von Beust CDU: Dummes Zeug!)

Das treibt doch Blüten, womit kein Mensch mehr vernünftig umgehen kann. Dabei ist es doch so, daß wir tatsächliche Probleme in der Kriminalitätsentwicklung haben. Das hat auch etwas mit Globalisierung und Individualisierung zu tun. Natürlich sind das auch Reflexe unserer gesellschaftlichen Entwicklung; das kann auch einmal thematisiert werden. Diese Chance verpassen Sie, und an sich enthalten Sie uns das auch vor. Ich habe gesehen, daß Sie noch eine ganze Menge Redner auf der Liste haben, und Sie haben auch noch das Schmutzthema. Wir werden auch auf alles antworten, aber leider werden wir solch eine Abrechnung in einer Aktuellen Stunde nicht hinkriegen.

Zu den Graffiti. Gestern stand ich in Ottensen plötzlich vor einem, worauf stand: Unsere Taten bestimmen uns, und wir bestimmen unsere Taten. Ich glaube, daß ist ein Spruch, von dem wir ein bißchen lernen können. Wir müßten eigentlich eine andere Form der Auseinandersetzung für eine Legislatur finden

(Ole von Beust CDU: Tun Sie's doch! Sie regieren doch!)

als das, was über Sauberkeit und Hundekot von sich gegeben wird, nämlich darüber, was an Kriminalität in dieser Gesellschaft vorhanden ist, was an Maßnahmen gegen sie so gezielt angesetzt werden muß, daß es zueinander paßt, aber ebenso die Freiheitsrechte der Bürger wahrt. Ich denke, das ist unsere Aufgabe, der wir uns besser stellen müssen als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muß zugeben, ich hatte ausgesprochene Schwierigkeiten, mich auf das Thema dieser Debatte vorzubereiten. Die CDU hat das Thema gestellt: Vorher und nachher.

(Ole von Beust CDU: Anspruch und Wirklichkeit!)

Das ist ein großes Thema. Man hat zumindest kein Problem, alles unterzubringen, was man einmal sagen möchte, sozusagen völlig uneingeschränkt.

Ich habe den Eindruck — angesichts der Rede von Herrn von Beust gerade eben, aber auch mancher Reden vorher

C

D

(Dr. Willfried Maier GAL)

A schon —, daß eigentlich beide, CDU und SPD, ein Problem haben.

(Uwe Grund SPD: So wie die GAL!)

— Wir haben sehr viele Probleme, aber darüber rede ich jetzt nicht.

Die CDU hat das Problem, daß angesichts all der vielen Polizeistationen, die sie fordert, eigentlich gar nicht Herr von Beust der überzeugendste Vertreter der Polizeistationen ist; sondern der Polizeistationenvertreter sitzt da oben.

Die SPD hat das Problem, daß die CDU eigentlich ständig im stillen reklamiert, daß ihr wirklicher Spitzenkandidat da oben sitzt; das sagt die CDU.

Aber der da oben sitzt, der hat ein umgekehrtes Problem. Der gibt immer gerne zu erkennen: Eigentlich habe ich die falsche Partei. Da ist eine merkwürdig vermischte Anordnung entstanden, und die verwirrt auch — glaube ich — die Leute. Herr Voscherau führt sozusagen einen CDU-Wahlkampf, und die SPD sagt: Hoffentlich merkt das niemand; unsere Themen bleiben ganz ruhig.

Zum Beispiel das Thema Straßenbahn. 1991 sind Sie damit aufgetreten und haben gesagt: Die wollen wir. 1993 sagten Sie: Die Planungsarbeiten werden angefangen, es geht jetzt los. 1997 schreiben Sie in Ihr Programm:

„Die SPD sieht in der Stadtbahn eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV-Angebots und wird sich deswegen für eine zügige Fortführung der Vorbereitungen einsetzen.“

B Der Atomausstieg, Tschernobyl, war auch einmal Ihr Thema. Schweigen im Walde. Statt dessen befürworten Sie mit Ihrem Umweltsenator die berühmte Kabelanbindung aus Norwegen,

(Petra Brinkmann SPD: Ja, muß ja auch!)

was bedeutet, Sie schaffen diesen Kernkraftwerken jetzt noch das Pumpspeicherwerk, damit diese auch nachts ordentlich rundlaufen können und der Strom nützlich verwertet werden kann. Nichts vom Ausstieg.

(Petra Brinkmann SPD: Oder nichts verstanden!)

Die Partei ist aber in Stille entschlafen.

Am Anfang der Legislaturperiode gab es den PUA: Die Polizei muß besser unter Kontrolle genommen werden. Heute heißt es: Man muß ihr die Zügel lassen. Das ist eine völlige Umdrehung des Themas. Und Sie schweigen still zu all den Geschichten. Ich finde, daß das eine merkwürdige Schlachtordnung ist. Ich habe den Eindruck, wir sind die einzigen, die eine gewisse Differenz in den Wahlkampf bringen.

(Beifall bei der GAL — Petra Brinkmann SPD: Aber meistens sind Sie nicht da! — Dr. Roland Saichow CDU: Krista auf der Couch!)

— Ich habe offenbar getroffen.

Dann kommt noch hinzu, daß Herr Voscherau eigentlich die große Koalition will, sie aber zu kleinen Preisen möchte; das heißt, mit Herrn Hunke. Das erinnert mich an das schöne russische Sprichwort: In Notzeiten nennt man das Schwein Onkelchen. Das heißt, man führt einen Wahlkampf für jemand anderen, der einem gegenwärtig die Stimmen verschafft.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Und das stört Sie, oder was?)

C Das meine ich nicht als Qualifizierung der Person; aber das russische Sprichwort ist so nett. Ich finde, es ist etwas dran.

Zu allen Koalitionsbekundungen ein Letztes, ein Liebesgedicht von Robert Gernhardt:

„Kröten sitzen gern vor Mauern,
wo sie auf die Falter lauern.
Falter sitzen gern an Wänden,
wo sie dann in Kröten enden.
So du, so ich, so wir.
Nur, wer ist welches Tier?“

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Beust, wenn ich mir die Überschrift Ihrer Debattenanmeldung ansehe — ich darf sie noch einmal wiederholen, das ist gut für die Sache: Statt klarer Entscheidungen vor der Wahl — Vertröstungen nach der Wahl —, dann habe ich den Eindruck, daß blinder Eifer nur schadet. Zum einen haben Sie nämlich in dem zweifelten Versuch, doch noch das Steuer herum und den demoskopischen Trend nach oben zu reißen,

(Ole von Beust CDU: Nicht hier machen, Herr Reichert!)

das Thema verfehlt, was um so peinlicher ist, als es Ihr eigenes ist. Wie pflegt man unter einen Aufsatz zu schreiben, in dem das Thema verfehlt ist? Sechs, setzen.

D Zum anderen ist das mit der Glaubwürdigkeit im Wahlkampf ja so eine Sache. Hamburg ist zwar in der Tat nach wie vor im biologisch-ökologischen Sinn eine grüne Stadt, ich hoffe nicht im politischen. Daß sie aber auch sicher und sauber ist, habe ich in der Tat erst von dem SPD-Wahlplakat mit Sarah Brightman erfahren. Ich bin auch der Meinung, Herr von Beust, daß sich die SPD mit diesem Plakat keinen Gefallen getan hat. Aber wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Hartmut Engels CDU: Mit 5 Prozent regieren Sie mit!)

Wer wie Sie, Herr von Beust, jedem Stadtteil eine eigene Polizeistation verspricht und auf Befragen dann einräumen muß, das sei nur punktuell gemeint und nicht bezogen auf 104 Stadtteile, der erweist seiner Eigenglaubwürdigkeit keinen Gefallen.

Ich versuche immer wieder, Herr von Beust, auch mit Ihren politischen Anliegen ernst umzugehen, laufe damit aber zunehmend in meinen eigenen Reihen die Gefahr, selber nicht mehr ernst genommen zu werden.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Wo sind die Reihen überhaupt?)

Als ich Ihre Debattenanmeldung gelesen habe, habe ich mir — genau wie Herr Dr. Maier — überlegt, was Sie damit eigentlich meinen. Dann habe ich einmal eine lose Stoffsammlung darüber angelegt, was man der Kooperation möglicherweise alles vorwerfen könnte, was in dieser Zeit nicht fertig geworden ist. Diese Stoffsammlung — ich nenne sie einmal Bruttoliste — hat folgendes Ergebnis ergeben. 70 Prozent dieser Punkte betreffen direkt oder indirekt die Kooperationsvereinbarungen oder das Regie-

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

A rungsprogramm und sind Punkte, die, aus welchen Gründen auch immer, in dieser Legislaturperiode nicht fertig geworden sind.

Läßt man zunächst mal nur Einfachnennungen von Verzögerungsgründen zu, dann gibt es ganz verschiedenartige Akzeptanzprobleme. Sei es innerhalb der Behörden, zwischen Behörden oder verschiedenen Ressorts, innerhalb der Kooperation, zwischen Kooperation und anderen Parteien — denken wir zum Beispiel an offene Punkte der Verfassungsreform — oder zwischen Hamburg und anderen Bundesländern. Diese Akzeptanzprobleme sind natürlich unterschiedlich zu bewerten, je nachdem, ob es sich um vertraglich ungebundene Parteien und Kooperationspartner, um behördeninterne Durchsetzungsprobleme oder um länderübergreifende Themen handelt.

Erst wenn man Mehrfachnennungen zuläßt, spielen auch rechtliche Hindernisgründe eine Rolle: Fehlende oder unklare Rechtsgrundlage, zwischenzeitliche Änderung der Rechtsgrundlage, kartellrechtliche Bedenken, ausstehende Gerichtsentscheidungen, Vollzugsdefizite im Bereich unabhängiger Richterschaft.

Jetzt, Herr von Beust, kommen wir zu Ihrem eigentlichen Debattenthema. So krampfhaft ich auch gesucht habe, aber unter allen Punkten Ihrer Liste war kein einziger — ich betone: kein einziger —, der jetzt entscheidungsreif gewesen wäre

(Ole von Beust CDU: Bei Ihnen ist nichts entscheidungsreif! — Berndt Röder CDU: Das ist ja das Problem!)

B und aus Wahlopportunismus bis nach der Wahl vertagt worden ist. Jetzt müssen wir uns überlegen, was die Entscheidungsreife voraussetzt. Entscheidungsreife setzt voraus, daß es eine entsprechende Drucksache gibt, eine Behördenabstimmung und so weiter ...

(Dr. Roland Salchow CDU: Ach so, das ist es!)

— Ja, natürlich!

Herr von Beust, glauben Sie allen Ernstes,

(Ole von Beust CDU: Sie hätten Oberamtsrat werden sollen und nicht Abgeordneter!)

wenn Sie Ihren Traum erfüllt kriegten und Bürgermeister dieser Stadt würden — Sie haben 1995 einmal gesagt, es wäre für Sie ein Traum, die Stadt zu regieren; ich möchte ja nicht, daß Sie aus diesem Traum je erwachen —, daß es dann anders wäre? Glauben Sie, Sie würden auf Zuruf entscheiden? Sie brauchen auch entsprechende Entscheidungsgrundlagen, die entscheidungsreif sind.

Meine Redezeit ist aber für heute abgelaufen. .

(Beifall bei der STATT Partei und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Professor Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Kein Zweifel, Frau Präsidentin, der Projekte sind viele in den Jahren präsentiert worden und in einigen Medien auch gefeiert. Die Frage ist in der Tat, was daraus geworden ist oder ob sie nicht entscheidungsreif waren, weil ein Papier fehlte, wie Herr Reichert es meinte.

C Nehmen wir doch einmal die Hafencity, jene Umnutzung im östlichen Hafenbereich für Wohnungsbau; Herr Reichert war glücklich. „Geniestreich des Bürgermeisters“, sagte er.

(Beifall bei Georg Berg STATT Partei)

Das war ein Jahr nachdem Sie diese Gedichte gemacht hatten. Also ein Streich war es schon, Herr Reichert.

(Dr. Achim Reichert STATT Partei: Das ist er noch immer!)

Ich will gar nicht darauf hinaus, daß es als städtebauliches Projekt überhaupt nicht neu war, sondern schon jahrelang eingemottet war bei Herrn Kossak.

Das war wieder ein Schmücken mit fremden Federn durch den Bürgermeister, und das hatten wir im Zusammenhang mit Herrn Hoffmann-Riem jüngst auch schon in einem anderen Punkt.

Der Streich war die finanzielle Frage, die finanzielle Perspektive. Das brachte gerade die bürgerschaftliche Anhörung zutage; die eigentlichen Probleme sind überhaupt nicht gelöst und über die Wahl hinausgeschoben worden.

Die Rolle der Speicherstadt ist unklar. Der Hochwasserschutz ist nicht im Konzept. Jemand schlug Warften vor, auf denen die Häuser stehen sollten, Warften mitten in Hamburg. Andere wollten ein Sperwerk bauen, wie in Rotterdam, was wieder andere für falsch halten; der Hafen solle gefälligst offen bleiben und die Umwelt in Takt. Ich sage Ihnen: Seifenblase, es ist nicht konkret; es ist nicht entscheidungsreif.

D Was ist mit der Finanzierung Altenwerders aus Grundstücksverkäufen? In der Anhörung erlitt sie massive Kritik. So geht es nicht, es ist nichts dahinter, keine Taten, es sind Reden und Gaukeln.

Wenn wir von der Speicherstadt zwei Kilometer weiter westlich gehen, kommen wir in den Bereich, in dem wir erneut sehen, daß vieles verkündet, aber nicht umgesetzt wird. Das ist der Spielbudenplatz. Seit 20 Jahren lassen sich in dieser Stadt die Gemüter darüber aus, was man dort denn machen wolle. Sogar einen Vergnügungsdampfer wollte man dort aufbauen. Aber was ist dort heute? Nichts. Wüste.

Wenn man von dort gleich nach links einbiegt, kommt man an die nächste Stelle. Von der U-Bahn St. Pauli geht man wie ich jeden Morgen am Hafenkranhaus und an der Bavaria-Brauerei vorbei. Was mit der Bavaria-Brauerei ist oder nicht ist, ist schon dargestellt.

Und was ist mit dem Hafenkranhaus? Heute morgen hing dort ein Spruch: „Willkommen in der Ambulanz. Wenn's ein bißchen mehr sein soll, Krankenhaus durchsetzen.“ Eigentlich ist da nie etwas los bei diesem „goldenen Kind“ des Bürgermeisters, vielleicht pro Stunde ein Patient. Ich habe heute morgen erstmals eine Taxe mit einem Patienten dort gesehen. Es gibt keine stationäre Versorgung, aber zwölf Pflegekräfte, sieben verwaltende Kräfte und sieben Ärzte, das heißt 4,5 Millionen DM pro Jahr. Was ist das eigentlich für ein Konzept, das Sie dort vorgeführt haben? Es ist eigentlich nur die Ruhigstellung der Öffentlichkeit, damit Sie nach der Wahl irgend etwas anderes damit machen können.

Als ich gestern morgen dort durchging, war es ganz still. Im Spielplatzgrün zwischen diesen beiden Dingen, um die

(Dr. Roland Salchow CDU)

A sich der Bürgermeister gekümmert hat, zwischen Hafenkrankehaus und Bavaria, befanden sich drei Schlafsäcke, gefüllt, eine Fixerin im schwarzen Pullover war tätig, und abends war da ein Hundehalter. Das ist die Situation.

Bleiben wir einmal im Hafen und gehen auf die andere Elbseite. Ob es denn da besser ist? Vor 17 Jahren wurde die Hafenspanne im Stadtentwicklungskonzept von Hans-Ulrich Klose vorgeschlagen. In den Verhandlungen mit den Grünen hat der Bürgermeister 1993 die Hafenspanne wie eine Monstranz vor sich her getragen. Dann wurde die GAL abgewickelt und die Spanne eingewickelt. In den nächsten Koalitionsverhandlungen im Herbst, vermute ich, wird das alles wieder reanimiert, herangeholt, und dann ist es wieder weg.

Es steht übrigens auch in Ihrer Kooperationsvereinbarung, Herr Reichert — Sie haben es eben nicht zitiert —, daß die vorbereitende Planung bis Ende der Legislatur abgeschlossen werden soll. Das ist sie aber nicht. Da gibt es keinen Fahrstreifen, keine Ampel und nicht einmal einen Trassenplan. Nichts vom Bürgermeister, nichts vom Senat, nichts von der STATT Partei und nichts von der herrschenden Fraktion. Unser Trassenvorschlag wurde abgelehnt, und 1995 hieß es vom Senat: Man befinde sich in der Empfindlichkeitsanalyse. Das ist der Zustand, in dem sich dieses große Projekt befindet.

(Ole von Beust CDU: Schwachstellenanalyse!)

Das Wort ist nicht die Tat. Worte zusammenstellen kann der Bürgermeister ergreifend; sie mit Würde entlassen kann er blendend. Er kann sogar in der Nikolaikirche glaubhaft machen, er würde nie der Steuer wegen aus der Kirche austreten, wüßte man nicht, daß er gar nicht drin ist.

B

Zu den Aufgaben und apostolischen Verantwortlichkeiten des Senats gehört auch die Arbeitsplatzsicherung. Unabhängig von dem deutschen Konjunkturtief und dem Verlust an Arbeitsplätzen international teilte dieser Tage Senator Rittershaus mit, daß Privatinitiative und Pragmatismus Kennzeichen seiner Amtsführung war. Das ist schön.

Aber er teilte auch mit, daß durch die Hamburger Verkehrspolitik 6000 Arbeitsplätze verlorengegangen seien. Das ist schlecht. Und so frage ich, warum auch in der Verkehrspolitik nicht dafür gesorgt wurde, daß Hamburg prosperiert, daß es in Hamburg vorangeht. Sie haben verkündet, und dann wurde es bis nach der Wahl vertagt. Nichts ist dabei. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei Markus Wegner fraktionslos)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Kiausch.

Elisabeth Kiausch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat ist es so, daß die Überschrift der CDU alles und nichts vermuten ließ. Wir waren genauso überfragt wie unsere anderen Kollegen. Ich habe mich allerdings gefragt, ob das vielleicht ein Mangel an Phantasie ist. Es scheint aber nicht so zu sein, oder derselbe ist sehr weit verbreitet.

(Uwe Grund SPD: Es war nichts, Frau Kiausch! — Georg Berg STATT Partei: Seifenblase!)

Nun hat Herr von Beust die Runde feurig eröffnet, wie es so seine Art ist, und hat das Thema Innere Sicherheit angeschnitten, um sich sofort wieder davon zu verabschieden.

Die Sache ging dann mit einem Rundumschlag von Herrn Dr. Salchow weiter, der gleich viele Themen genannt hat,

(Ole von Beust CDU: Leider sind es so viele, Frau Kiausch!)

vor allem auch Themen, für die wir Extratagesordnungspunkte haben und wobei es sich durchaus lohnt, diesen Extratagesordnungspunkt für eine ausführliche Debatte zu nutzen.

(Ingeborg Knipper CDU: Kommt noch!)

Keinem Thema werden Sie nämlich in diesem kurzen Zeitabschnitt gerecht, und es liegt nur der Verdacht nahe, den ich am Schluß meiner Ausführungen nennen werde.

Frau Blumenthal hat sich gemeldet; sie wird jetzt den Sozial- und den Gesundheitsbereich abkaspeln, in der gleichen Gründlichkeit, wie sie es bei anderen ...

(Ole von Beust CDU: Die Kasperpuppenrede!)

— Das wird man nicht anders nennen können, Frau Blumenthal, weil die Themen viel zu ernst sind, als daß man sie in fünf Minuten aufbereiten könnte.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Ich komme auf den Ausgangspunkt zurück. Wenn Sie schon damit anfangen, muß es auch gestattet sein, einige Tatsachen zu nennen, die man — wie ich finde — einmal positiv bewerten kann, und zwar auch im Bereich der Inneren Sicherheit.

So ist zum Beispiel festzustellen, daß die Polizeidichte nach Berlin in Hamburg am dichtesten ist, daß immer mehr bürgernahe Beamte auf die Straße gehen werden;

(Dr. Martin Schmidt GAL: Besonders bei heißem Wetter!)

demnächst sind es 238, und ich finde, das ist eine sehr gute Einrichtung. Ich finde es gut, daß in den nächsten drei Jahren 756 junge Polizisten neu eingestellt werden. Eine gemeinsame Nahverkehrswache für U- und S-Bahn wird ausgebaut. Nach 20 Uhr gehen jetzt schon 45 Polizeibeamte zusätzlich auf den Bahnhöfen Streife. Es ist doch etwas passiert! Es wurde eine Dienststelle gegen organisierte Kriminalität eingerichtet. Es gibt eine Ermittlungsgruppe Graffiti, die 2300 Vorgänge aufgenommen hat und etliche Tatverdächtige auch dingfest gemacht hat.

Also ist der Eindruck, daß wir uns alles in Ruhe und aus falsch verstandener Liberalität angucken, doch verkehrt, Herr von Beust, und Sie wissen das auch ganz genau.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Und anstatt bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten oder vielleicht bei der Einbringung des Haushaltes, was ein wirklich wichtiger Punkt für diese Stadt ist — bei welchem Sie sich aber anscheinend der Debatte entziehen wollen —, machen Sie dieses Theater,

(Ole von Beust CDU: Sie können die Wahrheit nicht vertragen!)

auf das man sich überhaupt nicht einstellen kann, und versuchen, sich politisch im Rahmen von Fünf-Minuten-Debatten mit Politik auseinanderzusetzen.

Herr von Beust, ich sage Ihnen: Sie sind jetzt zwar im Phoenix, aber Sie kommen nicht als Phönix daraus hervor. Was Sie reden, ist nämlich Asche.

C

D

(Elisabeth Kiausch SPD)

A (Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Das ist Asche, und Sie erheben sich nicht strahlend aus derselben, sondern überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei — *Ole von Beust CDU*: Nettes Wortspiel war das!)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Bruns.

Anna Bruns GAL:* Wir reden aber trotzdem weiter, Frau Kiausch, denn Herr von Beust sollte sich einmal selbst fragen, was seine starken Worte denn bewirken, welche starken Taten er dem folgen läßt. Da tauft er beispielsweise ein Kamel, eine sehr starke Tat.

(*Ole von Beust CDU*: Das nächste heißt Anna, das verspreche ich Ihnen! — Beifall bei *Dr. Achim Reichert STATT Partei*)

Er outet sich als radikaler Tierschützer, er wird jetzt selbst von einem Dalmatiner gewählt, irgendein Dalmatiner ist auch für Ole.

Ernstes wird es, wenn man die starken Worte aus Bonn einmal überprüft. Da soll bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit halbiert werden. Herr von Beust, wo ist das denn? Hier in Hamburg werden wir davon nichts spüren.

(*Jan Ehlers SPD*: Das steht ihm doch bis hier!)

— Ja, das steht ihm bis hier. — Herr Ehlers klagt andere Formen politischer Kultur und politischer Auseinandersetzung ein. Aber, Herr Ehlers, Sie haben einen Adressaten, für den Sie verantwortlich sind, der in der derzeitigen Auseinandersetzung die Fragen nach politischer Kultur und politischer Verantwortung offenläßt.

B

Wenn Herr Voscherau russische Jugendliche in Neu Altemöhe zur Räson bringen und einen Kollegen aus St. Petersburg einmal einfliegen möchte, damit er denen beibringt, was Ordnung ist, anstatt zu überprüfen, warum junge Menschen, Aussiedler, derzeit wenig Chancen haben, sich in dieser Gesellschaft zu integrieren, dann sind das Worte, die schon in Baden-Württemberg schiefgegangen sind. Wenn Herr Voscherau den Obrigkeitsstaat einklagt, dann hat das nichts mehr mit demokratischer Kultur zu tun. Wenn Herr Voscherau drei kritische Übel nennt und als erstes die internationale Flüchtlingswelle als kritisches Übel bezeichnet, dann bitte ich Sie, sehr genau bei der Wortwahl hinzuhören. Das muß ihm verboten werden, das darf nicht sein, und Sie wissen, warum es nicht sein darf. Das ist verantwortungslos. Wenn Herr Voscherau Rückenbedeckung gegenüber der eigenen Partei fordert, so ist das ein Binnenkonflikt, der auch viel über Demokratieverständnis aussagt. Wenn Herr Voscherau öffentlich sagt, mir ist es wurscht, wer unter mir Mehrheitsbeschaffer wird, ist auch das nicht gerade ein Musterbeispiel für Demokratieverständnis und für demokratische Kultur.

Sie haben recht, Herr Ehlers, aber da gibt es einen besonderen Adressaten, der auf den Prüfstand gehört. Und das, was die Partei im Augenblick abliefern

(*Elisabeth Kiausch SPD*: Welche? — *Jan Ehlers SPD*: Haben Sie auch eine? Liefern Sie auch was ab?)

— die SPD —, dieses Monarchentum, diese Hofschranzenmentalität, ist nicht gerade ein Fortschritt der politischen Kultur. Wenn es da Aufmüpfigkeit gibt und Herr Vo-

scherau diese Aufmüpfigen, wie er es gerne täte, nicht auf ein Schiff stecken kann, damit die Leute anständig zurückkommen, sondern sie als Strafarbeit an Stelle von monarchischen Unterwerfungsgesten aufbekommen, mit dem Plakat „In Hamburg muß niemand betteln“ die S-Bahn zukleben, war das die Konsequenz für ein vorbildlich sozialdemokratisches Statement auf das Bettlerpapier, aber die Strafe folgte auf dem Fuß. Das ist auch keine politische Kultur.

C

Wir sind heilfroh, wenn dieser Wahlkampf vorbei ist. Dieser Wahlkampf schadet der politischen Kultur, dieser Wahlkampf schadet der Demokratie, aber dieser Bürgermeister auch.

(Beifall bei der GAL — *Ole von Beust CDU*: Aber Krista und Heidi Kabel, das war Kultur! — *Gegenruf von Dr. Willfried Maier GAL*: Im Vergleich zum Kamel!)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut und konsequent, daß Herr von Beust sich mit dem Thema Seifenblasen beschäftigt hat, denn da ist er einsamer Experte.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Seine Seifenblasen zerplatzen sogar noch vor der Wahl. Sie sagen, das ist die Wahrheit, das muß man dem Bürger draußen einmal sagen.

Ich habe hier einen Zettel von Ihnen mit faksimilierter Unterschrift. Darauf steht, was Sie in Hamburg sofort ändern möchten. Das erste ist die Sache mit den Polizeistationen, was schon mit gebührender Häme bedacht worden ist. Das zweite, Sicherheits- und Serviceteams für jeden U- und S-Bahn-Zug, ist ein genauso erkennbarer Blödsinn — jedenfalls der zweite Teil, wo es auf die Finanzierung ankommt. Dafür sollen die Fahrpreise um 1 Prozent erhöht werden.

D

(*Ole von Beust CDU*: Richtig!)

Herr von Beust, was kostet dann die Nahbereichskarte? Statt 2,60 DM 2,626 DM. Und was kostet die Großbereichskarte? 4,141 DM. Das machen Sie bitte einmal einem Fahrkartenautomaten klar.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Allein die Umrüstung kostet Millionen.

Und wenn Sie sagen, das legen wir nicht linear um, sondern da nehmen wir uns bestimmte Tarifbereiche heraus, dann belasten Sie die Leute sehr viel mehr als mit 1 Prozent, nämlich mit 5 oder 10 Prozent, und dann ist Ihr schönes Wahlkampfangewort, daß Sie wissen, wie man das finanziert, weg.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Unstreitig, Herr von Beust, müssen Service und Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr verbessert werden. Da der Staat aber nicht weiterhin aus Bequemlichkeit und Unkenntnis Preistreiber

(*Ole von Beust CDU*: Lassen Sie die Hände davon!)

sein darf, müssen diese Verbesserungen intelligent finanziert werden, also beispielsweise durch Effizienzsteigerun-

(Georg Berg STATT Partei)

A gen im Bereich der ÖPNV-Betriebe oder das Anbohren von Transfermittelöpfen. Beides ist längst auf den Weg gebracht und von daher inhaltlich eine olle Kamelle.

(Ole von Beust CDU: Wir haben keine Vorlage hier, daran liegt es!)

Meine Damen und Herren! Das Wahlversprechen von Herrn von Beust ist wieder einmal unverkennbar von keiner Sachkenntnis getrübt. Dabei hätte die CDU gut vier Jahrzehnte Zeit gehabt, sich für einen solchen Wahlkampf eine gute Idee auszudenken.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Statt dessen kommen nur blamable Rohrkrepierer, als befänden wir uns nicht in einer Zeit, Herr von Beust, die dramatisch ist und die wir zum Glück dank unserer Mithilfe in den letzten vier Jahren gut bewältigt haben.

(Ole von Beust CDU: Sehr dramatisch, ja, das stimmt!)

Herr von Beust, Sie sollten sich nicht mehr als Bürgermeisterkandidat aufspielen. Als Spitzenkandidat Ihrer Partei sind Sie nun einmal gewählt, aber Sie als Bürgermeisterkandidat dieser Stadt lästert das Amt.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Ich komme zu Ihrem letzten Punkt. Wer unsere Stadt beschmutzt und beschmiert, muß für den Schaden auf eigene Kosten aufkommen. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

B **Präsidentin Ute Pape:** Meine Damen und Herren! Darf ich Sie daran erinnern, sich auch in Wahlkampfzeiten des parlamentarischen Sprachgebrauchs zu befleißigen, übrigens auch bei den Zwischenrufen.

Das Wort hat Herr Röder.

Berndt Röder CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Berg, zunächst ein persönliches Wort. Ich werde in der nächsten Legislaturperiode Ihre Beiträge hier sehr vermissen, sie haben zumindest einen hohen Unterhaltungswert.

(Beifall bei Ulf Laffrenz CDU — Ole von Beust CDU: Eigentlich würden wir gerne Herrn Hunke hören! — Gegenruf von Dieter Obermeier STATT Partei: Dann warten Sie doch die Wahl ab!)

Das Thema des heutigen Tages lautet: Statt klarer Entscheidungen vor der Wahl Vertröstung auf nach der Wahl. Es kann doch überhaupt keinen Zweifel geben, daß Verkehrspolitik in dieser Stadt — ich glaube, insoweit stimmen wir alle überein — sehr wichtig für den Wirtschaftsraum ist. Und was wichtig für den Wirtschaftsraum ist, ist auch wichtig für die Arbeitsplätze dieser Stadt; diese gilt es zu erhalten und zu mehren.

Wir müssen uns anschauen, wie es dort aussieht. Es gibt eine Reihe von Projekten. Im Bereich des Verkehrs fällt zunächst folgendes auf: In anderen Fachbehörden hat man sich wenigstens neue Versprechungen ausgedacht, in der Baubehörde trifft man auf die alten bekannten von vor vier Jahren. Schnelle Anbindung des Flughafens: Still ruht der See beziehungsweise die S-Bahn. Hafenspannung: Nichts passiert. Ortsumgehung Finkenwerder: Da passiert etwas, das wird schlechter. Der Bausenator

wohnt um die Ecke, er kennt das. Statt die Ortsumgehung in Angriff zu nehmen, kappt er die einzig leistungsfähige Verkehrsverbindung durch eine Flugzeugampel. In diesem Stadtteil wird demnächst alles zusammenbrechen.

Entscheidungen zur Stadtbahn: Nichts geschieht. Swebenweg, der zur Ortsumgehung gehört: Nichts geschieht, noch nicht einmal das Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet. Auch beim elektronischen Parkleitsystem passiert nichts. Ich will mich einer Bewertung enthalten. Ich nehme die Bewertung des Zweiten Bürgermeisters. Dieser hat eine Bewertung der Senatsarbeit am 4. Juli vorgenommen und gesagt, in den letzten fünf Jahren seien 6000 Jobs im Einzelhandel und 1,3 Milliarden DM Umsatz wegen der Verkehrspolitik verlorengegangen. Alle Wirtschaftszweige, nicht nur der Einzelhandel, kämen zu ihm und würden sich beschweren. Da kann ich nur sagen, recht haben die Leute.

Eine Verengung von sechs auf vier Spuren, noch mehr Pole und Verkehrsinseln dürfe es nicht mehr geben, das müsse zügig zurückgebaut werden. Der Traum, autofrei in die Innenstadt zu kommen, sei ausgeträumt und habe sich nicht bewährt.

Meine Damen und Herren! Das sind Aussagen des Zweiten Bürgermeisters. Was haben Sie denn in den letzten vier Jahren im Senat eigentlich getan? Das ist doch ein Kollegialgremium, wo gegen Ihre Stimme nichts geschehen kann. Ich erwarte, daß der Senat nicht die ganze Zeit dort sitzt, das Ganze amüsiert lächelnd von oben betrachtet, sondern auch einmal Stellung nimmt, und das gerade auch im Hinblick auf die STATT Partei Gruppe.

Herr Reichert, ich nehme noch einmal die Kurve zu dem, was Sie zur Planungsreife gesagt haben, damit die Öffentlichkeit auch einmal weiß, wie die Wirklichkeit ist. Ein Modellprojekt, das wir dringend brauchen, das Güterverkehrszentrum in Hamburg-Moorfleet, ist seit April 1997 planungsreif. Bis heute ist nichts entschieden, und es wird vor der Wahl auch nicht mehr entschieden, weil dieser Senat das verhindert. Das nennen Sie zügiges Abarbeiten, das kann ja wohl nicht wahr sein. Selbst dieses Beispiel der Planungsreife geht schlicht daneben.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Nennen Sie noch eins!)

Meine Damen und Herren! Es wirkt geradezu komisch, wenn Sie am Ende einer Legislaturperiode hierher kommen und sagen, eigentlich hat der Senat auf den großen Feldern für die Stadt versagt. Welche Erkenntnis soll man daraus ziehen, wenn dies der Zweite Bürgermeister einer Stadt sagt? Der stellt sich selbst und seiner Fraktion, die sich inzwischen ja als überflüssig herausgestellt hat, doch ein Armutszeugnis aus. Sie müßten hier einmal feststellen, was Sie in den einzelnen Problemfeldern, die Sie zum Teil richtig erkannt haben, eigentlich geleistet haben. 47 Monate hatten Sie Zeit, und Sie sollten die Gelegenheit nehmen, hier in wenigen Minuten darzustellen, was Sie denn eigentlich getan haben, um den Worten auch Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Wegner.

(Jan Ehlers SPD: Das ist eine Erlösung! — Erhard Pumm SPD: Jetzt kommt der krönende Abschluß der Debatte!)

A Markus Wegner fraktionslos: * Frau Präsidentin! Natürlich ist es an dieser Stelle richtig, noch einmal das Wort zu ergreifen, zumal der Bürgermeister mit mir zu Beginn dieser Legislaturperiode diese Kooperation beschlossen hat,

(Dieter Obermeier STATT Partei: Mit uns!)

auf der die SPD mit dem verbliebenen Rest der STATT Partei dann die Regierungsmehrheit in diesem Hause stellte.

Da die STATT Partei sich da unten gerade so echauffiert, bitte ich, sich doch einmal die Inkompetenz von Herrn Berg anzusehen, was die 1-Prozent-Steigerung anbetrifft, die man in verschiedenster Art auf die Fahrpreise aufschlagen kann. Ich bin nicht unbedingt für Fahrpreiserhöhungen, aber meine ehemaligen Kollegen der STATT Partei waren dafür. Das Beispiel von Herrn Berg zeigt deutlich, mit wem wir es hier zu tun haben und daß es sehr schwierig ist, wenn man hier als Bürger in ein Parlament einzieht, mal eben große Veränderungen herbeizuführen.

Aber nun zu dem, was der Bürger möglicherweise in den vergangenen vier Jahren erwartet hat und was wir oder Sie in Ihrer Mehrheit nicht geschafft haben und möglicherweise auch weiterhin nicht schaffen werden.

Schauen wir uns doch einmal die Personalausgaben in Hamburg an und die Reduzierung in den vergangenen vier Jahren.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Das habe ich ja immer schon mal gesagt!)

Durch die ausgelagerten Firmen hat es praktisch gar keine Stellenstreichungen gegeben; das muß man sich einmal genau angucken. Herr Obermeier, das Grinsen wird Ihnen vergehen, wenn wir auf die Schulden kommen. Die Schulden haben sich innerhalb dieser vier Jahre um 7 Milliarden DM erhöht; darüber sollten Sie noch einmal nachdenken.

B

(Dieter Obermeier STATT Partei: Sie haben das immer noch nicht begriffen, Herr Wegner! Investitionen werden über Kredite finanziert!)

— Nein, Sie werden es nicht begreifen, aber das ist egal, den Streit darüber sollten wir draußen führen.

(Erhard Pumm SPD: An so was verdienen oft Anwälte viel Geld!)

Es sind die gleichen Raten, um die geht es aber gar nicht. Es geht darum, daß wir in Hamburg zusätzlich zu diesen 9 Milliarden DM inklusiv Hamburger Wohnungsbaukreditanstalt noch die Ausgliederungen haben. Dazu kommen die Verkäufe in Höhe von annähernd 7 Milliarden DM. Wenn wir das addieren, dann haben wir in vier Jahren 15 Milliarden DM Miese gemacht. Das sind doch interessante Zahlen, die man sich einmal anschauen muß. Die kann man nicht einfach unter den Teppich kehren, wie das so gern in dieser Stadt gemacht wird.

Oder es kommen diejenigen, die für Offenheit und Demokratie angetreten sind, und plärren die ganze Zeit, daß die Landesbank an die Sparkasse verkauft werde. Das sagt natürlich insbesondere derjenige, der Mitarbeiter bei der Sparkasse ist. Das ist klar, Herr Obermeier, darüber wollen wir hier nicht reden.

(Günter Elste SPD: Sie sollten Ihre Beziehungsprobleme mit dem Psychiater lösen, Herr Kollege!)

Aber kommen wir doch einmal zum Thema Arbeitslosigkeit, zu den Subventionen, die weiterhin getätigt werden.

In diesem Hause hat es ein großes Trara gegeben wegen 100 Millionen DM für die Hamburger Stahlwerke. Im Moment kauft Hamburg mal eben eine Brauerei, weil dort ein entsprechender Anteil von Arbeitnehmern ist, die sagen, die Brauerei muß von der Stadt gekauft werden, die auch die entsprechende politische Verquickung in dieser Stadt haben.

Dann geben wir mal eben einen Kredit über zwölf Jahre — da sollen mehrere Schiffe gebaut werden — von 134 Millionen DM.

(Uwe Grund SPD: Kein Kredit, sondern eine Bürgerschaft!)

Das macht man mal eben so einfach. Das alles muß man einmal addieren und dann sehen, wie in dieser Stadt mit Geld umgegangen wird. Kein Lottobuden-Besitzer kann sich leisten, was die SPD sich in dieser Stadt leistet.

Zu den Ausgaben: Wo der Staat zuschlagen kann, wird einfach erhöht, einerlei, ob es die SPD oder die CDU ist, ob Bund oder Land. Wie das ein Teil der Menschen draußen noch bezahlen kann, ist eine andere Frage. Hauptsache, wir ziehen erst einmal den Bürgern an der einen Stelle das Geld aus der Tasche, um es ihnen an der anderen Stelle mit vielen Versprechungsabsichten möglicherweise wieder zukommen zu lassen; das sehen wir bei der Steuerreform. Über die Steuerreform wird natürlich in diesem Hohen Hause nicht gesprochen, das ist im Moment das heiße Eisen in Bonn, das faßt man nicht an.

Gucken wir uns die Angestelltenzahlen in dieser Stadt an. In Hamburg gibt es ungefähr 200 000 Leute — mit ehemals Bahn und Post, Stadt und Land —, die aus halböffentlichen oder öffentlichen Bereichen bezahlt werden. Ich glaube nicht, daß eine Gesellschaft alleine davon leben kann, daß bald jede vierte Stelle von den anderen drei bezahlt wird. Das kann nicht gutgehen, und das wissen viele Leute draußen auch.

(Ole von Beust CDU: Das ist richtig!)

Zum Abschluß möchte ich — Herr Maier, Sie haben vorhin so ein nettes kleines Gedicht gebracht — auch eines bringen. Es gibt so einen netten Vers:

„Auf dem Turm sitzt ein Wurm mit dem Schirm unterm Arm! Kommt ein Sturm und bläst den Wurm vom Turm!“

Guten Tag!

(Dieter Obermeier STATT Partei: Markus, Markus! Wo sind deine Legionen? — Jan Ehlers SPD: Und da gab es mal einen Komiker, der sagte immer: Noch'n Gedicht!)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seltsame Zeiten! Der Bürgermeister macht öffentlich klar, daß er von dieser Wahl nichts hält, daß es besser wäre, es bliebe, wie es ist, und die CDU bietet uns ein Thema, daß sie eigentlich die Wahl auch nicht haben will. Sie möchte, daß alles schon vorher entschieden werden soll.

(Beifall bei der GAL und der STATT Partei)

Ich dachte immer, es sei legitim, wenn eine Regierung in den Wochen vor der Wahl wichtige Entscheidungen nicht

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A fällt aus Achtung vor dem Souverän, dem Volk, der mit der Wahl neue Entscheidungsmöglichkeiten schafft.

(Ingeborg Knipper CDU: Ausnahmen!)

Die CDU verlangt das Gegenteil. Sie verlangt, daß die SPD heute schon alles entscheidet, weil sie nach der Wahl auch nichts mehr selbst mitentscheiden will, sie will nur regieren. Ich sehe vollkommen ein, daß dies im Interesse der CDU ist. Je mehr die SPD heute entscheidet, desto weniger anstrengend wird später das Regieren. Da können Sie so faul herumsitzen wie in der Bürgerschaft.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und der STATT Partei)

Richtig wäre in der Tat am Schluß einer Legislaturperiode eine Generaldebatte über die vier Jahre Regierungstätigkeit, die wir hinter uns haben.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Darüber reden wir morgen beim Haushalt!)

Das wäre bei verschiedenen Gelegenheiten möglich, zum Beispiel beim neuen Haushaltsplan; die Debatte findet aber so nicht statt. Nun hat uns aber der Senat ein Propagandapapier in die Hand gedrückt, das alle Abgeordnete ganz fleißig von der Staatlichen Pressestelle bekommen: „Die Rahmenbedingungen und Schwerpunkte Hamburger Politik 1993 bis 1997 des Hamburger Senats“.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Einer hat es gelesen, das ist gut! und Beifall)

— Ich habe es gelesen, weil ich Ihr Motto akzeptiere, nicht jeden Quatsch mitzumachen. Aber wenn ich lese, was Sie mitgemacht haben, Herr Voscherau,

B

(Heiterkeit bei der GAL)

dürfen Sie das nicht noch einmal laut sagen. Wir haben vor vier Jahren zusammengesessen und versucht, eine neue Regierung zu bilden. Und woran ist das gescheitert?

(Rolf Köpke SPD: An der GAL!)

Eigentlich daran, daß Sie jeden Quatsch mitmachen wollten. Sie wollten zwar keine moderne und neue ökologisch orientierte Strukturpolitik für diese Stadt in Gang setzen — das haben Sie auch vier Jahre lang nicht getan —, aber die großen Quatschprojekte wollten Sie unbedingt haben. Nächste Woche feiern Sie ein so obszönes Fest wie die Taufe der Bohrmaschine für die vierte Röhre.

(Heiterkeit bei der GAL)

Das heißt nun wirklich jeden Quatsch mitzumachen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Da halten Sie noch eine Festrede, viel Spaß. Ich komme hin und höre zu.

(Dr. Willfried Maier GAL: Als Männerfest!)

Wir haben hier mehrfach über den Transrapid debattiert, und selbst in Ihrer Partei gab es eine Mehrheit, die meinte, den Quatsch nicht mitmachen zu wollen. Aber wer sorgt dafür, daß Hamburg diesen Quatsch unbedingt mitmacht? Der Erste Bürgermeister. Das bringt weit weniger Arbeitsplätze, als wenn man die Eisenbahn ausbauen würde, ist ökonomisch schädlich und ökologisch sowieso schlecht; aber wir machen jeden Quatsch mit.

So könnte man in der Tat das Hauptproblem der gescheiterten Verhandlungen zwischen GAL und SPD von vor vier

Jahren betrachten. Es ging darum, daß eine allgemeine neue Politik nicht stattfindet, damit jeder Quatsch stattfinden darf, und jetzt kann man sehen, wie es weitergeht. Sie haben einmal so schön gesagt, Ökologie sei das Luxusthema der achtziger Jahre. Jetzt stellt sich heraus, daß das Nichteingehen auf ökologische Probleme die Arbeitslosigkeit und dergleichen, die Krisen der Gegenwart stark verschärft. Und was macht die SPD und ihre Regierung? Sie macht die Themen der siebziger Jahre wieder modern. Sie machen eine Strukturpolitik, als ob Helmuth Kern noch immer im Senat säße.

(Beifall bei der GAL)

Die Folgen dieser Politik sind unter anderem Ursachen der Misere, in der wir heute sind; soweit zu dem Quatsch und dem Rechenschaftsbericht des Senats.

Nun will ich zum Schluß noch etwas zu den Law-and-order-Themen sagen. Herr Voscherau, in Baden-Württemberg hat die SPD dafür gesorgt, daß die Republikaner in großer Stärke in den Landtag kamen. Alle, die zu diesem Thema reden, sollten aufpassen, daß sie nicht in Hamburg ein ähnliches Ding zustande bringen.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Blumenthal.

Antje Blumenthal CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kiausch, jetzt kommt das Kasperletheater, wie Sie so schön gesagt haben. Aber vielleicht sollten Sie sich einmal mit Ihrem Kollegen Uwe Grund auseinandersetzen, der mich hier als Kampfhenne beschimpft; ich versuche es einmal ein bißchen sachlich.

(Elisabeth Kiausch SPD: Das ist doch gut!)

Ein großer Programmpunkt in Ihrem Programm war die Frauenförderung. Werfen Sie einmal einen Blick auf den Senat. Dann werden Sie sehen, wie sehr dort die Frauenförderung wahrgenommen wird und daß noch nicht einmal nach außen hin versucht wird, das Scheitern zu verbergen.

Aber es gibt noch eine Reihe weiterer Beispiele. Ich beziehe mich nicht, wie Sie schon gehofft haben, auf die Gesundheitspolitik; die spricht für sich selbst. Ich beziehe mich auf die Beispiele in der Jugend- und Sozialpolitik.

Ich beginne mit der Jugendpolitik. 1992 haben Sie ein Sofortprogramm vorgelegt. Die Öffnungszeiten der Häuser der Jugend, insbesondere in den Brennpunkten, sollten auf die Sieben-Tage-Öffnung ausgedehnt werden. Sie haben sich vollmundig für St. Georg aus dem Fenster gehängt. Gucken Sie sich nun den letzten Bericht an. Es gibt zwar eine Nachmittagsöffnungszeit bis 20 Uhr, am Sonnabend ist total geschlossen in den Brennpunkten, und am Sonntag erbarmen Sie sich und öffnen für drei Stunden die Häuser der Jugend. Gleichzeitig, da Ihnen die Stadtteile wegbrechen, beschließen Sie ein Armutsbekämpfungsprogramm, wo vollmundig neue Projekte eingerichtet werden. Das ist Augenwischerei, Sie schieben das Geld hin und her. Noch viel schlimmer ist, daß das Armutsbekämpfungsprogramm ein Sparprogramm ist. Aus den 40 Millionen DM, die Sie vollmundig für vier Jahre bereitgestellt haben, haben Sie 20 Millionen DM angesammelt und schieben sie in die nächste Legislaturperiode, wohlwissend, daß die Kassen leer sind und Sie dann noch Geld haben müssen für die nächsten Projekte.

C

D

(Antje Blumenthal CDU)

A (Jan Ehlers SPD: Das steht doch auch auf der Tagesordnung! Was soll das in der Aktuellen Stunde?)

Sie müssen ab und zu einmal zuhören, Herr Ehlers. Herr Mirow hat gesagt, er habe es bewußt angespart. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Herrn Bakker, wir waren zusammen in einer Diskussion, wieviel Geld noch vorhanden ist und wieviel tatsächlich geschaffen ist. 400 Arbeitsplätze wollten Sie schaffen; Sie sind doch der Mann, der an der Spitze steht.

(Jan Ehlers SPD: Sie legen das doch so an, daß man Ihnen nie antworten kann!)

Was haben Sie geschaffen? Acht Arbeitsplätze im ersten und 158 im „zweiten“ Arbeitsmarkt. Jedes Jahr versprechen Sie, 3000 ABM-Plätze zu nutzen, und Ihre Regierung schafft jämmerliche 2500 Plätze. Sie werden mir antworten, Bonn habe schuld. Sie schaffen es noch nicht einmal, die Mittel aus den EU-Töpfen abzufordern. Es sind 11 Millionen DM im Programmziel 4, im Adapt-Programm sind es 17 Millionen DM, die Sie nicht abrufen. Die anderen Bundesländer rufen diese Mittel ab.

(Beifall bei der CDU — Erhard Pumm SPD: Das ist vielleicht ein Kohl da vorne!)

Sie sollten nicht immer nach Bonn gucken, sondern auch einmal nach Europa; auch Sie haben eine Europa-Abgeordnete. Vielleicht ist die Ihnen einmal behilflich in der Nutzung anderer Töpfe. Ich habe leider den Eindruck, daß Sie die Komplementärmittel nicht zur Verfügung stellen wollen und dieses als Spardose nutzen.

Weiter nenne ich hier den Behindertenplan. Ein Blick in das Kooperationspapier zeigt mir, daß sich auch die STATT Partei zusammen mit der SPD vollmundig aus dem Fenster gehängt hat. Für Behinderte werden Maßnahmen der Integration auch künftig nachhaltig unterstützt.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Und ist das nicht so?)

— Herr Obermeier, wo leben Sie eigentlich in dieser Stadt? Kommen Sie einmal in die Ausschüsse oder lesen die Protokolle oder fragen den Kollegen, der hinter Ihnen sitzt. Seit 1987 soll ein Landesbehindertenplan vorgelegt werden. Ende dieses Jahres, nach der Wahl, soll er uns nun vorgelegt werden. Gott sei Dank brauchen Sie dies ja nicht mehr zu erleben, und Herr Berg braucht sich dann auch nicht mehr damit abzuquälen und sich Gedanken darüber zu machen, ob er die Hand immer rechtzeitig hebt oder nicht. Der Behindertenbeauftragte hat im Ausschuß deutlich zu erkennen gegeben, daß es Mißstimmungen gegeben hat und er sich gegenüber dem Senator nicht durchsetzen konnte; traurig für die Behinderten in dieser Stadt. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, wo die Behinderten in dieser Stadt Angst haben, daß sie ausgegrenzt werden, daß die Sozialbehörde ihnen nicht mehr das nötige Geld zur Verfügung stellen will und vieles mehr.

Lassen Sie mich als letztes Beispiel die innovativen Elemente der Arbeitsmarktpolitik beziehungsweise die gemeinnützige Arbeit für Sozialhilfeempfänger nennen. Es gibt einen Parteitagbeschuß der SPD, wonach gemeinnützige Arbeit auch in dieser Stadt verstärkt gefördert werden soll. Und es gibt darüber hinaus einen Ausspruch des Ersten Bürgermeisters — ich zitiere —:

„Ich glaube, die Gesellschaft hat die Pflicht, die ungetane Arbeit im Stadtpark oder auf dem Hauptbahnhof zu

organisieren und diesen Menschen ein Transfereinkommen durch ein öffentlich finanziertes Beschäftigungsverhältnis einzuräumen.“ C

Jetzt muß doch eigentlich Beifall von Ihrer Seite kommen.

„Das setzt voraus, daß man den Betroffenen die freie Entscheidung zwischen einem Transfereinkommen ohne Arbeit oder mit sozialversicherungspflichtiger öffentlicher Beschäftigung nicht länger einräumen kann.“

So der Erste Bürgermeister dieser Stadt am 26. Februar 1996. Wo bleibt denn da Ihr Beifall? Das sagt Ihr Bürgermeister, aber im Parlament entscheiden Sie anders. Sie lehnen unsere Anträge laufend ab. Draußen auf der Straße reden Sie dem Bürger nach dem Mund, und hier handeln Sie anders.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist geradezu komisch, wenn am Ende der mit Sicherheit effizientesten, der am meisten auf den Weg bringenden Legislaturperiode Hamburgs seit Menschengedenken

(Heiterkeit im ganzen Hause)

diejenigen Bereiche hier so breit getreten werden,

(Dr. Willfried Maier GAL: Da war Herr Hunke aber schon sprachgestaltend tätig!)

die nicht alles sind. Selbst wenn Frau Blumenthal redet, bleiben — wenn man es genau analysiert — zwischendurch immer noch kleine Pausen, die sie nicht hat füllen können. So ist es uns auch in der politischen Arbeit ergangen. D

Trotzdem haben wir aus dem Bereich des Abgeordneten Berg grundlegende Sachen verabschiedet. Ich weiß noch, wie die CDU sich am Anfang, wenn ich dazu geredet habe, mit hämischen Zwischenrufen in der Sicherheit gefühlt hat, das komme nicht. Da ist zum Beispiel das Neue Steuerungsmodell,

(Ole von Beust CDU: Input! Output!)

eine grundlegende Neuausrichtung der staatlichen Planung und Haushaltslegung, da ist die Bezirksverwaltungsreform. Viele im Haus finden sie nicht richtig — das sehe ich zwar anders —, aber eines müssen Sie zugeben: Es ist genau das, was wir gewollt und angekündigt haben.

(Ingeborg Knipper CDU: Aber eine Reform ist es nicht!)

Dann haben wir einen wesentlichen Beitrag zum Einsparen geleistet. Während dieser Zeiten, wo alles nach außen hin so gemütlich gelaufen ist, daß es gar nicht richtig aufgefallen ist, haben wir eine Haushaltskrise sondergleichen, die sich auch noch fortsetzt, beispiellos bewältigt.

(Vizepräsidentin Ulla Bussek übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser gelungenen Krisenbewältigung in den schwierigsten Fällen ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Ulla Bussek (unterbrechend): Herr Berg, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Röder zu?

(Georg Berg STATT Partei)

A **Georg Berg** (fortfahrend): Nein, das lasse ich nicht zu.

Angesicht dieser gelungenen Krisenbewältigung in sehr schweren Zeiten mögen die Zuhörer bitte schön selbst bewerten, welchen Stellenwert diese Beanstandung von teils Peanuts und teils Lacherbsensamen hat. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als ich Herrn von Beust nach vorn kommen sah, habe ich mich an einen Spruch in einem Poesiealbum meiner neunjährigen Tochter erinnert.

(*Ole von Beust* CDU: Noch'n Gedicht! Sie können es ja vorlesen!)

— Ich kann es sogar auswendig.

„Wenn einer, der mit Mühe kaum geklettert ist auf einen Baum, schon denkt, daß er ein Vöglein wär, dann irrt sich der!“

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Es reicht nicht aus, daß Sie in der Fraktion geklettert sind, daß Sie hier zappeln und mit den Flügeln schlagen, Sie sind noch nicht flügge. Das jedenfalls ist der Eindruck, den die SPD-Fraktion hat und den auch die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt haben.

Wenn Sie, Herr Wegner, an dieser Stelle auftreten und sich unmutig über die wichtigen Schiffsbauinvestitionen in dieser Stadt äußern und davon reden, daß Kredite vergeben werden, dann haben Sie offensichtlich nicht begriffen, daß es einen Unterschied zwischen Bürgerschaft und Kredit gibt. Es geht um eine Bürgerschaft, und ich habe den Eindruck, Sie haben den Kredit in dieser Bürgerschaft eigentlich längst verspielt.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei — *Ole von Beust* CDU: Noch'n Gedicht: Die Bürgerschaft!)

Wenn ich mir anhöre, was Frau Blumenthal sagt, die mit einem Federwisch über die Arbeitsmarktpolitik dieser Stadt hinweggeht und so tut, als ob es für diese Stadt gar kein Problem wäre, mehr ABM zu schaffen, obwohl es ihr Dutzende Male erklärt wurde, daß das nach Quoten vergeben wird und daß alle möglichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in dieser Stadt ausgeschöpft werden, dann muß ich feststellen, daß sie das nicht wahrnimmt; sie nimmt es nicht zur Kenntnis.

(*Antje Blumenthal* CDU: Vielen Dank!)

Ihr nächstes Argument ist: Die Mittel müssen nur richtig ausgegeben werden. Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt, will es aber wiederholen, weil es wichtig ist. Frau Blumenthal, im vergangenen Jahr hatten wir in Hamburg 13000 Neuzugänge in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes, in diesem Jahr wird es nicht einmal mehr die Hälfte sein.

(*Antje Blumenthal* CDU: Nehmen Sie doch mal die EU-Mittel!)

Das Arbeitsamt wird Leute, die qualifizierungswillig sind, nach Hause schicken müssen. Das ist der größte Skandal, den es in einer Stadt gibt, die auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen ist. Und Sie machen einen Federstrich und erklären, das sei alles selbstverständlich und spiele keine

Rolle. Frau Blumenthal, Sie sind eindeutig auf der falschen Rolle. C

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Wegner hat das Wort.

Markus Wegner fraktionslos:* Lieber Herr Grund, in diesem unseren Lande — wie es früher immer so schön hieß — sehen wir doch, daß wir einen gewissen Stillstand an Entscheidungen haben. Das war vorhin das Thema, aber wenn Sie es in diesem Rahmen noch einmal aufgreifen, kann man erneut etwas dazu sagen.

Mittlerweile haben wir hier ein Klima, so daß die Leute in diesem Land nicht mehr investieren wollen. Es gibt keine amerikanischen Unternehmen mehr, die hier investieren. Sie können einmal nachzählen, wie viele es noch in diesem Jahr gewesen sind; in einem Quartal war es kein einziges Unternehmen. Gucken Sie sich einmal die Zahlen aus den siebziger und achtziger Jahren an, was hier los gewesen ist. Dieses Problem ist im Kontext mit der Zusammenarbeit mit dem Ausland zu sehen.

Aufgrund dieses Klimas ist keiner mehr bereit, im Moment irgendwo Arbeitsplätze zu schaffen. Warum nicht? Vielleicht weil die steuerlichen Vorgaben nicht vorhanden sind, weil die Abgaben zu hoch sind und, und, und.

(*Karin Rogalski* SPD: Das ist unsere Schuld, oder wie?)

Vielleicht auch deshalb, weil diejenigen, die ihre Grundlöhne entsprechend hoch einfordern, nicht begreifen wollen, daß es auf der Welt sehr viele Arbeitnehmer gibt, die bereit sind, zu anderen Konditionen zu arbeiten. D

Wir müssen anfangen, darüber nachzudenken, wie wir unsere Gesellschaft insgesamt — ich meine das nicht nur für einen Bereich, damit Sie mich nicht falsch verstehen — umstrukturieren und umbauen können, damit wir auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig werden. Wenn dieses Problem nicht angepackt wird, wenn man meint, daß im Keller eine Gelddruckmaschine steht und die Bürger über ihre Abgaben schon alles zahlen werden — das ist von seiten des Staats sehr einfach gedacht —, dann liegt die Verantwortung dafür und wie man mit dem einzelnen Bürger umgeht, sehr wohl bei den jeweiligen Regierungsparteien, und in Hamburg ist es nun einmal die SPD. Das müssen Sie sich hinter die Ohren schreiben.

(*Margrit Schlankardt* SPD: Gott sei Dank ist es die SPD!)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Zu diesem Thema sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Ich rufe das zweite, von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf:

Jeder Quatsch wird mitgemacht: Voscherau wählt den Euro ab

Das Wort hat Herr Dr. Maier.

(*Ole von Beust* CDU: Das ist auch ein Gedicht!)

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Im Juni hat Herr Voscherau dem „Bonner Generalanzeiger“ gegenüber erneut eine Position dargelegt — ein bißchen in bezug auf den Wahltermin —, die er

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A uns hier im April schon einmal dargestellt hat, nämlich daß — für den Fall, daß er wieder Bürgermeister wird — die Zustimmung Hamburgs zum Euro davon abhängt, ob es Fortschritte bei der politischen Union gibt; gegenüber dem „Rheinischen Merkur“ hat er sogar davon gesprochen, ob es bis dahin ein EU-Parlament mit vollen Rechten gibt. Jeder weiß, daß das bis dahin nicht eintreten wird. Es ist sozusagen ein verschlüsseltes Nein zum Euro.

Im Frühjahr 1996 hat Helmut Schmidt als Gast der Bürgerschaft zu diesem Thema gesprochen. Dabei fiel ein treffender Satz, der anschließend in der „Zeit“ nachzulesen war:

„Wenn der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang bisweilen scheinbar allzu pathetisch von Krieg und Frieden in Europa spricht, hat er gleichwohl recht. Dagegen sind seine Parteifreunde Tietmeyer und Stolber und meine Parteifreunde Schröder oder Spöri strategische Pygmäen.“

Man muß heute Schmidts Satz nur um eine Kleinigkeit ergänzen. In die Reihe dieser strategischen Pygmäen müßte er heute auch seinen „Neffen“ Henning stellen. So bitter kann politische Verwandtschaft sein.

Voscherau bindet seine Zustimmung an drei Bedingungen. Zum einen sagt er, die Konvergenzkriterien müßten tatsächlich so strikt eingehalten werden, wie es der Bundeskanzler versprochen hat. Aber er fordert es nicht etwa deswegen, weil ihm die Konvergenzkriterien so wichtig wären, denn er sagt dazu im „Focus“:

„Sie sind willkürlich.“

Sein politischer Onkel Helmut sagt sogar: Die Kriterien sind so unklug gewählt, daß außer Luxemburg keiner der Mitgliedstaaten der EU sie gegenwärtig erfüllen könnte.

- B Die entscheidenden Kriterien aber — die sogenannten monetären über die Inflationsentwicklung und über die Zinsraten in den verschiedenen Länder — haben die in Frage kommenden Länder erfüllt. Die stehen gar nicht mehr zur Debatte. Herr Voscherau macht sozusagen die 3,0-Prozent-Turnerei bei der Neuverschuldung mit, die für die Stabilität der künftigen Währung so gut wie keine Bedeutung hat. Für die Stabilität der künftigen Währung spielt die Politik der künftigen Notenbank eine Rolle, nicht aber die Verschuldung, die gegenwärtig betrieben wird und die zweifellos über die Kapitalmärkte weiter betrieben werden könnte.

Die zweite Bedingung von Herrn Voscherau — ich zitiere —:

„Ich glaube nicht, daß das einmalige Erreichen der Konvergenzkriterien 1997 entscheidend ist. Wichtiger, als die Kriterien jetzt zu erfüllen, ist die Konvergenz der nationalen Währungswirtschafts- und Finanzpolitik in den Jahrzehnten danach.“

Es ist immer sehr schwierig, die Jahrzehnte danach zu beurteilen, aber ganz sicher kann man sagen, daß es die nationale Währungspolitik, die danach konvergieren soll, nicht mehr geben wird. Denn das ist gerade das Wesen der Abschaffung der D-Mark und der Schaffung des Euro. Was da von ihm genannt wird, ist ein reines Nonsenskriterium. Und die Vorstellung, daß es vorher ein EU-Parlament mit vollen Rechten geben könnte, liegt völlig jenseits der Platte.

Mich wundert, daß eine so entscheidende Sache, bei der Hamburg im Bundesrat eine wichtige Stimme haben wird,

im Wahlkampf keine nennenswerte Rolle spielt und daß die SPD in dieser Frage eine Minderheitenposition in ihrer eigenen Partei im Namen der Stadt ungebremst agieren läßt, und dazu noch, wenn schon von wirtschaftlichen Standortrisiken für Hamburg gesprochen wird, in dem ganz entscheidenden Punkt.

(Beifall bei Rolf Kruse und Wolfgang Kramer, beide CDU, und bei Alexander Porschke GAL)

Wenn es darum geht, irgendeine Stadt in Deutschland zu finden, deren außenwirtschaftliche Verbindungen für das Wohlergehen der Stadt von zentraler Bedeutung sind, dann ist es Hamburg. Dieser Euro bedeutet, daß die EU als Wirtschaftseinheit für einen sehr großen Teil des deutschen Handels nicht nur zukünftig der bevorzugte Raum ist — das ist sie jetzt schon —, sondern daß alle Währungsschwankungen in diesem Raum wegfallen und dadurch eine vollständig andere Wirtschaftsgrundlage möglich wird. Dabei wird der Euro insgesamt ein größeres Gewicht im internationalen Markt haben und nicht im gleichen Ausmaß Opfer von Spekulationen sein, wie das gegenwärtig die D-Mark ist.

Das ist ein Thema, das in diesen Wahlkampf gehört, weil vor der Wahl geklärt werden muß, wie Hamburg sich da verhalten wird. Es ist ein großes Risiko, wenn Herr Voscherau — meinetwegen nur aus populistischen Gründen — an diesem Punkt zündelt und mit dem Feuer spielt.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Maier, ich habe mich ernsthaft gefragt, warum Sie dieses Thema — Bürgermeister Voscherau und der Euro — angemeldet haben. Denn sämtliche Interviews, die seit März diesen Jahres gegeben worden sind, sind in keiner Weise in irgendeiner Hinsicht mit politischen Neuigkeiten versehen gewesen. Wir haben dieses Thema im April in der Bürgerschaft diskutiert, im übrigen sehr heftig und kontrovers. Ich bin überrascht, daß die GAL in der vorletzten Bürgerschaftssitzung kein anderes Thema hat, als über den Euro und darüber zu diskutieren, wie Hamburg sich in Zukunft im Bundesrat dazu verhalten wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD — Alexander Porschke GAL: Das war eines von dreien! Da können Sie mal sehen, wie wichtig das ist!)

Aber das ist offensichtlich das Aktuelle. Dann wollen wir auch sachlich darauf eingehen, obwohl ich dazu leider meine Rede vom letzten Mal mehrfach vorlesen muß.

Zunächst einmal zum 3-Prozent-Kriterium. Es ist unter Ökonomen und Politikern, die einigermaßen etwas von der Sache verstehen, immer unumstritten gewesen, daß die Bundesregierung das 3-Prozent-Kriterium falsch interpretiert.

(Dr. Willfried Maier GAL: Und der Bürgermeister?)

Ihnen, Herr Dr. Maier, und auch diesem Hause möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Es ist nicht Aufgabe der SPD, die Bundesregierung und im speziellen Bundesfinanzminister Waigel aus der Grube herauszuholen, die sie sich damit gegraben haben, dem deutschen Volk zu sagen, 3 Prozent sind 3 Prozent. 3 Prozent sind völlig irrelevant, rele-

(Walter Zuckerer SPD)

A vant ist, daß wir ökonomisch die Kriterien erfüllen. Und so wie ich es sehe, erfüllen wir sie.

(Dr. Willfried Maier GAL: Aber Herr Voscherau hängt sich dran!)

— Ja, wir holen die Regierung dort ab, wo sie ist. Die soll dem deutschen Volk erklären, warum sie diese Kriterien nicht erfüllt und warum sie plötzlich weich sind.

Der zweite Punkt ist, daß eine eingeführte europäische Währung noch nicht mit einer politischen Union identisch ist, was wir alle wissen. Wir alle wissen auch, daß seinerzeit ein Kompromiß geschlossen wurde, eine Währung zu kreieren, um dann die politische Union über die Währung zu bekommen. Das war der historische Kompromiß, den Kohl und Genscher damals herbeigeführt haben. Es ist aber nicht sichergestellt, daß nach dieser Währung die politische Union kommt.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das war noch nie sicher!)

Sozialdemokraten diskutieren doch nicht über den Euro, weil sie mit dem Euro als solchem Probleme haben — obwohl es dabei auch Probleme gibt —, sondern wir diskutieren darüber, weil wir den Euro mit einer politischen Union verkoppeln wollen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wollen Sie den Maastrichter Vertrag noch mal?)

— Nein, weil nur eine politische Union verhindert, daß wir nicht nur ein Europa der Mobilität des Kapitals, des Sozialdumpings, des Ökodumpings bekommen. Wir brauchen eine soziale politische Union.

(Dr. Willfried Maier GAL: Es geht um die Reihenfolge!)

B

— Herr Dr. Maier, es ist eine zulässige Diskussion, das zu verkoppeln. Wenn Sie es strategisch nicht begreifen, daß auch Ministerpräsidenten der Sozialdemokratie darüber diskutieren, wie sie die Bundesregierung — auch über den Bundesrat — dazu zu zwingen versuchen, daß die politische Union weiter befördert wird und nicht nur eine Währungsunion,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist nicht zu fassen!)

dann tut es mir leid. Aber vielleicht sind Sie auch der strategische Pygmäe, als den Sie einen anderen bezeichnet haben.

(Beifall bei der SPD — Dr. Willfried Maier GAL: Ich habe ihn nicht so bezeichnet!)

Sie können bei allen möglichen Ökonomen — übrigens auch bei den Fünf Weisen —, beim DEW und bei allen Forschungsinstituten nachlesen, daß die Konvergenz der nationalen Politiken innerhalb der Währungsunion für den Erfolg der Währungsunion das Entscheidende ist. Diese Konvergenz gibt es derzeit aber nicht zwischen den verschiedenen Ländern. Wenn man politisch fordern muß, daß diese Konvergenz hergestellt wird, dann ist das doch kein Argument, das man jemandem vorwerfen kann.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist doch nicht zu fassen!)

Sie können natürlich sagen, die nächsten zehn Jahre können wir nicht voraussehen,

(Dr. Willfried Maier GAL: Es ist die Frage, wie Sie sich jetzt bei der Abstimmung verhalten!)

— Herr Dr. Maier, wie wir uns jetzt bei der Abstimmung verhalten, besprechen wir während der Koalitionsverhandlungen. Da Sie so gern den Ersten Bürgermeister mit den Worten „Wir machen nicht jeden Quatsch mit“ zitieren, werden wir sehen, ob Sie rationalen Strategien werden folgen können oder nicht.

(Beifall bei der SPD — Dr. Willfried Maier GAL: Es ist doch unglaublich!)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Kruse hat das Wort.

Roif Kruse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann Herrn Zuckerer gut verstehen, daß er eben eine andere Rede gehalten hat. Er wollte Herrn Dr. Maier nicht zuhören, er wollte auch nicht lesen, was Herr Dr. Voscherau in mehreren Interviews gesagt hat, zum Beispiel im „Spiegel“ vom 12. Juni. Da wird er gefragt, ob es eine Vorbedingung für den Euro gebe, nämlich politische Institutionen, die demokratisch in Europa legitimiert sind. Dazu sagt er ja. Meiner Meinung nach wird hier eine neue Vorbedingung geknüpft, die mit dem Vertrag von Maastricht absolut null zu tun hat.

(Dr. Willfried Maier GAL: So ist es!)

Der Vertrag tritt mit dem Euro am 1. Januar 1999 in Kraft. Man wird sehen, wer dabei ist. Es wird aber nicht davon abhängen, wie sich Herr Dr. Voscherau hierzu geäußert hat.

Eine Schlußfolgerung von Herrn Dr. Maier ist völlig richtig: Wer andere Bedingungen einklagt, als der Maastrichter Vertrag besagt, der will den Euro nicht. Denn diese Regierung hier hatte Gelegenheit, sich zu äußern; sie hat es auch getan. Der Deutsche Bundesrat hat dem Maastrichter Vertrag einstimmig zugestimmt, der Deutsche Bundestag mit allen demokratischen Parteien. Dabei lege ich keinen Wert darauf, daß sich die SED/PDS für Europa entschieden hat, aber alle Parteien, die hier vertreten sind, haben auch im Deutschen Bundestag und im Deutschen Bundesrat zu den Verträgen ja gesagt. Und ich denke, Herr Notar — darum haben Sie es einmal gelernt —, Verträge sind einzuhalten und können nicht durch Bedingungen aufgeweicht werden, auf die man auch keinen Einfluß hat.

Ich persönlich möchte davor warnen, den Euro nicht einzuführen. Ich kenne die Schwierigkeiten; es gibt welche. Es wird immer Schwierigkeiten geben, wenn sich etwas ändert, und bei Geld sind die Menschen empfindlich. Deswegen kann ich auch die kritische Haltung verstehen. Aber es ist nicht zulässig — das sage ich ganz bewußt —, daß Ministerpräsidenten, nur weil sie Wahlen haben, das Gegenteil von dem erzählen, wie sie abgestimmt haben. Das geht auch nicht.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Ich bin auch auf den Bundesratsvertreter Voscherau ziemlich sauer. Wenn ein Gremium in unserem Lande nicht demokratisch legitimiert ist, dann ist es der Deutsche Bundesrat.

(Wolfgang Curilla SPD: Das ist doch Unsinn!)

Niemand hier im Hause und kein Bürger hat Sie in den Bundesrat entsandt, allein das Grundgesetz gibt das her

(Uwe Grund SPD: Reicht Ihnen das nicht! — Dr. Holger Christier SPD: Das ist demokratische Legitimation genug!)

C

D

(Rolf Kruse CDU)

A — seien Sie dort auf der Bank bitte nicht so überheblich —, so auch die Verträge von Maastricht und die EU-Verträge.

Wenn Sie meinen, die Legitimation müßte proportional zur Wahlbevölkerung sein, dann müßte, wenn Hamburg drei Stimmen im Bundesrat hat, Nordrhein-Westfalen 30 Stimmen haben — 1,7 Millionen Einwohner zu 17 Millionen Einwohner. Das wäre die Logik. Weil es ein typisches bündisches Zeichen ist, daß auch kleinere Partner in einer europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik Deutschland mitgehen. Das ist ja gerade der Sinn des Ausgleichs. Wer das hier anmahnt, sitzt, wenn er Ministerpräsident eines deutschen Landes ist, nicht nur auf dünnem Eis, sondern er ist auch unehrlich.

(Uwe Grund SPD: Sagen Sie das auch Herrn Stoiber!)

— Selbstverständlich, damit habe ich keine Probleme, Herr Grund. Herr Stoiber ist ein ganz toller Mann, mit dem man viel netter diskutieren kann als mit Herrn Voscherau, der sich hier hinter dem Laptop versteckt. Das ist doch geradezu lachhaft.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den Euro nicht will — wie Herr Voscherau, denn diese Vorbedingungen, die er hier formuliert hat, kommen nicht vor Eintritt des Euro, das hat Herr Maier schon gesagt —, dann muß man auch die Kosten beschreiben, die der Verzicht bedeutet. Sie bedeuten auf lange Zeit den Verzicht auf eine europäische Einigungspolitik. Nichts ist so detailliert so lange vorbereitet worden. Zwei deutsche Nachbarländer — die Dänen und die Franzosen — haben dazu eine Volksabstimmung durchgeführt, alle anderen Parlamente haben ratifiziert.

B

Wo stehen wir eigentlich, wenn wir uns der Idee des notwendigen Europas verschließen, wenn wir uns überhaupt wehren wollen in der großen arbeitsteiligen Welt, die vor uns liegt, wenn wir es nicht schaffen, diese Einheit zu bewirken? Ich denke, daß der Weg über die Währung ein kluger Schritt ist, den all jene unterstützen sollten, die ein Stück Verantwortung auch für Deutschland als Ganzes tragen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Die 75 Minuten Redezeit sind jetzt abgelaufen. Ich lasse trotzdem Herrn Obermeier noch maximal fünf Minuten reden, damit alle Gruppen und Fraktionen die Möglichkeit hatten, zu diesem Thema zu reden.

Dieter Obermeier STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch einmal das Thema der Aktuellen Stunde: „Jeder Quatsch wird mitgemacht: Voscherau wählt den Euro ab“. Das ist ein sensibles Thema, meine Damen und Herren von der GAL. Die Währungspolitik gehört nicht an den Stammtisch,

(Dr. Willfried Maier GAL: Vielleicht aber ins Parlament!)

auch nicht in Wahlkampfzeiten in die Aktuelle Stunde eines Landesparlaments. Wer das auf diese Weise tut, begibt sich auf das Niveau einer gewissen D-Mark-Partei mit ihren Angstparolen.

C Die Fronten zwischen und innerhalb der Parteien zu einem Euro-Referendum sind unübersichtlicher denn je. Prominenteste Befürworter einer Euro-Verschiebung auf Länderebene sind die Herren Schröder und Biedenkopf. Aber auch innerhalb der Grünen gibt es Differenzen; Fischer und Trittin sind pro, dagegen die Vorsitzende im Europa-Parlament, Claudia Roth.

Helmut Schmidt hat sich in der „Zeit“ dezidiert gegen eine Verschiebung ausgesprochen, und der von STATT Partei nominierte Zweite Bürgermeister und Wirtschaftssenator Rittershaus hat ihn in einem Leserbrief in der „Welt“ unterstützt.

(Dr. Willfried Maier GAL: Da hat er mal was Richtiges getan!)

— Der tut nur Richtiges.

Wir haben in diesem Hause am 9. April 1997 über die Europäische Währungsunion aufgrund eines Antrags der CDU debattiert. Auch damals war schon die Rede von Wahlkampfgetümmel.

Die Grundsatzentscheidung von Bundestag und Bundesrat hat unverändert Bestand; darauf hat Herr Kruse schon hingewiesen. Was hat sich geändert? Es sind nur noch 71 Wochen bis zur Einführung des Euro. Insofern ist es wirklicher Quatsch, den Eindruck zu erwecken und so zu tun, irgend jemand könne den Euro abwählen. Auf die Folgen, wenn der Euro nicht kommt, hat Herr Kruse eben auch schon hingewiesen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das sage ich doch!)

D Wir brauchen den Euro, denn er schließt die Länder, die an der Europäischen Währungsunion beteiligt sind, zu einer festen Stabilitätsgemeinschaft zusammen. Damit wird auch die Europäische Union als Friedensordnung gestärkt.

Wirtschaftlich ist die Europäische Währungsunion unverzichtbar. Durch den Euro wird sich Europa im Wettbewerb der Wirtschaftsregionen dieser Welt besser behaupten können. Währungsspekulationen gehören dann in der Euro-Zone der Vergangenheit an.

Durch Einführung des Euro entfällt innerhalb des gemeinsamen Währungsgebiets das Wechselkursrisiko.

In Deutschland gehen fast 60 Prozent des Exports in die Europäische Union. Durch den Euro wird der Export gestärkt. Dadurch werden Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen.

Jeder von uns wird es als Vorteil empfinden, wenn er ab 1. Januar 2002 bei Reisen ins europäische Ausland nur noch mit Euro und Cent bezahlen kann, ohne vorher umständlich und mit Kosten belastet Geld umtauschen zu müssen.

Die wichtigste Frage, die die Bürgerinnen und Bürger beschäftigt, ist die Frage nach der Stabilität der neuen gemeinsamen Währung. Eine unabhängige europäische Zentralbank wird über die Einhaltung der strengen Stabilitätskriterien wachen, die nicht nur bei der Einführung, Herr Dr. Maier, des Euro gelten, sondern nach dem Maastrichter Vertrag auch nach der Erfüllung weiter bestehen bleiben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Sie sind völlig mit mir auf einer Linie!)

(Dieter Obermeier STATT Partei)

- A Alle, die verantwortungsbewußt handeln wollen, insbesondere Politiker, sind aufgefordert, alles zu unterlassen, was zur Verunsicherung der Bevölkerung beitragen könnte.

Als Negativbeispiel, Herr Dr. Maier, werte ich — wie schon gesagt — die von der GAL gewählte Überschrift dieser Debatte. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der STATT Partei und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat der Erste Bürgermeister Herr Dr. Voscherau.

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich über diese Debatte und würde mir wünschen, daß innerhalb der deutschen Politik kontroverser und zugleich sachlicher über diese neue europäische Währung geredet würde. Je mehr das gelänge und je weniger wir in der weihvollen Stimmung einer Kathedrale alle einfach zustimmten, desto weniger kämen die Gefühle von 80 Millionen Bewohnern dieses Landes gegenüber dieser Währung eher aus dem Bauch als aus dem Kopf. Auch das hat etwas mit der von Herrn Dr. Schmidt völlig zu Recht erwähnten Besorgnis zu tun, wie sich eigentlich dieses Haus nach dem 8. Oktober zusammensetzen könnte.

- B Ich bin für eine rationale Austragung dieser Kontroverse und für sachliche Einwendungen nicht etwa gegen die Idee einer europäischen Währung oder gar gegen die Idee einer europäischen Union als einer demokratisch handlungsfähigen, weltmachtfähigen, staatlichen, föderativen Einheit, sondern gegen dieses Konstrukt, den Zeitplan und die Reihenfolge. Es wäre gut, wenn wir das öffentlich austragen würden. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. Das liegt ein bißchen daran, daß meine beiden Parteifreunde Dieter Spöri und Gerhard Schröder damals in einer Weise über dies Projekt hergefallen sind, die die SPD auf Bundesebene gezwungen hat, die Flucht nach vorn anzutreten. Die Folge davon ist, daß der Herr Bundeskanzler sich jetzt der Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag sicher sein kann, womit auch immer er von Regierungskonferenzen in dieser Sache zurückkommt. Das ist naturgemäß einer großen Bürgerdiskussion in Deutschland nicht besonders zuträglich. Ich bedauere das, aber das ist nun einmal geschehen.

Wo liegen die Defizite der europäischen Integration jetzt, zumal die Defizite in einem Zeitpunkt, in dem die internationale Entscheidung über die Erweiterung der NATO gefallen ist und gleichzeitig ein Zeitplan in Gang gebracht wurde, der die Osterweiterung der Europäischen Union zum Gegenstand hat, der aus der Zahl 15 auf absehbare Zeit vielleicht 18, 19, 20, 25 europäische Teilnehmerstaaten der Europäischen Union machen könnte?

Seien wir ehrlich: Eine internationale Handlungsfähigkeit der heutigen Organe der Europäischen Union ist nicht erkennbar. Alle gravierenden Fragen weltpolitischen Interesses, auch solche innerhalb Europas, werden, wenn sie denn durch internationale Taten gelöst werden können, nur dann gelöst, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika sich an der Lösung beteiligen. Ich halte dies nicht für langfristig tragfähig, sondern glaube im Gegenteil, daß wir die demokratisch verantwortete und gestaltete Handlungsfähigkeit der europäischen Völker und Staaten, die

Mitglieder der Europäischen Union sind, zu Beginn eines neuen Jahrhunderts schnell, nicht etwa stärken, nein, herstellen müssen. Das setzt aber grundlegende Institutionenreformen voraus.

Der niederländische Ratspräsident Wim Kock hat das zu Beginn seiner Ratspräsidentschaft öffentlich zu einem Kernziel seiner Präsidentschaft erklärt. Das Ergebnis war: Er hat es nicht geschafft. Das ist kein Vorwurf, sondern ein Beleg über den Zustand der Europäischen Union.

Der deutsche Bundeskanzler Dr. Kohl hat unmittelbar vor der Regierungskonferenz in Maastricht, bei der die Währungsunion vereinbart wurde, in einer vorherigen Debatte des Deutschen Bundestages öffentlich sinngemäß ausgeführt: Es sei doch ganz selbstverständlich und allgemein bekannt, eine Währungsunion ohne eine politische Union sei — ich zitiere ihn jetzt wörtlich — „abwegig“. Das ist eine Auffassung, die ich teile. Anders als er teile ich sie bis heute. Denn er hat sich dann in Maastricht gegenteilig verhalten und fährt seither einen gegenteiligen Kurs.

Ebenso oder ähnlich, Herr Dr. Maier, ist es im Hinblick auf die Konvergenzkriterien. Ich habe immer wieder gesagt, diese seien wichtig, aber nicht heilig. Ich räume Ihnen ausdrücklich ein, daß angesichts der Konvergenz vieler der Kriterien der allgemeine Wind, der um das Thema 3,0, 3,1, 3,2, 3,3 gemacht wird, wirtschaftspolitisch von sehr geringer Relevanz ist. Auch das habe ich immer wieder öffentlich gesagt. Dennoch, wir haben eine Bundesregierung. Dieser obliegt die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in außen- und europapolitischen Angelegenheiten. Der Herr Bundesminister der Finanzen hat immer wieder wörtlich gesagt: 3,0 bleibt 3,0. Der Bundeskanzler hat sich dem neulich gegenüber Herrn Dr. Stoiber auf dessen Drängen wieder anschließen müssen, etwas ächzend.

(Petra Adam-Ferger SPD: Der ächzt bei allem!)

Können Sie mir einmal sagen, wo die Logik in der demokratischen Diskussion in Deutschland wäre, wenn ihm ausgerechnet führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf einem goldenen Tablett den Satz überreichen: „Herr Bundeskanzler, Sie dürfen Ihr Wort ruhig brechen“? Zu dieser Sache werden wir uns einlassen, wenn er es gebrochen hat und der Herr Bundesminister der Finanzen dazu und wenn die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands dann wissen wollen — nachdem sie selber darüber nachgedacht haben, wie sie das eigentlich finden —, wie die SPD dazu steht. Dazu werden wir uns äußern, und zwar ganz sachgerecht. Aber warum sollten wir ihm diese unliebsame Aufgabe abnehmen? Nach Hause zu kommen und zu sagen: „Liebe Leute, ich habe euch allen vom Pferd erzählt, und nun muß ich es leider bekennen.“ Laßt ihn das doch selber sagen. Das sage ich jetzt übrigens auch an Ihre Adresse, als den hiesigen Stellvertreter von Joschka Fischer, der wahrscheinlich im Hinblick auf die bundesweite Meinungsbildung des deutschen Volkes auch eher der Auffassung ist, daß man solche Aufgaben dem Herrn Bundeskanzler nicht abnehmen sollte.

Zurück zu der eigentlichen Sache. Dies war nur ein Ausflug. Der ist von geringerer Bedeutung.

Wir stehen vor der Erweiterung der Europäischen Union. Die Handlungsfähigkeit ist schon mit 15 nicht gegeben. Daß sie mit 18 oder 20 noch weniger gegeben ist, steht fest. Daß die Landwirtschaftspolitik vorher gelingen muß, steht fest. Daß die Institutionenreform vorher geändert

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

- A werden muß, steht fest. Das ganze Ding wird sonst als Seifenblase — das Wort hatten wir heute schon — im neuen Jahrhundert platzen. Wer jetzt eine Währung einführt und dann die Erweiterung vornimmt und die Institutionenreform verschlampt, weil er es sich jetzt bequem macht, der allerdings wird verursachen, daß diese Europäische Union im neuen Jahrhundert platzt wie eine Seifenblase, und zwar in den einzelnen Völkern.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden es satt sein, gegängelt zu werden in lauter unbedeutenden Petitionen, wohingegen die großen Fragen von Weltmaßstab, wenn die Europäer in Brüssel sich damit beschäftigen, sich so verhalten wie der berühmte Sack Reis, der in China umfällt. Das werden die Deutschen, die Franzosen, die Italiener, die Skandinavier ganz besonders, im neuen Jahrhundert schneller satt haben, als Sie als Pro-Europäer — und das bin ich auch — „piep sagen“ können. Deswegen darf man sie sich nicht zu billig machen, die Einführung der Währungsunion. Notwendig ist sie als Bestandteil einer handlungsfähigen, weltmachtfähigen Europäischen Union, die sich schrittweise anschickt, auf dem Wege der Integration zu folgen, den die Vereinigten Staaten von Amerika im vergangenen Jahrhundert gegangen sind. Ja, aber machen wir uns denn anheischig? Sehen Sie irgendeine Entwicklung?

Schauen wir uns jetzt die Institutionen der Europäischen Union „ein bei ein“ — wie man in Hamburg sagt — einmal an. Ist die Kommission eine europäische Regierung, die dieses Wort verdient? — Nein.

(Lachen bei der GAL)

- B Ist sie demokratisch legitimiert? — Nein. Ist das Europäische Parlament ein Parlament, das diesen ehrenwerten Begriff verdient? — Nein. Das Europäische Parlament ist zwar so gut wie demokratisch legitimiert, aber nicht nach dem ehernen Prinzip des gleichen Wahlrechts, und das muß ja wohl endlich herbeigeführt werden. Gleichzeitig hat es die Befugnisse eines Beirats höherer Prägung, aber keineswegs als Vollparlament.

Dann der Ministerrat. Herr Kruse hat sich vorhin zu Recht über den Bundesrat geäußert. Nun stellen Sie sich bitte einmal vor — und das sage ich als ein Mitglied desselben —, wir hätten das Verfassungsorgan Bundesregierung nicht und der Bundesrat müßte die Befugnisse der Bundesregierung mitausüben. Keine gemeinsame demokratische Legitimation aus allen 16 Ländern, keine Rechenschaftspflicht gegenüber allen 16 Ländern, nur jeder bei sich zu Hause, und dann die Funktionen der Bundesregierung. Ein solches Desaster kann man sich gar nicht vorstellen. Aber so ist das real existierende Desaster der Institutionenlandschaft der Europäischen Union.

Deswegen, lieber Herr Maier, bin ich nachdrücklich der Auffassung, angesichts dieser schicksalhaften Phase, dieser Weichenstellungen, in denen es jetzt gelingt oder mißlingt, den großen Anlauf von 1957 im neuen Jahrhundert zu einer unumkehrbaren Erfolgsstory zu machen, daß es zu bequem, zu denkfaul und — ich bitte Sie ausdrücklich um Nachsicht, denn ich weiß, daß das Wort an sich auf Sie nicht zutrifft — zu borniert ist, wenn man ausschließlich darüber redet, es müsse jetzt eine Währung eingeführt werden, und den Sack an politischen Großproblemen des europäischen Einigungsprozesses einfach unter den Teppich kehrt. Dieses Unter-den-Teppich-Kehren, das allerdings lehne ich für mich strikt ab.

Im übrigen habe ich nie gesagt, der Zug der demokratischen Vertiefung müsse gleichzeitig mit dem Zug der Währungsunion in dem Bahnhof ankommen. Ich habe immer gesagt, ich will, daß er abfährt. Ich möchte einen Zielkatalog, einen Zeitplan und eine Verfahrensvereinbarung.

(Alexander Porschke GAL: Dann bringen Sie ihn aber auch nicht zum Entgleisen!)

Das wird immer noch schwierig genug. Und wer sich das jetzt nicht zutraut, den muß ich fragen, ob er das überhaupt will. Wenn aber nicht, dann reden wir über zwei gegensätzliche Visionen von Europa im neuen Jahrhundert. Dann reden wir über wirklich ganz verschiedene Dinge. Ich will ausdrücklich keine bloße europäische Superfreihandelszone plus Währung für einen kleinen Teil der Europäer, und für den Rest der 360 Millionen gibt es keine legitimierte demokratische Gestaltungsebene. Eine solche Vision lehne ich strikt ab.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das haben Sie jetzt per D-Mark!)

Die lehne ich strikt ab.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie sich den dänischen Handwerker an, der heute in ganz Norddeutschland arbeitet, mit dänischen Arbeitskräften, deren Versicherungssystem in Dänemark über die dort sehr hohe Mehrwertsteuer finanziert wird. Er kann deshalb Arbeit in Deutschland anbieten, ohne den Faktor Lohnnebenkosten,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das haben wir doch jetzt!)

und braucht gleichzeitig die hohe dänische Mehrwertsteuer bei Arbeiten in Kiel oder Neumünster nicht zu bezahlen, weil ja hier die deutsche Mehrwertsteuer zählt. Wer dieses Thema kennt, wer die Vernichtung deutscher Handwerkerarbeitsplätze durch die Ungleichheit und die mangelnde Harmonisierung der Sozialsysteme Europas kennt, der muß sagen, daß nicht allein über die Währung geredet werden darf. Es muß auch über die Absicherung und die Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme geredet werden.

(Beifall bei der SPD und bei Michael René Weber CDU)

Das steht als ein Beispiel, das belegt, daß wir mehr als nur die Währungsunion brauchen. Man muß die Frage stellen, ob der Bundeskanzler recht hat, wenn er sagt, wir schaffen jetzt mal die Währung an, alles andere kommt hinterher von selbst. Dazu wiederhole ich meinen Satz: Wenn er damit recht hätte, wäre es ja gut. Aber kann man das denn wirklich glauben, falls wirklich zwei gegensätzliche Philosophien über die europäische Entwicklung da sind? Und ich glaube, es sind zwei oder mehr gegensätzliche da. Das muß jetzt auf den Tisch. Wir brauchen die Einführung der Währungsunion als Stunde der Wahrheit für einen demokratischen, transparenten, europäischen Klärungsprozeß: Wer will eigentlich wohin? Das brauchen wir jetzt. Und darauf kann man jetzt nicht verzichten.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist leider kein Argument in der Sache!)

Meine Damen und Herren, das war ein Hinweis auf den Gang der Dinge Europas. Jetzt weise ich Sie noch darauf hin, daß in Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes diejenigen Unantastbarkeiten unserer nationalen Verfassungen

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A ordnung aufgelistet sind, deren Änderung oder Abschaffung der Deutsche Bundestag und der Bundesrat nicht einmal einstimmig veranlassen dürften. Und ich weise Sie darauf hin, daß das Bundesverfassungsgericht explizit zur Währungsunion eine Entscheidung getroffen hat, die deutlich macht, daß diese Unantastbarkeiten nicht zur Disposition des europäischen Integrationsprozesses stehen, solange auf europäischer Ebene kein echter parlamentarischer, demokratischer Institutionenaufbau da ist. Das ist eine geltende Auslegung des Grundgesetzes, die Sie, Herr Maier, und mich und alle Deutschen von Verfassungs wegen bindet. Ich muß mich wundern, daß über dieses Thema immer so vor sich hingeredet wird, als wenn wir dazu nicht eine geltende Verfassungsgerichtsentscheidung hätten.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das Verfassungsgericht sagt auch noch ein bißchen mehr!)

Die Ergebnisse, die wir im nächsten Frühjahr dazu haben werden, werden anhand der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemessen werden müssen. Das werden Ergebnisse sein zum Thema, welche Erstteilnehmer, welche Abweichungen von welchen Kriterien und welcher Zeit- und Zielplan die demokratische Integration vor Osterweiterung betreffen. Und dann werden wir uns alle miteinander in Deutschland — die Bürgerinnen und Bürger zuvörderst — in die Augen schauen müssen und sagen, ob das Urteil eingehalten ist und ob wir glauben, daß das geht, und wem es nützt und wem es schadet. Ich will keine Währungsunion, die ausschließlich der exportorientierten Großindustrie nützt und sonst niemandem. Solch eine will ich nicht.

B (Beifall bei der SPD)

Ich will keine Währungsunion gemeinsam mit Partnern, die das Ziel Vereinigte Staaten von Europa explizit für sich ablehnen. Das habe ich hier im April schon gesagt.

Im nächsten Frühjahr sehen wir uns wieder.

(Ole von Beust CDU: Vorher schon!)

Und unter der Voraussetzung, daß ich dann noch dem Senat angehören, und unter der weiteren Voraussetzung, daß ich dann von diesem Hause wiedergewählt sein sollte zum Präsidenten des Senats, lieber Herr Maier, sollten Sie bitte davon ausgehen, daß jedes Wort, das ich hier gesagt habe, politischen Grundüberzeugungen entspricht.

Diese stehen nicht zur Disposition, des Senats nicht und der Bürgerschaft nicht, und ich werde mich anhand meiner eigenen Grundüberzeugungen orientieren, daß Europa ein Erfolg werden muß, aber mit handlungsfähiger, demokratischer Verantwortung und auch mit einer starken Währung.

Sie und auch die Hamburgerinnen und Hamburger werden nicht erleben, daß ich diesen Konflikt unter den Teppich kehren lasse, und sei es auch um den Preis der erstmaligen Ausübung der Richtlinienkompetenz.

(Beifall bei der SPD, der STATT Partei und bei Karl-Heinz Hoheisel CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Nach Paragraph 22 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung hat jede Fraktion und die Gruppe die Möglichkeit, einen Redebeitrag zu leisten.

(Dr. Roland Salchow CDU: ... von einer halben Stunde pro Fraktion?)

— Von leider nur fünf Minuten, während der Erste Bürgermeister gut 17 Minuten geredet hat. C

(Dr. Roland Salchow CDU: ... und gleichzeitig mehr Demokratie gefordert hat!)

Herr Dr. Maier, Sie haben das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Ich kann mich leider nur auf einen Punkt konzentrieren, weil ich ja in das Fünf-Minuten-Korsett gezwungen bin, das der Bürgermeister beliebig sprengt.

(Dr. Roland Salchow CDU: ... und gleichzeitig mehr Demokratie für Europa fordert!)

Darum soviel. Es geht hier nicht um die Frage, wer für politische Union ist und wer dagegen. Soweit ich das verstanden habe, gibt es im Deutschen Bundestag ausdrücklich keine politische Partei, die gegen eine politische Union wäre, sondern allesamt sind dafür.

Die Ausgestaltungen werden sicherlich im einzelnen unterschiedlich gesehen. Das ist also nicht der Streitpunkt. Der Streitpunkt ist, ob man die politische Union zur Bedingung der Zustimmung zum Euro macht, das heißt zum Eintreten der Vertragsbedingungen von Maastricht.

Wenn Sie sagen, Sie wollen die politische Union vorher haben und machen dies zur Bedingung, dann sagen Sie, daß Sie Maastricht kippen. Da können Ihre Überzeugungen noch so tief sein, das halte ich für falsch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

D Ich weiß auch um das Durcheinander, das in Brüssel herrscht, und daß die Währung nicht die Erfüllung aller Träume bringt, aber ich weiß auch, daß Europa schon mit einer gemeinsamen Währung ohne politische Union leben können, nämlich zu Zeiten des Goldstandards. Das ist ja funktional völlig dasselbe gewesen, als Goldstandard existierte. Wenn wir jetzt eine Zentralbank haben und das zum Thema des deutschen Verfassungsgerichts machen, das die gleiche institutionelle Ausstattung hat wie die Deutsche Bundesbank, dann sind damit Rechte des Deutschen Bundestages, Rechte der deutschen Bundesregierung insoweit überhaupt gar nicht betroffen. Es sind eigentlich nur Rechte betroffen, die heute auch nicht parlamentarisch sind und heute auch nicht Regierungsrechte sind, sondern Rechte der Bundesbank, nämlich Geld zu emittieren. Und darum handelt es sich.

Warum soll die Bundesrepublik nicht bereit sein, eine Institution, nämlich die erste wirklich mit Entscheidungsgewicht, in Europa zu schaffen, auf die bezogen sich überhaupt so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit bilden kann? Gegenwärtig ist doch die Vorstellung der Europäischen Vereinigten Staaten insoweit illusionär, weil wir bisher kein europäisches Publikum haben. Ein europäisches politisches Publikum kann sich nur anhand gemeinsamer Institutionen bilden, und jeder Schritt, der uns solche Institutionen schafft, führt uns ein bißchen näher auf dieses Ziel. Wenn das Schaffen dieser Institutionen torpediert wird — ich erinnere mich ja an meine Fundis in grauesten GAL-Zeiten — und Sie diese an Bedingungen knüpfen, von denen Sie ganz klar wissen, daß sie nicht eintreten können, und dann sagen, ich bin dafür — so argumentieren Sie hier —,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A dann ist das nicht nur eine Standortgefahr, sondern eine wirkliche Gefahr für das politische Leben. Ich bin doch gar nicht dagegen, daß wir uns darüber unterhalten, was wir denn mehr tun können, um die politische Union in Gang zu bringen und mehr zustande zu bringen, aber wir können nicht den Euro zum Erpressungshebel dafür machen. Das ist meine feste Überzeugung. Ich finde völlig unangemessen, daß Sie von der SPD sich diesem Problem nicht stellen, sondern einfach Ihren Bürgermeister beklatschen, obwohl ich weiß, daß Sie da unterschiedliche Auffassungen haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Voscherau, Sie haben eben sehr wortgewaltig und anscheinend innerlich bewegt gesagt, es sei Ihre tiefe politische Grundüberzeugung, daß es so kommen müsse, anderes sei nicht machbar. Wenn es Ihre Grundüberzeugung ist, warum hat denn Hamburg im Bundesrat Maastricht zugestimmt?

(Beifall bei der CDU)

Jetzt ist es Ihre Grundüberzeugung geworden. Jetzt, wo es einfach geworden ist, ist es Ihre Grundüberzeugung geworden. Genauso wie Ihre sozialdemokratischen Kollegen im Bundestag zugestimmt haben. Wenn das Ihre Auffassung ist, dann kenne ich von Ihnen kein einziges Bemühen, Ihre eigene Partei in Abstimmung und Meinungsbildung dazu zu bringen, dieses zur Vorbedingung zu machen, bevor Maastricht unterschrieben wurde.

B Nachdem es mit den Stimmen der Sozialdemokraten einstimmig im Bundesrat ratifiziert wurde, fällt Ihnen hinterher eine Vorbedingung ein, obwohl Sie wissen, daß sie gar nicht mehr verwirklichtbar ist, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Willfried Maier GAL)

Das ist deshalb nicht in Ordnung, weil es nämlich bequem ist, weil Sie sich nämlich dem Ringen um Maastricht gar nicht mehr stellen müssen, weil über Maastricht schon abgestimmt wurde mit den Stimmen der SPD.

(Beifall bei Antje Blumenthal CDU und Holger Mathews GAL)

Es ist aus meiner Sicht auch deshalb gefährlich, weil doch jeder weiß, daß eine Vorbedingung unter Verträgen, die schon ratifiziert worden sind, in Wirklichkeit heißt, daß Deutschland nicht vertragstreu sein will. Ich meine, in der deutschen Geschichte müssen wir eines gelernt haben: In Europa und in der Welt ist es ein wertvolles Kapital, daß dieses Deutschland international anerkannt und vertragstreu ist. Und dieses Kapital möchte ich nicht durch nachträgliche Bedingungen erschüttern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrem Eingangsstatement gebe ich Ihnen allerdings in einem Punkt recht, wenn es darum geht, daß Europa zu einer weihvollen Debatte verkommt, wo jede Kritik an europäischen Entwicklungen, an der Aufteilung der Finanzmittel, an Gesetzen, die da sind, als Art Sündenfall erachtet wird. Tabus in der Politik schafft, schürt Vorurteile und

macht im Grunde die stark, die wir alle nicht wollen. Es gibt viele Dinge der europäischen Gesetzgebung, die mir auch nicht passen. Es gibt Dinge am Abkommen, die mir nicht passen. Es gibt Dinge in der Niederlassungsfreiheit in der EU, die mir nicht passen. Es gibt Dinge der Verteilung der EU-Mittel, die mir nicht passen. Nur, das steht auf einem völlig anderen Blatt. Hier geht es um die Frage, ob wir vertragstreu sind und ob die Bedingungen und die Ideen, die man gehabt hat, als der Vertrag ausgehandelt wurde, rechtzeitig eingebracht und man sich entsprechend verhalten hat. Das haben Sie nicht getan. Deshalb bin ich der Meinung, was Sie jetzt machen, wirkt zwar sehr bewegt, aber ist nichts anderes als Heldentum nach Ladenschluß.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat der Erste Bürgermeister, Herr Dr. Voscherau. Bevor Sie reden, möchte ich Sie an die Übereinkunft zwischen Bürgerschaft und Senat erinnern, daß Mitglieder des Senats nicht wesentlich länger reden als die Abgeordneten.

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Lieber Herr von Beust, ich habe Sie in den letzten Wochen ein paar Mal bei Diskussionsbeiträgen erleben dürfen, die sachlicher Nachprüfung anhand relativ oberflächlichen Aktenstudiums nicht standhalten.

(Ole von Beust CDU: Na?)

Das ist hier auch wieder so. Nicht nachträglich, nicht nach Ladenschluß, sondern bei der Beschlußfassung, *uno actu*, als Voraussetzung für die Zustimmung hat es im Bundesrat eine einstimmige und gleichzeitig im Deutschen Bundestag eine entsprechende Entschließung gegeben. Ich muß Ihnen dringend anraten, von diesem Umstand Kenntnis zu nehmen sowie auch von den zahlreichen Voraussetzungen, die diese beiden parlamentarischen Beschlußinstitutionen des Grundgesetzes mit ihrer Zustimmung verbunden haben. Wenn Sie den jetzigen Sachstand des Projektes an diesen Entschließungen messen, dann werden Sie ganz schnell sogar als eiliger Leser zu dem Zwischenstand kommen, daß per jetzt die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Im übrigen hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland die Ratifikation dieses Ergebnisses mit grundgesetzlichen Bedingungen versehen, auch nicht nach Ladenschluß, die jetzt gelten. Also, worüber reden Sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Dieses Mal war die Redezeit nur eine Minute und 33 Sekunden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Aber die politische Union war nicht Bedingung!)

Nach Paragraph 22 Absatz 3 der Geschäftsordnung haben die Fraktionen und die Gruppe noch einmal die Möglichkeit, je eine Rednerin oder einen Redner zu Wort kommen zu lassen.

Das Wort hat Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD:* Ich möchte versuchen, sachlich auf einen Umstand hinzuweisen, der vielleicht, Herr Dr. Maier, die Lage bei Ihnen etwas entspannt, aber eben sachlich.

(Walter Zuckerer SPD)

- A Es gibt zwei unterschiedliche strategische Auffassungen. Die eine strategische Auffassung ist, daß mit dem Euro in einem gewissen Geleitzug eine Form der politischen institutionellen Reform kommt. Die andere strategische Auffassung ist, daß mit dem Euro diese Reform nicht von selbst kommt, sondern man europäisch dafür kämpfen muß. Die interessante Frage ist jetzt, wie wir dafür kämpfen.

(Alexander Porschke GAL: Dann gibt es noch die Position, man muß sie zur Bedingung machen!)

— Ja, ich komme auf Sie. Die interessante Frage ist doch, wie ich dafür kämpfe. Ich habe Ihren Beitrag leider so verstanden, daß es die Auffassung der GAL ist, daß es da ein Institutionengefüge gibt, das derzeit nicht reformierbar ist. Also, bevor wir uns an den Realitäten stoßen, machen wir mit.

(Alexander Porschke GAL: Das wird gleich korrigiert!)

Ich muß Ihnen dann allerdings sagen, daß es die Auffassung der SPD und im speziellen auch die des Ersten Bürgermeisters ist, daß wir das nicht schaffen werden, wenn wir nicht den politischen Anspruch erheben, die Realitäten zu verändern und uns ihnen nicht etwa anzupassen. Die Anpassung wird dazu führen, daß wir zwar eine Währungsunion bekommen, aber keinen politischen Fortschritt in Europa.

Ich glaube, darüber sachlich zu diskutieren muß doch möglich sein, ohne diffamiert zu werden als jemand, der Bedingungen daran knüpft, um den Euro zu verhindern. Denn die Debatte in der Öffentlichkeit damit politisch zu verkoppeln, ist legitim und auch notwendig. Das eigentliche Problem unserer Debatte in diesem Land ist doch, daß sie über zwei Jahre tabuisiert war. Wir haben nicht öffentlich mit unseren Bürgern darüber diskutiert, was Währungsunion bedeutet und daß es auch Anpassungskrisen geben wird, übrigens auch für unsere Industrien und für die einer Reihe von Mitgliedstaaten, die weichere Währungen haben, wie etwa ganz bestimmt Spanien und Italien. Noch nicht einmal die ökonomischen Probleme, die der Gang zu einer Währungsunion aufwirft, wurden diskutiert, sondern mehr oder weniger beiseite gestellt, und die politischen schon gar nicht. Unsere politische Führungsaufgabe ist es, diese Debatte in diesem Volk zu führen und — das sage ich jetzt einmal in beide Richtungen — nicht sich hinzustellen und ein Bekenntnis abzugeben, daß man erstens für Europa ist und zweitens daß der Euro kommt, weil es noch schlimmer wird, wenn er nicht kommt. Das geht nicht.

(Alexander Porschke GAL: Erst kritisieren Sie, daß wir das anmelden, und jetzt fordern Sie die Debatte selber!)

— Ich fordere die Debatte. Wir führen Sie ja auch. Diejenigen, die sich weihvoll hingestellt haben nach dem Motto: Der Euro wird verhindert, o Gott, und was macht dieser Bürgermeister? Quatsch macht er. Das waren doch Sie. Da sind Sie leider ein bißchen zu wenig politikfähig.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Bölcrow STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Kramer.

Wolfgang Kramer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, es ist etwas merkwürdig, daß Sie Helmut Kohl Unterricht über Europa erteilen,

(Michael Dose SPD: Aber nötig!)

denn daß der Bundeskanzler die politische Einigung Europas will, das kann man, glaube ich, nicht ernstlich bestreiten.

(Michael Dose SPD: Wollen und können ist ein Unterschied!)

Die Frage, ob man denn den Vertrag über den Euro abschließt, ohne feste Garantien für die politische Union in der gleichzeitigen Verwirklichung zu haben, war in der Tat die Frage, die beim Maastrichter Vertrag zu entscheiden war. Sie haben mit dem Bundeskanzler und mit allen anderen Länderregierungen und der großen Mehrheit des Bundestages damals so entschieden. Dieses schafft natürlich einen bestimmten Tatbestand, der zusätzlich zu den schwierigen Sachfragen mitzuberücksichtigen ist. Wenn der Euro an Deutschland scheitern würde, dann wäre das immerhin der erste Vertragsbruch Deutschlands nach dem Krieg. Und da würde mehr kaputtgehen, meine Damen und Herren, als eine Währung.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen, wenn Sie dieses nicht als Bedingung sehen, um Ihr früheres Ja in ein Nein zu verwandeln, sondern wenn Sie es parallel als Bemühung sehen, politische Integration voranzutreiben, dann sind wir natürlich völlig auf Ihrer Seite. Nur möchte ich darauf hinweisen, daß es hier auch ein paar kleine Dinge gibt, die auch ein Land tun kann. Ich habe mich mit ganz kleinen Dingen bemüht, das anzusprechen.

Wir müssen das rechtliche und politische Bewußtsein der europäischen Unionsbürger herausarbeiten. Ich bin zutiefst überzeugt, Herr Bürgermeister, solange die Italiener, die Spanier und die Portugiesen, die hier leben, rechtlich als Ausländer — meines Erachtens ist der Unionsbürger schon ein neuer Status — und politisch als Fremde angesehen werden, wird aus der Legitimation des Europäischen Parlaments, mehr zu sein als Kontrolleur — das ist es ja bereits —, sondern politisch gestaltend zu sein und eine europäische Regierung zu tragen, nichts. Also müssen wir auch in den Möglichkeiten der Länder diese Dinge untermauern und vorantreiben. Da können Sie einiges tun. Wenn Sie die politische Integration parallel zum Euro vorantreiben, haben Sie sicherlich die Unterstützung der CDU. Wenn Sie den Euro jetzt mit der Begründung politischer Integration verhindern, schaden Sie der politischen Integration und verhindern sie für die nächsten zehn Jahre.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Dr. Maier hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Bürgermeister, zum Thema Aktenstudium. Sie haben sich zum Vorwurf von Herrn von Beust, daß Sie eine Bedingung nachgeschoben hätten, auf den Bundesratsbeschluß, dem Sie zugestimmt haben, berufen. In diesem Bundesratsbeschluß heißt es — ich darf es Ihnen vorlesen —:

„Die Wirtschafts- und Währungsunion ist ein wichtiger Schritt zur Vertiefung der Integration im Rahmen der Eu-

(Dr. Willfried Maier GAL)

A ropäischen Union, die sobald wie möglich zur politischen Union ausgestaltet werden sollte.“

(Ole von Beust CDU: Aber nicht vorher!)

Es wurde kein Bedingungsverhältnis vorher — nachher beschlossen. Sie haben hier einfach eine Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Bedingung, daß die politische Union mit entscheidenden Schritten vorgeschaltet werden muß, haben Sie zusätzlich erfunden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Richtig!)

Sie haben 1992 einer anderen Sache zugestimmt.

(Beifall bei Dr. Roland Salchow CDU)

Bei allem Streit, den wir jetzt haben, sind wir uns wahrscheinlich völlig darüber einig, daß wir eine politische Union wollen. Ich weiß es aus der Geschichte der Grünen, als wir mit ähnlichen Begründungen lange Zeit jeden Einigungsschritt auf wirtschaftlichem Feld eher verhindert haben, indem wir sagten, die demokratischen Institutionen fehlen noch.

(Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Aber wenn jetzt eine Situation eintritt, daß der Maastricht-Vertrag vollständig neu aufgerollt werden müßte, obwohl Parlamente von 16 Ländern ihn beschlossen haben und es Volksabstimmungen darüber gab, weil nein dazu gesagt würde, dann kann man nur Helmut Schmidt zustimmen, der sagt, dann ist die Sache tot. Ich glaube, dann ist nicht nur der Euro tot, sondern dann wird auch eine tiefe Enttäuschung im Hinblick auf Möglichkeiten, zur politischen Union zu kommen, Platz greifen.

B Das wäre nicht nur ein wirtschaftliches Desaster — das wird es dann auch mit D-Mark-Kurssteigerungen und so weiter sein —, sondern es würde ein politisches Desaster werden, denn die europäischen Institutionen haben noch keine große Autorität. Das ist die Wahrheit. Sie können auch keine große Autorität haben, wenn es sie noch nicht gibt.

Wie sind denn in Nationalstaaten politische Institutionen entstanden? Entweder waren sie schon da, in gewisser Weise per Absolutismus, oder aber sie sind — in Frankreich zum Beispiel das Parlament — durch revolutionäre Akte der Bevölkerung entstanden, in denen sich dieses Volk als Nation konstituiert hat. Man kann sich so etwas im Moment in Europa gar nicht vorstellen. Wie soll denn ein solcher politischer Konstitutionsakt zu politischen Institutionen führen? Wir haben doch keinen Unabhängigkeitskrieg, den die Amerikaner 1776 führen mußten. Das heißt, bei uns wird es nicht zu einem ähnlichen Prozeß der Institutionsbildung kommen, weil wir einen ökonomischen Prozeß haben, den Sie doch nicht auf den Kopf stellen können, indem sie ihn so befrachten.

Ich bin ernsthaft besorgt, daß Sie damit Demagogen auf einem sehr schwer zu übersehenden Feld das Geschäft erleichtern. Ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie das wollen, darum geht es überhaupt nicht, aber Sie erleichtern es ihnen, denn bei Währung blickt kein Mensch richtig durch.

(Holger Kahlbohm SPD: Ja, aber Sie!)

— Einen so platten Zwischenruf habe ich selten gehört.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

C Wenn das aber so ist, dann tragen wir als Politiker eine gewisse Verantwortung. Wir können über die Bedingungen reden, aber sind es Bedingungen, an denen wir die Sache scheitern lassen wollen, oder ist es eine Art Begleitkampf, in dem wir nicht nachgeben? Wenn es darum geht, daß wir einen Begleitkampf führen, in dem wir nicht nachgeben, dann stimme ich Ihnen zu. Wenn Sie aber sagen, das ist die Bedingung der Zustimmung und alles wird platzen, wenn das nicht passiert, bin ich strikt gegen Sie.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir fahren in der Tagesordnung fort, und zwar mit dem Tagesordnungspunkt 4: Wahl eines ständigen Vertreters zum Hamburgischen Verfassungsgericht.

[Wahl eines ständigen Vertreters (vertretendes Mitglied) des Hamburgischen Verfassungsgerichts — Drucksache 15/7127 —]

[Wahl eines ständigen Vertreters (vertretendes Mitglied) des Hamburgischen Verfassungsgerichts — Drucksache 15/7715 —]

Das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht schreibt vor, daß die Wahl in Kabinen stattzufinden hat. Wir verfahren so — wie eigentlich üblich —, daß Frau Vogel, Frau Rudolph und Herr Scheelhaase alle Mitglieder der Bürgerschaft alphabetisch aufrufen. Dann bitte ich Sie, zur Kanzleibank zu Herrn Wilhelm zu gehen und die Stimmzettel entgegenzunehmen.

D Die Stimmzettel sind mit Ja-, Nein- und Enthaltungsfeldern gekennzeichnet. In der Kabine geben Sie dann bitte durch Ankreuzen Ihre Stimme ab. Weitere Bemerkungen auf Stimmzetteln sind nicht zulässig. Wenn es dennoch geschieht, ist der Stimmzettel ungültig. Nach der Wahlhandlung stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel bei Herrn Witte in die Urne.

Frau Vogel beginnt freundlicherweise mit dem Namensaufruf.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)

Wurde ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen? — Das ist nicht der Fall. Dann sind alle Stimmzettel abgegeben. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte dann um die Stimmenauszählung. Dafür wird die Sitzung für 15 Minuten unterbrochen.

Unterbrechung: 17.25 Uhr

Wiederbeginn: 17.40 Uhr

Vizepräsident Rolf Kruse: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt. Es sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 107 waren auch gültig. Auf Herrn Raloff entfielen 94 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Damit ist Herr Raloff mit der erforderlichen Mehrheit zum stellvertretenden Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt worden.

(Beifall des ganzen Hauses)

(Vizepräsident Rolf Kruse)

- A Ich bitte Herrn Raloff, zu uns in die Bürgerschaft zu kommen und Platz zu nehmen. Sie haben es gehört, Herr Raloff, die Bürgerschaft hat Sie soeben mit der erforderlichen Mehrheit zum Verfassungsrichter der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt. Dazu einen herzlichen Glückwunsch vom ganzen Hause.

(Beifall des ganzen Hauses)

Das entsprechende Gesetz schreibt eine Eidesformel vor. Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichts vor Amtsantritt vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor, den Sie bei erhobener rechter Hand mit der Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nachsprechen. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

„Ich schwöre, daß ich als gerechter Richter alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde.“

(Helmut Raloff: Ich schwöre es!)

Sie haben den Eid abgeleistet, Sie sind jetzt Verfassungsrichter. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand, nicht zu viel Arbeit, aber wenn entschieden werden muß, gute Entscheidungen. Alles Gute!

(Beifall des ganzen Hauses)

Meine Damen und Herren, die Punkte 5 und 5 a sind auch Wahlen.

- B **[Wahl einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters für den Landeswahlausschuß für die Wahl zu den Bezirksversammlungen — Drucksache 15/7806 —]**

[Wahl eines Mitglieds für den Landeswahlausschuß für die Wahl zu den Bezirksversammlungen — Drucksache 15/7842 —]

Die Stimmzettel dazu liegen auf Ihren Plätzen. Ich bitte unsere Schriftführer, die Stimmzettel einzusammeln.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen)

Ich sehe, daß alle Stimmzettel eingesammelt sind. Damit ist die Wahlhandlung geschlossen. Wir zählen die Stimmen aus und geben das Ergebnis mit Ihrem Einverständnis zu Protokoll.* Ich höre keinen Widerspruch, dann wird so verfahren.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf.

Grundsatzdebatte über eine Große Anfrage

der GAL-Fraktion zur beruflichen Bildung.

[Große Anfrage der Fraktion der GAL: Berufliche Bildung in Hamburg — Ausbildungskatastrophe 1997 — Drucksache 15/7757 —]

Mitbehandelt werden die Punkte 29 a, 113 und 115.

[Senatsmitteilung:

- 1. Bericht zur Ausbildungssituation sowie Maßnahmen zur Sicherung der beruflichen Bildung 1997**
- 2. Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der**

* Ergebnisse siehe Seiten 5171 B und 5198

**Bürgerschaft vom 16. bis 18. Dezember 1996
„Ausbildungsplatzsicherung für alle ausbildungs-
willigen Jugendlichen und Standardsicherung der
beruflichen Ausbildung“ (Drucksache 15/6622)
— Drucksache 15/7916 —]**

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Aufstellung des Programms „Ausbildung statt
Sozialhilfe“ — Drucksache 15/7899 —]**

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Schaffung von Ausbildungsplätzen und Erhöhung
der Ausbildungsqualität durch Initiierung und
Unterstützung von Ausbildungsverbänden
— Drucksache 15/7901 —]**

Wird das Wort gewünscht? — Herr Bachmann hat das Wort.

Andreas Bachmann GAL: Guten Tag, Herr Kruse, meine Damen und Herren! Der Erste Bürgermeister hat vor einigen Tagen gefordert, daß die Jugendlichen in dieser besonderen Situation bei der Lehrstellensuche mehr Flexibilität zeigen und nicht an ihrem Traumberuf hängen sollten. Ich finde, daß so eine Bewertung ziemlich hart an der Lebenswirklichkeit vorbei geht, denn die Jugendlichen haben sich längst ihren Traumberuf aus dem Kopf geschlagen. Selbst nach Auffassung der Berufsberatung des Arbeitsamtes haben sich die Jugendlichen schon längst aus dem Kopf geschlagen, daß es nur ein Berufsziel gibt, und haben sich den geringen Auswahlmöglichkeiten auf diesem Ausbildungsmarkt angepaßt. Ich finde, daß jeder Versuch, den „Schwarzen Peter“ auf die Jugendlichen abzuschieben, nicht korrekt ist, auch wenn er vom Ersten Bürgermeister kommt.

(Beifall bei der GAL)

Ich habe keinesfalls vor, die Handwerkskammer in Schutz zu nehmen. Aber es hat einen Trick gegeben, denn in der Zwischenbilanz der Berufsberatung hat es die Handelskammer geschafft, die Öffentlichkeit zu täuschen und sich als Schafferin von mehr Lehrstellen feiern zu lassen. Es ist immer die Rede von 6 Prozent mehr Lehrstellen im Verhältnis zum Vorjahr. Die Handwerkskammer wird dagegen als negatives Beispiel vorgeführt — das ist sie auch —, mit einem Abbau von 4 Prozent Lehrstellen zum Vorjahr. Ich glaube aber, in diesen Zahlenspielerien steckt ein ganz großes Mißverständnis. Man muß sich den langfristigen Trend im Ausbildungsbereich angucken.

(Günter Frank SPD: Man kann auch vergleichen!)

Hier hat es in den Jahren 1991 bis 1996 im Bereich der Handelskammer einen Absturz von Ausbildungsplätzen in Höhe von 25 Prozent gegeben und einen nicht zu billigen Einbruch bei der Handwerkskammer in Höhe von 8 Prozent. Wenn man sich diese Dimension ansieht, hat es die Handelskammer nicht verdient, auch noch öffentlich gelobt zu werden.

Auffällig ist auch, daß das Versprechen beider Kammern — wenn man ihren bildungspolitischen Erpressungsversuchen folgt — nicht eingelöst wurde, daß, wenn der Sportunterricht in den Berufsschulen gestrichen wird und es mehr Anwesenheitszeit der Lehrlinge in den Betrieben gibt, wohl mit 1000 Lehrstellen mehr zu rechnen sei. Interessant ist dabei, daß es für diesen Wortbruch keine Sanktionen in diesem vorgenannten Bündnis für Ausbildung gibt. Was ist denn das für ein Bündnis für Ausbildung,

C

D

(Andreas Bachmann GAL)

- A wenn es eine sehr einseitige Angelegenheit ist, aus der noch nicht einmal mehr Ausbildungsplätze hervorgehen. Das einzige, was als Ergebnis festzuhalten ist, ist ein unnötiger bildungspolitischer Tabubruch.

Man muß sich angucken, was im einzelnen passiert ist. Die höhere betriebliche Verfügbarkeit der Auszubildenden wurde in den meisten Berufsbildern, die geändert worden sind, im Schnitt auf 24 Tage festgelegt; in einigen Berufen, wie zum Beispiel bei der Fachverkäuferin im Bäckerhandwerk, sogar auf bis zu 42 Tage. Wer von Ihnen ist so naiv zu glauben, daß in diesen 42 Tagen mehr ausgebildet wird? Oder ob hier nicht doch das Phänomen von billigen Arbeitskräften vorliegt?

(Barbara Ahrons CDU: Darauf habe ich doch gewartet!)

Wenn wir die nächsten Jahre halbwegs in dem dualen System der Ausbildung bestehen wollen, dann brauchen wir im Verhältnis zum Jahr 1996 in der Spitze der Nachfrage mehr als 5000 Lehrstellen mehr.

Jetzt kann man sich fragen, was die Akteure für diese Herausforderung tun. Die Kammern sind im Umgang mit dem Problem in ihrer ideologischen Verblindung völlig blockiert. Aber der Senat macht auch nicht sehr viel, um die Ausbildungskultur und die Ausbildungsbereitschaft in Hamburg zu steigern, damit das Jahr 2010 nicht die wirkliche Ausbildungskatastrophe bringt.

Um eine Steigerung der Ausbildungskultur und bessere Rahmenbedingungen für qualifizierte Ausbildungen und keine Schmalspurausbildungen hinzubekommen, brauchen wir — auch wenn es altmodisch klingt, das muß nicht immer falsch sein — nach wie vor eine gerechte Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Betriebe, weil es unzumutbar ist, daß nichtausbildende Betriebe Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen haben.

B

(Beifall bei der GAL)

Zweitens ist es möglich und nötig, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen an das Ausbildungsverhalten der Betriebe zu knüpfen. Dabei würde es Hamburg gut tun, ausnahmsweise von Nordrhein-Westfalen zu lernen, weil es dort solche Versuche gibt. Sie sind auch ein wichtiger politischer Schritt, um zu zeigen, daß man sich nicht alles bieten läßt.

Drittens ist die Bildung von Ausbildungsverbänden ein wichtiges Instrument. Und zwar nicht, weil es das Mengenproblem auf Anhieb lösen kann, sondern weil es ein Beitrag für eine bessere Ausbildungskultur ist. Hier versuchen Kleinbetriebe, Bildungsträger, aber auch Lehrwerkstätten von Großbetrieben, partnerschaftlich und gemeinsam die Verantwortung, aber auch die Kosten für die betriebliche Ausbildung zu übernehmen.

Es wäre auch möglich, das wertvolle Know-how der Hamburger Bildungsträgerszene, aber auch das von Lehrwerkstätten der Großbetriebe zu erhalten — denn dieses ist bedroht — und auch für die genannten Partner in den Ausbildungsverbänden nutzbar zu machen. Ohne eine flächendeckende und offensive Unterstützung dieses Instruments durch die Innungen der Kammern, aber auch durch die Fachbehörden des Senats wird Hamburg in diesem Bereich der Ausbildungsverbände ein Entwicklungsland bleiben. Hierbei können wir ausnahmsweise einmal etwas von Strukturpolitik in den neuen Bundesländern lernen, wo

Ausbildungsverbände in manchen Bereichen gerade das Rückgrad der betrieblichen Ausbildung sind. C

(Ingeborg Knipper CDU: Aus der Not heraus!)

Ziemlich irritiert war ich über eine Stellungnahme der Handwerkskammer zu unserem Vorschlag der Ausbildungsverbände, in der es hieß, daß dies Probleme mit sich bringen würde, weil die Auszubildenden in den Ausbildungspools Betriebsgeheimnisse verpetzen würden. Was ist das für eine Auffassung, zu glauben, daß in Ausbildungsverbänden die Lehrlinge als Industriespione angesetzt werden, die am Feierabend mit der Minox die Schleifmaschinen fotografieren?

(Erhard Pumm SPD: Die Farbmischung zum Beispiel bei Malern!)

Das kommt von der Handwerkskammer. Sie wird im übrigen mit ihrem Apparat durch eine Umlage aller Hamburger Betriebe finanziert, die die Umlage aber nicht deswegen bezahlen, um so einen Blödsinn in der Zeitung lesen zu müssen.

(Beifall bei der GAL)

Die Umlagefinanzierung, aber auch das System der Ausbildungsverbände harmonisieren hervorragend zusammen. Denn bei den bestehenden Ausbildungsverbänden, die es in der Bundesrepublik gibt — in Hamburg gibt es zu wenige —, werden naturgemäß — ich sage einmal informell — die Ausbildungskosten zwischen allen Ausbildungspartnern fair verteilt.

Man könnte es dann wie folgt zuspitzen — ich kann da einen großen sozialdemokratischen Jugendverband zitieren —: „Wer nicht ausbilden will, der wird umgelegt. Wer nicht ausbilden kann, der soll sich mit anderen zur Ausbildung verbünden.“ D

(Anna Bruns GAL: Zusammenlegen!)

Wir sind aber auch der Meinung, daß das Umlagesystem und ein stärkeres Initiieren von Ausbildungsverbänden nicht alle Probleme im Berufsbildungsbereich lösen kann. Es gibt nach wie vor auf längere Sicht auch einen Bedarf an öffentlich finanzierter Ausbildung, Qualifizierung und Berufsvorbereitung, die versucht, auch die vielen Fehlentwicklungen und Benachteiligungen in diesem System auszugleichen. Sie wissen, daß junge Frauen und Migrantinnen keinen gleichberechtigten Zugang zu diesem System haben. Dann ist es aber auch wichtig, wenn das Arbeitsamt versucht, in der Trägerlandschaft einen Preiswettbewerb und keinen Qualitätswettbewerb auszulösen, daß die Hamburger Behörden diese Träger dann mit dem Streß mit dem Arbeitsamt nicht allein im Regen stehenlassen.

Sie wissen auch, daß 82 Prozent der jungen Frauen — das sind nicht mehr die neuesten Zahlen, aber die dürften noch den Trend wiedergeben — sich auf vier Berufsbereiche mit 39 Berufen konzentrieren. Bei den jungen Männern sind es sechs Berufsbereiche mit 102 Berufen, wobei auffällig ist, daß junge Frauen häufig in Berufe hineingedrängt werden, die ein sehr hohes Arbeitsmarktrisiko haben. Um so mehr kommt es darauf an, diejenigen Träger in Hamburg zu unterstützen, die es sich zum Ziel gemacht haben, das Selbstbewußtsein und die Handlungskompetenz von jungen Frauen in dem Ausbildungsbereich zu stärken. Es reicht nicht aus zu sagen, wenn es von seiten der Fachbehörde mit dem Kostenträger Arbeitsamt Streß gibt, daß dies nicht ihre Aufgabe wäre, sondern die Verantwortung

(Andreas Bachmann GAL)

- A des Kostenträgers. Solche Probleme, in die Träger geraten, müßten auch zusammen mit der Schulbehörde gelöst werden, die dann nicht nur kommentieren darf.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Frank.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bachmann, daß dieses Thema ein sehr schwieriges ist, zeigt auch Ihr Beitrag. Sie haben hier nichts Neues vorgetragen; das verlange ich auch nicht.

Ich will mich zunächst einmal auf die Ausbildungsdrucksache des Senats beziehen. Aus dieser und auch aus der Senatsantwort zur Großen Anfrage Ihrer Fraktion geht sehr deutlich hervor — und das wird, wenn man einmal in die anderen Bundesländer schaut, dort auch bestätigt —, daß Hamburg mit Abstand — und das sage ich jetzt guten Gewissens — das beste Berufsschulangebot in der Bundesrepublik Deutschland hat. Das will ich mit einigen Beispielen belegen.

Hamburg bietet 220 bis 240 — das ist eine Frage, wie man zählt —, also rund 70 Prozent, mehr als zwei Drittel aller in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten Ausbildungsberufe, an. Das macht kein anderes Bundesland; vielleicht Berlin, das habe ich nicht geprüft.

- B Seit 1996 befinden sich mehr Jugendliche, also rund 12 000, in beruflichen Vollzeitschulen oder vergleichbaren Maßnahmen, mehr als auf einem betrieblichen Ausbildungsplatz. Ohne das Engagement des Senats — das Sie hier auch bitte nicht herunterreden wollen — wären die Zahlen des Arbeitsamtes noch negativer, als sie zur Zeit schon sind. Das finanzielle Engagement Hamburgs im berufsbildenden Bereich — das haben Sie auch der Drucksache entnehmen können — ist auf annähernd 400 Millionen DM angestiegen. Das sind Größenordnungen, meine Damen und Herren, die trotz der schwierigen Finanzlage für die Zukunft der Jugendlichen in unserer Stadt gezielt eingesetzt werden; das soll uns erst einmal jemand nachmachen.

Ein letzter Punkt. Lassen Sie mich noch die vielen Maßnahmen erwähnen, die der Senat zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes seinerseits ergriffen hat. Die Hauptverantwortung trägt natürlich weiterhin die Privatwirtschaft. Ich will dazu einige Stichworte nennen: Hamburger Ausbildungsplatzprogramm, Bündnis für Arbeit, QUAS, Hamburger Ausbildungspartnerschaften, BQN, Projekt für Mädchen und Technik, MuT, und so weiter. Die staatlichen Leistungen Hamburgs haben im Bereich der Berufsbildung ein finanzielles Ausmaß angenommen, das man anderenorts geradezu für erstaunlich hält.

Um so merkwürdiger muten daher die beiden vorliegenden Anträge an, insbesondere der der CDU. Einmal abgesehen davon, daß beide Kammern — ich beziehe mich zunächst einmal auf Ihren Antrag, Frau Knipper — Ihren Antrag ablehnen, hat Hamburg schon lange eine Einzelfallförderung von betrieblichen Ausbildungsplätzen. Insofern ist Ihr Antrag peinlich, denn ein Telefonat hätte doch genügt, um dieses aufzuklären. 1996 wurden insgesamt 227 Ausbildungsplätze bezuschußt und es gab 75 Neuanträge. 1997 — zur Zeit ganz aktuell — sind es schon 115. Sie können Ihren Antrag also getrost zurückziehen; das war nichts.

C Nun zur Verbundausbildung, Herr Bachmann, wie Sie es im GAL-Antrag gefordert haben. Das ist auch nicht neu, sondern hatte in den achtziger Jahren ihren Höhepunkt; da hatten wir die geburtenstarken Jahrgänge. Verbundausbildung, jetzt auch wieder ein Thema im Landesausschuß für Berufsbildung, kann ein Mosaiksteinchen für mehr Ausbildungsplätze sein. In der Regel kostet das Geld. Und die Erfahrungen in Hessen — das soll allerdings 1997 aus finanziellen Gründen auslaufen — zeigen eine sehr starke Zurückhaltung der Wirtschaft. Hier sind also die Kammern und die Betriebe gefragt. Kritik an Hamburg in diesem Zusammenhang ist völlig unangemessen. Hierzu haben Sie auch nichts Neues vorgetragen.

Noch ein Wort zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation in Hamburg. Ohne die Leistungsbilanz des Hamburger Senats wäre die Situation noch weitaus schwieriger. Die Ausbildungskrise wird sich, wenn wir keine Trendwende hinbekommen sollten, noch verstärken, und zwar mit Folgen für das duale Ausbildungssystem insgesamt.

Das Ausbildungssystem verpaßt die Entwicklungstrends des Beschäftigungssystems, sagen Göttinger Sozialforscher. Wenn zwei Drittel aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich arbeiten, aber zwei Drittel aller Auszubildenden in der Industrie und im Handwerk ausgebildet werden, dann wirft das in der Tat generelle Fragen auf. Entscheidend bleibt aber die Frage, ob die Privatwirtschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Die Partner des Bündnisses für Arbeit in Hamburg haben sich eine Trendwende vorgenommen.

D Nach der Veränderung der Berufsschulorganisation sind jetzt die Kammern gefragt. Die größten Probleme hat offenbar die Handwerkskammer. Ich will mich, Herr Bachmann, nicht an der Zahlenspielerei beteiligen; es ist immer eine Frage, was man miteinander vergleicht. Sie können das mit 1970 vergleichen und kommen dann zu einer bestimmten Prozentzahl, Sie können das aber auch mit 1995 und 1996 vergleichen, und dann sind diese Zahlen richtig.

Ein notwendiger Finanzausgleich — die SPD-Bundestagsfraktion wird einen entsprechenden Antrag einbringen — zwischen den Betrieben, wie auch immer organisiert, und ein Nachdenken über Auflagen bei Vergabe staatlicher Aufträge ist eine Seite des Problems. Eine andere ist aber, daß wir die Hunderttausende von Jugendlichen als Demokraten und soziale Mitbürgerinnen und Mitbürger verlieren werden, wenn sie nicht an Ausbildung und Arbeit teilhaben können.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Mal in dieser Legislaturperiode ein Appell von diesem Platz aus an die Hamburger Betriebe: Stellen Sie im Interesse aller eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Lassen Sie uns das in gesellschaftlichem Konsens bewerkstelligen. Sollte das nicht gelingen, dann wundern Sie sich bitte nicht über Diskussionen, die auf staatliche Maßnahmen abzielen, um diese gefährliche Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt zu verändern. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Frank, Sie haben mich nicht enttäuscht,

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A sondern genau das getan, was ich erwartet habe, Sie haben ihr Eigenlob pflichtgemäß vorgetragen. Aber um der Krise auf dem Lehrstellenmarkt zu begegnen, reicht es nicht aus, sich selbst zu loben,

(Günter Frank SPD: Nein, wir tun ja auch was! Sie haben nicht zugehört!)

die Schuld in Bonn, bei der Hamburger CDU oder zuweilen bei der eigenen Fraktion zu suchen, wie das der Bürgermeister tut, großartige Versprechen in die Welt zu setzen und diese dann nicht einzuhalten. Leider hat die Hamburger Politik — namentlich Bürgermeister Voscherau und seine Senatorinnen Raab und Fischer-Menzel — vollständig versagt. Dies zeigt sich an folgenden Beispielen.

Erstens: Die Anzahl von Hamburger Jugendlichen ohne Schulabschluß nimmt stetig zu. Verließen 1990 noch 1417 Schüler die Hamburger Schulen ohne Abschluß, das heißt 8,7 Prozent, so waren es im vergangenen Jahr bereits 1705, also 11 Prozent. Ein weiteres Versagen der Hamburger Politik ist, daß Jugendliche aus dem Umland gegenüber den Hamburger Schülern von Firmen, die Ausbildungsplätze bereitstellen, bevorzugt werden. Hamburger Jugendlichen fehlen oft grundlegende Fertigkeiten in Rechtschreibung und Mathematik. Dies ist kein Bonner Versagen, sondern ein Versagen der Hamburger Politik.

(Beifall bei Karlheinz Sanders CDU)

- B Zweitens: In den letzten vier Jahren ist die Anzahl jugendlicher Arbeitsloser unter 20 Jahren um 67 Prozent gestiegen, wobei mehr als 90 Prozent ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind und mehr als ein Viertel keinen Hauptschulabschluß besitzen. Viele dieser Jugendlichen werden zu Sozialhilfeempfängern in der zweiten Generation. Während die Anzahl aller Sozialhilfeempfänger in den letzten sechs Jahren um 56 Prozent gestiegen ist, ist sie bei den Jugendlichen um mehr als 130 Prozent gestiegen. Aber anstatt den Jugendlichen zu helfen, werden diese oft in uneffektiven Maßnahmen geparkt. So befinden sich in den teil- und vollqualifizierenden Schulen, die keine Berufsausbildung voraussetzen, jährlich rund 13 500 Schüler, was zu Ausgaben von 150 Millionen DM führt. Bei manchen Berufsvorbereitungsklassen nehmen weniger als 9 Prozent nach diesen Maßnahmen eine Ausbildung auf. Erschreckend ist auch die Bilanz staatlicher Ausbildungs- oder Beschäftigungsprogramme. Ein von staatlichen Beschäftigungsträgern vermittelter Arbeitsplatz kostet mehr als eine viertel Million DM, in Umlandgemeinden hingegen, die private Träger nehmen, nur 60 000 DM. Auch dies ist kein Bonner Versagen, sondern ein Versagen der zuständigen Senatorinnen Raab und Fischer-Menzel.

Drittens: Vollmundig wurde von unserem Bürgermeister das Bündnis für Ausbildung angekündigt, das sich als ein ähnlicher Flop erwies wie das Hamburger Bündnis für Arbeit. Jahrelang wird herumverhandelt, und die Ergebnisse sind äußerst dürftig.

(Andreas Bachmann GAL: Bei den Unternehmen!)

Andere Bundesländer haben dieses schon vor 15 Jahren durchgeführt. Auch das ist wiederum kein Bonner Versagen, sondern ein Versagen des Bürgermeisters, der sich als Ankündigungsbürgermeister entpuppt. Die Aktenberge mit den nicht eingehaltenen Versprechungen, die er eben noch bei sich hatte, hat er jetzt umgetauscht gegen einen Laptop, da geht mehr rein.

C Es ist mehr als unredlich, wenn Dr. Voscherau sich großspurig hinstellt und verkündet, daß 500 bis 1000 neue Arbeitsplätze, wenn nicht sogar mehr, bereitgestellt werden,

(Andreas Bachmann GAL: Das waren die Unternehmer!)

und schon jetzt feststellbar ist, daß es nicht mehr, sondern weniger sein werden, konkret: mehr als 800 Jugendliche. Dies ist keine Senkung gegenüber dem Vorjahr, sondern eine Steigerung um mehr als 62 Prozent.

Viertens: Unverständlich ist nicht nur das Verhalten des Senats, sondern auch der SPD-Fraktion. So sind zum Beispiel die Fraktionsmitglieder Grund und Pumm in Hamburg wie Dr. Jekyll und Mister Hyde, da sie für das Bündnis für Ausbildung als Fraktionsmitglieder stimmen, dann aber gleichzeitig als Gewerkschaftler aus demselben aussteigen.

Ich könnte diese Beispiele fortsetzen, jedoch ist die Frage weitaus dringender, was zu tun ist. Hierzu folgende Beispiele.

Erstens: Das Angebot der Hamburger Kammern muß angenommen werden, für praktisch Begabte Ausbildungsgänge einzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Allein im Bereich des Handwerks können kurzfristig 200, längerfristig 2000 Stellen geschaffen werden. Der Senat weiß, daß dies auch landesrechtlich möglich ist. Der typische Verweis auf Bonn ist hier wiederum fehl am Platze.

D Zweitens: Die derzeitigen staatlichen Programme — seien es das Hamburger Ausbildungsprogramm oder auch die Berufsvorbereitungsklassen, Beschäftigungsprogramme für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose — müssen effizienter gestaltet werden. Auch hierzu gibt es von uns detaillierte Vorschläge, mit denen die derzeitigen Angebote radikal auszuweiten sind. Hier könnten rund 2100 Stellen geschaffen werden.

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß Lohnkostenzuschüsse an die Betriebe erfolgen, so daß der teure Verwaltungsapparat der Beschäftigungsträger eingespart werden kann. In diese Zielrichtung geht auch unser Antrag „Ausbildung statt Sozialhilfe“. Dieses Programm, Herr Frank, unterscheidet sich grundlegend von den beiden bestehenden Förderprogrammen. Da ist zum einen das Förderprogramm Lohnkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfänger, das Hamburg erst vor zwei Jahren eingeführt hat, und dies, obwohl es in anderen Städten bereits seit 1986 besteht, das nicht auf Jugendliche zugeschnitten ist. Das andere Förderprogramm ist zwar auf Jugendliche zugeschnitten, Hauptzielrichtung ist jedoch nicht der jugendliche Sozialhilfeempfänger. Auch hier sind die Fördersatzte für einen Betrieb nicht lohnend.

Ich finde es mehr als unseriös, wenn im aktuellen Ausbildungsbericht stolz auf eine Erhöhung der Förderzahl um 40 Prozent hingewiesen wird und ein und derselbe Senat noch im vergangenen Jahr verkündete — ich zitiere —

„Die Inanspruchnahme der bisherigen Förderung ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. So sank die Zahl der geförderten Ausbildungsverhältnisse im vergangenen Jahr abermals von 74 auf 51 Fälle.“

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A Wer solche Tiefzahlen als eine Steigerung aufweist, der muß es mehr als nötig haben.

(Günter Frank SPD: Wer stellt denn die Ausbildungsplätze zur Verfügung in dieser Gesellschaft?)

Drittens: Wir brauchen eine Modernisierung der Berufsausbildung. Hier geschieht bereits einiges auf Bundesebene. So traten im letzten Jahr 21 neue Ausbildungsberufe in Kraft; dieses Jahr sind es 47, und im nächsten Jahr werden es 51 sein. Aber auch Hamburg muß seinen Beitrag zu diesem Modernisierungsschub leisten. Dies ist wiederum landesrechtlich möglich, also zeigen Sie nicht wieder mit dem Finger auf Bonn.

Es hat mich in diesem Zusammenhang sehr gefreut, daß der Senat hier einmal die Anregungen der CDU aufgenommen hat, nämlich unsere Forderung aus den Drucksachen 15/5818 und 15/7480, neue Berufsfelder im Medienbereich zu fördern. Zumindest dieses sichert der Senat im neuen Ausbildungsbericht unter der Ziffer 4.8 zu.

Wenig hilfreich, sondern traurig ist es, wenn der Bürgermeister großspurig große Taten ankündigt und dann, wie es in der letzten Woche geschah, nur mit einem dürrftigen Appell an die Jugendlichen an die Öffentlichkeit tritt und ihnen rät, selbst alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen Platz zu erhalten. Wenn sie sich weiter auf die SPD verlassen, werden besonders die benachteiligten Jugendlichen nach der Wahl diese Aussage des Bürgermeisters als bittere Realität erleben müssen. Aber dazu darf es nicht kommen. Es ist höchste Zeit, über berufliche Perspektiven für junge Menschen in dieser Stadt seitens des Senats nicht nur zu reden, sondern sie ihnen zu geben. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind ausgesprochen engagierte Verfechter und Fans des dualen Ausbildungssystems. Das ist der einzige noch ausmachbare Standortvorteil, die gute, flexible und grundsolide Ausbildung auch in den gewerblichen Berufen.

Zum anderen ist es ein erheblicher Teil der gesellschaftlichen Zufriedenheit, weil es auch ein Teil Chancengleichheit ist. Mit dem Einstieg in eine Lehre kann man anschließend noch in höchste berufliche und gesellschaftliche Positionen kommen, natürlich nicht alle Lehrlinge, wie es ja auch ein akademisches Proletariat am anderen Ende des Bereichs gibt.

Aber es ist ein einzigartiges sehr bewährtes System, und die Frage der Verfügbarkeit im Betrieb ist dabei nicht unbedingt eine Tabufrage, sondern im Gegenteil der Charme dieses Systems. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob die Ausbildung nur in abgehobenen Schulungskursen stattfindet oder zum Teil als „training on the job“.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, daß die Ausbildung in diesem Bereich nicht funktioniert. Die Berufsschulen funktionieren, aber die Wirtschaft leistet ihren Anteil nicht. Betrieblich ausbilden kann aber nur der, der den Betrieb hat, und Eigentum verpflichtet und muß auch sozial eingesetzt werden. Da fragt man sich natürlich, wie es kommt, daß die Wirtschaft ihrer verdammten Pflicht und

Schuldigkeit in diesem wichtigsten Zukunftsbereich nicht nachkommt. Es kann eigentlich nicht am Geld liegen, die Kapitalerträge explodieren. Ich fürchte, daß der Hintergrund für diese Machenschaft im Bereich der Wirtschaft die berühmte Philosophie vom Shareholder value ist. Nur frage ich mich, wo diese Shareholder, für die die Manager das Geld zusammenhalten, so daß nicht einmal mehr ausgebildet wird, das dann verfressen sollen. Sie können ja nicht aus der Welt entschwinden. Meinetwegen können sie sich eine „Mir“ kaufen und darin glücklich werden, wenn sie hier unten unsere gesellschaftlichen Verhältnisse zerrüttet haben.

Die Situation wird bedrohlich, wenn nicht ausgebildet wird, denn ein Staat, der die Unterstützung und Achtung seiner Bürger verliert, ist dem Tod geweiht. Das gilt auch für einen Rechtsstaat, der deshalb die Achtung verliert, weil er den Jugendlichen und auch den Eltern für ihre Kinder die notwendigen Perspektiven nicht mehr bietet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Insofern ist dies für unseren demokratischen Rechtsstaat extrem gefährlich. Nicht auszubilden ist mindestens so gefährlich wie Bombenwerfen.

(Beifall bei Dr. Wilfried Maier GAL)

Aber wenn wir den Staat zugrunde richten wollen, wird man es mit Nichtausbilden schneller schaffen als mit Bombenwerfen. Es sind vor dem Hintergrund dieser wichtigen Rolle der weiteren Verantwortung auf dem Ausbildungsbe-
reich bestimmt nicht die häufig wiederholten und auch von Herrn Harlinghausen hier so schön herangezogenen Beanstandungen; die sind in ihrer Wertigkeit nichtig. Wir dürfen es wegen des hohen Wertes der Funktionsfähigkeit des bisherigen dualen Ausbildungssystems nicht an Appellen fehlen lassen.

Nun sind wir im Moment in der wenig erfreulichen Situation, daß nichts darauf hindeutet, daß diese Appelle allein fruchten. Ich fürchte, daß wir, sowohl um den Appellen entsprechendes Gewicht zu verleihen als auch um nicht ohne Hemd dazustehen, ein Modell verfolgen müssen, wie es zum Beispiel von diesem Parlament in der Frage des Girokontos für Sozialhilfeempfänger verfolgt worden ist. Auch dort ist das nur vor dem Hintergrund in Ordnung gekommen, daß ein Gesetzentwurf in der Schublade lag nach dem Motto: Wenn ihr das nicht ordentlich macht, dann kommt dieser Gesetzentwurf. Wir waren nie für Kontrahierungszwang, trotzdem haben wir diese Machart mitgetragen.

Man muß also auf Bundesebene eine Regelung zur Gesetzgebungsreife bringen, die eine Alternative bietet, falls die Erosion unseres bisherigen Ausbildungssystems weiter so verantwortungslos vorangetrieben wird. Das darf aber nicht nur ein bißchen vorbereitet werden, sondern muß im Zweifel auch funktionieren. Das heißt aber, daß dieses Alternativmodell nicht ein bißchen hier verbessern oder ein bißchen verwässern oder alles verschlechtern darf, sondern es muß in sich groß und rund sein. Dann müßten wir groß denken, und es wird bisher aus meiner Sicht nicht groß genug gedacht.

Wenn die Wirtschaft sich tatsächlich nicht mehr an der Ausbildung wie bisher beteiligen will, sondern das Geld abzocken will, das der Staat dann irgendwo herholen muß, um statt der bisherigen Ausbildung Schulungskurse anzubieten, dann können entsprechende Schulungskurse

(Georg Berg STATT Partei)

- A möglicherweise andere, die sich darauf spezialisieren, besser betreiben, und wahrscheinlich muß der Staat dort die Verantwortung halten wie im Schulbereich.

Außerhalb dieses Hauses muß man — das ist kein Landesthema — darangehen, konkrete Voraussetzungen auszuarbeiten, was wir leisten müssen, falls dieses System endgültig zusammenbricht. Vor dem Hintergrund hat dann auch die Wirtschaft die Entscheidungsfreiheit, zu sagen, wir machen weiter wie bisher, dann kommt es eben so, oder zu sagen, wir besinnen uns lieber auf die Fortsetzung dessen, was in der Vergangenheit ausgezeichnet war, und ich hoffe, daß es auf diese Weise zur Rettung des dualen Ausbildungssystems kommen kann. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei und bei *Michael Dose SPD*)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Dasse.

Gabriele Dasse GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frank, ich habe mich nicht sonderlich über Ihre Rede gewundert; es war absehbar, was von Ihnen kommen wird. Ich habe aber einen Punkt bei Ihnen vermißt — das steht auch in der Antwort auf die Große Anfrage —, daß der Senat bitterlich beklagt, daß die Anzahl betrieblicher Ausbildungsverhältnisse immer weiter sinkt, statt dessen die Schülerzahl an beruflichen Vollzeitschulen immer weiter steigt und das mit dem Ergebnis, daß es seit 1995 eine Umkehrung gibt und wir gucken müssen, wie wir da den Haushalt entlasten können. Die Finanzierung von Vollzeitschulen ist von Seiten der Stadt aus gesehen erheblich teurer als betriebliche Ausbildung. Da muß man natürlich gucken, welche Maßnahmen man treffen kann, um zu einer Umkehrung zu kommen. Ich halte unseren Antrag nicht für abwegig, auch wenn Sie ihn vielleicht nur als einen kleinen Mosaikstein und nicht neu bezeichnen. Aber auch wenn etwas nicht neu ist, muß es nicht schlechter sein.

(*Uwe Grund SPD:* Darauf ist Herr Frank ausführlich eingegangen!)

Es ist in diesem Rahmen eine gewisse Steuerungsmöglichkeit — Herr Bachmann hat das schon kurz angesprochen —, um junge Frauen und Migrantinnen und Migranten vorrangig zu versorgen, denn ich finde es wichtig, einmal darauf hinzuweisen — dazu findet man in der Antwort auf die Große Anfrage und in der Senatsmitteilung keine Aussage —, daß Mädchen in betrieblicher Ausbildung schlechter versorgt sind als Jungen. Es befinden sich mehr Mädchen in außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen.

Dramatisch finde ich auch, daß von 1991 bis 1996 der Anteil von Frauen, die nicht mit einem Ausbildungsplatz versorgt werden konnten, kontinuierlich gestiegen ist, nämlich von 39 auf 50 Prozent; auch das steht in der Antwort auf die Große Anfrage. Wenn keine konkreten Maßnahmen getroffen werden — das eine wäre eine Umlagefinanzierung auf Bundesebene, aber auch auf Hamburger Ebene diese Verbundlösung —, wird das dramatisch steigen und gerade zu Lasten von Frauen gehen.

Es verwundert mich, wo Sie unsere Verbundlösung so ein bißchen abtun, daß in der Senatsmitteilung auch zwei Vorschläge gemacht werden, für welche Bereiche sich der hohe Senat das vorstellen kann. Den einen Punkt, für Gewerbetätige so etwas zu initiieren, wo auch eine räumliche

Nähe da ist, finde ich aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht sogar ganz spannend, nämlich mehr Mädchen in Zukunftsbranchen auch im gewerblich-technischen Bereich anzustellen, denn wir haben eine Segmentierung des Arbeitsmarktes, und ohne Maßnahmen wird sich das nicht ändern. Ohne Maßnahmen, wie wir sie in der Vorbereitung haben, wie MuT — also Mädchen und Technik — oder Schnupperlehre oder ein ganz wichtiges Projekt wie Zahnrad e.V. wird es keine Veränderung dieser Segmentierung des Arbeitsmarktes geben.

Bei Zahnrad e.V. sieht es dadurch, daß Mittel vom Arbeitsamt wegfallen, mit den Finanzen zur Zeit ganz dramatisch aus. Ich habe keine Aussage darüber gehört, daß von Seiten des Senats Gleichstellungspolitik ein Ziel ist, denn ohne diese Maßnahmen ist für mich die Gleichstellungspolitik des Senats absolut desolat. Es wird keine Aussage getroffen, daß zu berücksichtigen ist, daß Mädchen und Jungen die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Es reicht nicht der Hinweis darauf, daß das Senatsamt sich mit dem Elternverhalten beschäftigt habe und man da ansetze. Das ist gut und auch wichtig, es ist ein Baustein, und es ist auch alles, was an der Schule passiert, ein Baustein. Aber solange wir nicht die Voraussetzungen dafür schaffen, daß es auch Betriebe gibt, die die Mädchen dann wirklich einstellen, solange wird sich da nichts ändern

(*Uwe Grund SPD:* So ist es!)

und solange werden sich typische Frauen- und Männerberufe und damit typische Bezahlungsunterschiede, nämlich ein Drittel weniger für Frauen, auch nicht ändern.

(*Uwe Grund SPD:* Das ist das Problem, Frau Dasse!)

Das berufsbegleitende Projekt INCI ist schon über den Jordan gegangen; es ging hier um ausländische Krankenpflegeschülerinnen. Ich habe die Befürchtung, nachdem ich bisher keine Aussage vom Senat dazu gehört habe, daß es weiterhin Politik des Senats sein wird, sofern er in einer ähnlichen Konstellation an der Regierung bleibt, die Gleichstellungspolitik gerade im Arbeitsmarktbereich völlig abzuschreiben.

Wenn man unserem Antrag zustimmt, gibt es die Chance, erstens mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen, zweitens den Haushalt zu entlasten und der Gleichstellung einen kleinen Schritt näherzukommen.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Senatorin Raab.

Senatorin Rosemarie Raab: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 31. Juli dieses Jahres wies die Arbeitsamtstatistik 3000 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber und 1000 freie Stellen aus. Da Herr Bachmann zu Recht gesagt hat, daß es nicht viel nützt, hier mit Schuldzuweisungen anzufangen, auch wenn sein Beispiel falsch war, möchte ich das zurückweisen, was Herr Harlinghausen an Schuldzuweisungen in Richtung auf die Jugendlichen und den Senat vorgetragen hat.

Herr Harlinghausen, wenn Sie sich genauer informiert hätten, dann hätten Sie feststellen können, daß unter diesen 3000 Jugendlichen, die zum Zeitpunkt 31. Juli noch nicht versorgt waren, etwas mehr als 1000 Jugendliche mit Hauptschulabschluß, etwa 1200 mit Realschulabschluß

C

D

(Senatorin Rosemarie Raab)

A und 500 entweder mit Fachhochschulreife oder mit Abitur waren, demgegenüber aber nur 300 ohne einen Schulabschluss. Das bedeutet, daß die wirklich bedauerliche Tatsache, daß wir einen hohen Anteil von Jugendlichen haben, die unser Schulsystem, und zwar nicht nur unser, sondern auch die Schulsysteme anderer Bundesländer, ohne Abschluß verlassen, jedenfalls keinen Einfluß auf die Bilanz des Arbeitsamtes hat, denn dann hätten wir ein ganz anderes Zahlenverhältnis zwischen Jugendlichen ohne Abschluß und solchen mit einem qualifizierten Schulabschluss gehabt.

Ein Punkt, damit da kein Mißverständnis entsteht, ist natürlich völlig richtig. Die Schule und auch der Senat sind nicht aus der Pflicht, im schulischen Bereich alles zu tun, um die Jugendlichen so gut wie es nur irgend geht auf den Ausbildungsmarkt vorzubereiten und dieses insbesondere in den Bereichen, die wir in den letzten Jahren, bezogen auf alle Schulstufen, für besonders wichtig gehalten haben und nach wie vor halten, nämlich die Kompetenzen in der Muttersprache, in Mathematik und in den Fremdsprachen besonders zu fördern. Diesen Auftrag gibt es unabhängig von der Schuldzuweisung, die Sie an dieser Stelle vorgenommen haben.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Bilanz ansieht, dann fehlen am Stichtag 31. Juli 2100 Plätze. Selbst wenn man die rund 1300 Plätze gegenrechnet, die das Arbeitsamt noch in diesem Monat durch Maßnahmen, die es zum größten Teil selbst fördert, besetzen wird, verbleibt eine Lücke von 800. Wenn man sich — auch das halte ich für richtig — darüber hinaus vergegenwärtigt, daß sich weitere 7700 Jugendliche im ersten Jahr teilqualifizierender und berufsvorbereitender schulischer Maßnahmen befinden, dann beträgt die eigentliche Lücke auf dem Ausbildungsmarkt nicht nur 800 Plätze, sondern geht weit darüber hinaus.

B Diese Situation macht deutlich, daß wir einen kurzfristigen Bedarf haben, die Lücke von 800 Plätzen zu schließen, daß es darüber hinaus aber einen mittel- und langfristigen Bedarf gibt, eine ganz andere Dimension von dualen Ausbildungsplätzen in dieser Stadt bereitzuhalten.

Wir sind uns über die Wege, auf denen wir zu mehr Ausbildungsplätzen kommen können, weitgehend einig. Wir brauchen — da gibt es jedenfalls einen breiten Konsens, vielleicht keine Einstimmigkeit — eine verbesserte Kooperation zwischen den Lernorten Schule und Betrieb, und zwar sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Das ist ein Konsens, der inzwischen auch bundesweit gilt und auch bundesweit mit Lösungen gefüllt wird, die weit schlechter sind als das, was wir hier in Hamburg machen. Ich halte das, was wir in Hamburg in den letzten Monaten geleistet haben, für vorbildlich, weil es flexible Lösungen für die jeweiligen Berufe gibt und nicht einen generell acht- oder neunstündigen Berufsschultag, wie er in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und neuerdings auch in Hessen vereinbart worden ist.

(Ingeborg Knipper CDU: Da hat ein Stadtstaat auch andere Möglichkeiten!)

— Da hat ein Stadtstaat andere Möglichkeiten, da haben Sie völlig recht, Frau Knipper, wir haben sie aber auch genutzt.

Wir brauchen zum zweiten neue Ausbildungsberufe im Dienstleistungsbereich, wir brauchen geeignete Wege für

lernbeeinträchtigte Jugendliche, die allerdings die Möglichkeit qualifizierter Abschlüsse unbedingt einschließen müssen. Wir brauchen die Überführung von staatlich finanzierten Sonderprogrammen in betriebliche Ausbildungsplätze, wir brauchen viel mehr Ausbildungsverbünde, um Betriebe für Ausbildung zu gewinnen, die alleine nicht in der Lage sind auszubilden, die aber durchaus in der Lage wären, Teile einer Ausbildung zu übernehmen. Wir brauchen gezielte Anreizsysteme für Betriebe, die bereit sind, zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche anzubieten. Wir brauchen vor allem aber jenseits dieser Maßnahmen die Bereitschaft der Betriebe in dieser Stadt, auch junge Menschen auszubilden.

Wir sind in den vergangenen Monaten auf den verschiedenen Wegen, die ich eben skizziert habe, unterschiedlich weit vorangekommen. Wir haben die erste Stufe der Lernortkooperation, also der engeren organisatorischen Verzahnung von Schule und Betrieb, abgeschlossen. Wir werden in Kürze die zweite Phase beginnen, nämlich die inhaltliche Abstimmung.

Zum 1. August sind Ausbildungsordnungen für 14 neue Ausbildungsberufe in Kraft getreten. In weiteren 33 Ausbildungsberufen sind ebenfalls mit Wirkung zum 1. August die Ausbildungsordnungen modernisiert worden, dies natürlich auf Bundesebene und nicht in Hamburg.

Hinsichtlich spezifischer Ausbildungsgänge für Lernbeeinträchtigte sind die Beratungen im Landesausschuß für Berufsbildung noch nicht abgeschlossen. Hier steht eine Verständigung über konkrete Rahmenbedingungen noch aus.

Für die Ausbildung Benachteiligter auf zusätzlichen Ausbildungsplätzen gibt es das bereits erwähnte Programm, das auf der Basis erneuerter Richtlinien in diesem Jahr noch einmal zu einer Steigerung der Platzzahl geführt hat. Es ist richtig, daß die Gesamtzahl der Plätze, die bei knapp 120 liegt, noch nicht die Größenordnung erreicht hat, die wir uns vorstellen. Dennoch finde ich es beachtlich, daß in den letzten zwei Jahren jeweils eine vierzigprozentige Steigerung erzielt werden konnte.

Dabei werden auch Betriebe gefördert, die Jugendliche aus außerbetrieblicher Ausbildung übernehmen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Ausbildung im Betrieb abzuschließen.

Schließlich werden neue Modelle für die Verzahnung von außerbetrieblicher und betrieblicher Ausbildung — übrigens auch in Form von Verbänden — zunehmend in die Praxis umgesetzt.

Sowohl die Ausbildungsplatzdrucksache als auch die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der GAL zur Ausbildungssituation dokumentieren, daß es gelungen ist, eine Vielzahl von Initiativen aus der Taufe zu heben, mit denen eine Trendumkehr auf dem Ausbildungsmarkt eingeleitet werden kann, auch wenn wir noch sehr weit von einem auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen entfernt sind.

Ihre Anträge, meine Damen und Herren von der Opposition, zeigen Möglichkeiten auf, die dazu beitragen können, die Ausbildungskrise mit vereinten Kräften zu überwinden. Nur sind die von Ihnen vorgeschlagenen Wege alles andere als Königswege. Es wäre völlig unangemessen, ihre Tragweite zu überschätzen.

(Andreas Bachmann GAL: Sagt doch keiner!)

C

D

(Senatorin Rosemarie Raab)

- A Bezogen auf die etwas zu laut angepriesenen Ausbildungsverbände, Herr Bachmann, haben wir in der Ausbildungsplatzdrucksache dargestellt, daß von den Bildungsträgern gegenwärtig drei verschiedene Formen der Verzahnung zwischen betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungen erprobt werden beziehungsweise in Auftrag gegeben worden sind.

Die in der Drucksache vorgestellten Modelle sind keine anderen als die, Herr Bachmann, die Sie in Ihrer Pressemeldung gestern oder vorgestern als denkbare Modelle genannt haben. Hinzu kommt das Modell, das wir in den Medienberufen durch die Förderung sowohl der BSJB als auch der Wirtschaftsbehörde initiiert haben. Auch darüber gibt die Ausbildungsplatzdrucksache Auskunft.

In diesem Zusammenhang ist auch noch der Vorschlag der DAG zu erwähnen, der darauf zielt, einen Teil der betrieblichen Ausbildungsinhalte durch Berufsschulen zu vermitteln, um damit die Betriebe von den Teilen der Ausbildung zu entlasten, die sie nicht leisten können. Dieser Vorschlag soll im Landesausschuß für Berufsbildung erörtert werden.

Meine Damen und Herren von der GAL! Es besteht überhaupt kein Dissens darüber, daß wir auf diesem Wege weitermachen wollen und müssen.

(Andreas Bachmann GAL: Offensiv!)

Aber auch für Ausbildungsverbände brauchen wir die Bereitschaft der Wirtschaft. Diese Ausbildungsverbände kann der Senat nicht allein schaffen. Ich glaube, darauf hat die „taz“ heute zu Recht und sehr deutlich hingewiesen.

- B Auch der Vorschlag der CDU „Ausbildung statt Sozialhilfe“ verfolgt im Kern einen durchaus richtigen Ansatz. Dieser Ansatz wird, wenn auch in einer anderen Form — Herr Harlinghausen hat darauf hingewiesen —, nämlich durch die Bezuschussung von Betrieben, die zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche anbieten, bereits realisiert.

Der Antrag der CDU geht allerdings insofern an der Sache vorbei, als er Sozialhilfeempfänger zumindest implizit mit Benachteiligten des Arbeitsmarktes gleichsetzt. Diese Gleichsetzung ist aber in der Sache völlig unangemessen. Denn von den 12 000 achtzehn- bis fünfundzwanzigjährigen Sozialhilfeempfängern in Hamburg ist keinesfalls der größte Teil Ausbildungsplatzbewerber; es kann sich um Schüler handeln, ein Teil kann studieren, ein weiterer Teil befindet sich möglicherweise in schulischen Bildungsmaßnahmen, und ein anderer Teil wiederum bewirbt sich deswegen nicht um einen Ausbildungsplatz, weil die Aufnahme einer Ausbildung mit dem Wegfall der Sozialhilfe verbunden wäre, die Ausbildungsvergütung aber nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

(Barbara Ahrons CDU: Das ist das Problem! Es ist nämlich mehr! Da haben Sie den Punkt erwähnt!)

Mit diesem Thema haben Sie sich vor allem im Sozialausschuß sehr ausführlich beschäftigt. Das Petition aus dem Bericht des Sozialausschusses wird, wenn ich es richtig sehe, morgen abgestimmt, in dem der Senat aufgefördert wird, Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, dem Auszubildenden eine finanzielle Förderung zu gewähren, um den notwendigen Lebensunterhalt während der Ausbildung sicherzustellen. Das, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, macht Sinn. Keinen Sinn macht es dagegen, den Slogan „Ausbildung statt Sozialhilfe“ als

Lösungsformel hinzustellen, wenn das Problem, das es zu lösen gilt, so zurechtgestutzt werden muß, daß es zur Lösung paßt, statt umgekehrt.

Als letztes möchte ich die Frage beantworten, ob aus meiner Sicht das Bündnis für Ausbildung gescheitert ist. Diese Frage wird natürlich erst am Ende des Vermittlungsjahres, das heißt am 30. September dieses Jahres, beantwortet werden können. Die Zahlen, die wir haben, deuten darauf hin, daß wir im Unterschied zum Bundesgebiet — der DGB hat, wenn ich mich richtig erinnere, kürzlich ein Minus von 3 Prozent genannt — mit einem Zuwachs rechnen können. Allerdings zeichnet sich ganz deutlich ab, daß das selbstgesteckte Ziel der Wirtschaft, 500 bis 1000 Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht erreicht werden wird.

Bezogen auf die beiden Kammern weist der aktuelle Stand per 15. August bei der Handwerkskammer ein Minus von 90 Plätzen gegenüber dem Vorjahr aus; das entspricht einem prozentualen Minus von 3,6 Prozent. Im Bereich der Handelskammer ist mit Stand vom 18. August ein Plus von 260 Plätzen zu verzeichnen. Unter der Voraussetzung, was der Präsident der Handwerkskammer letzte Woche im Rahmen eines Gesprächs beim Bürgermeister gesagt hat, daß sie auf eine ausgeglichene Bilanz kommen wird, würden wir insgesamt ein Plus von etwa 200 bis 300 Plätzen zu verzeichnen haben.

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn wir auf dem Weg zum Ziel noch einen großen Schritt weitergehen müssen. Ich denke, daß die Wirtschaft ihre Anstrengungen noch einmal verdoppeln muß. Ich finde, daß Herr Berg dazu den richtigen Kommentar abgegeben hat: „Eigentum verpflichtet.“

Herr Bachmann, ein Kleinreden, ein Zerreden oder ein Wegreden dieses durchaus beachtenswerten Erfolgs ist angesichts der Entwicklung auf Bundesebene keineswegs angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Knipper.

Ingeborg Knipper CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer in diesem Haus und auch draußen — vor allem in der Wirtschaft — nach dem 21. September für Rotgrün plädiert, sollte sich die Große Anfrage der GAL und auch die Rede, die Herr Bachmann hier heute gehalten hat, sehr gut ansehen.

Hier wird nicht nur erneut die Ausbildungskatastrophe beschworen; die Wirtschaft, die allein die sicherlich noch vorhandenen Probleme lösen kann, wird beschimpft. Man hat den Eindruck, daß die GAL am liebsten alles durch den Staat bis ins letzte reglementieren, aber alles von der Wirtschaft bezahlen lassen würde. Da sind Sie von der GAL noch weniger flexibel als die erstarrten Gewerkschaften, die das Bündnis für Ausbildung verlassen haben.

(Uwe Grund SPD: Sie stellen ja die Geschichte auf den Kopf, Frau Knipper!)

Die Geschichte hat sich Gott sei Dank anders entwickelt. Aber gerade deshalb warne ich vor den von der GAL geplanten neuerlichen Eingriffen in unser duales System. Es ist weltweit anerkannt und wird immer noch kopiert.

Daß sich in diesem Jahr nach großen Anstrengungen von allen Seiten die Lehrstellensituation leicht entspannt hat —

(Ingeborg Knipper CDU)

- A ich betone leicht, die 800 fehlenden Plätze sind zuviel — ist ebenso richtig wie die Tatsache, daß die Nachfrage nach Lehrstellen bis zum Jahr 2002 auf gleicher Höhe bleiben und danach bis zum Jahr 2010 sogar wieder ansteigen wird, Frau Raab hat darauf hingewiesen. Entwarnung ist also keineswegs angesagt. Deshalb will ich nur einige Aspekte beleuchten, die signalisieren, was dringlich getan werden muß.

Ich will mit meinem Beitrag deutlich machen, daß wir die Diskussion um die Ausbildungsplätze unzureichend führen, wenn wir — wie der Senat — uns fast ausschließlich auf die Angebote im berufsbildenden Bereich konzentrieren. Wir müssen deshalb erstens die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluß entscheidend reduzieren; Herr Harlinghausen hat darauf hingewiesen. Die Zahl von über 1000 Schülern in den allgemeinbildenden Schulen, die diesen Abschluß nicht erreichen, bedeutet doch, daß auch heute, am 20. August dieses Jahres, wieder rund 1000 Schülerinnen und Schüler in den Abgangsklassen unserer Haupt- und Gesamtschulen sitzen, die voraussichtlich im nächsten Sommer den Hauptschulabschluß nicht bekommen werden. Da kann man doch nicht gottergeben abwarten. Es muß doch jetzt noch jeden Tag und jede Woche versucht werden, deren Defizite zu beheben. Am besten macht man dies auch gleich in den unteren Jahrgängen, damit wir immer weniger Abgänger ohne Abschlüsse haben.

(Günter Frank SPD: Deswegen gibt es nicht mehr Ausbildungsplätze!)

Zweitens: Wir müssen die Leistungen aller Schulabgänger in den Kernfächern deutlich verbessern. Es ist eben nicht egal, ob man in Mathematik und Physik eine Vier oder gar eine Fünf hat, wenn man in einen technischen Beruf will. Und für alle Berufe ist eine qualifizierte sprachliche Ausdrucksfähigkeit unabdingbar. Berufsvorbereitung ist sehr viel mehr als die Information über Berufe.

B

Zur Zusammenführung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt bietet der Senat wenig Neues. Jugendliche müssen lernen, sich selber einzuschätzen, ganz nüchtern zu erkennen, was sie können und was nicht und welche Erwartungen sie deshalb bezüglich ihrer Chancen haben können.

Drittens: Wir müssen alle Lehrer der Mittelstufe kontinuierlich mit aktuellen Informationen über die Entwicklungen in der Berufsbildung und über die allgemeinbildenden Voraussetzungen der Berufe ausstatten. Es kann nicht angehen, daß die Schulbehörde die Informationen über neue Ausbildungsberufe und deren Anforderungen sowie über veränderte Anforderungen in bekannten Berufen dem Arbeitsamt überläßt. Berufsorientierung und Berufsfindung ist für jeden jungen Menschen eine individuelle Entscheidung, die nur gelingen kann, wenn Leistung, Einstellung und Verhalten des Bewerbers mit dem Anforderungsprofil des Berufs und der Ausbildungsfirma übereinstimmen.

(Günter Frank SPD: Was machen wir eigentlich in der Sekundarstufe!?)

— Herr Frank, Sie können doch selber ein Lied davon singen, was die Schüler können und was sie nicht können.

(Günter Frank SPD: Sie wissen doch, was da gemacht wird in Richtung auf Berufsbildung!)

Viertens: Hamburger Schülerinnen und Schüler müssen auf dem Ausbildungsmarkt mit denen der Nachbarländer

konkurrieren können. Wenn im letzten Jahr 23 Prozent der Ausbildungsplätze in Hamburg mit Jugendlichen aus den Nachbarländern besetzt wurden, dann zeigt dies, daß wir unsere Schülerinnen und Schüler viel intensiver auf den Wettbewerb im Ausbildungsmarkt vorbereiten müssen.

(Erhard Pumm SPD: Wir haben aber auch 216 000 Arbeitnehmer, die reinkommen!)

— Richtig, aber deswegen sind die Schulabgänger aus den Nachbarländern trotzdem eine Konkurrenz für unsere Schüler. Hamburger Schüler, Herr Pumm, sind nicht dümmer als die aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, aber sie sind schlechter vorbereitet.

(Günter Elste SPD: Das ist nicht wahr!)

Fünftens: Wir müssen die Bildungsangebote der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen besser aufeinander abstimmen und jedem Bereich eine klare Verantwortung auferlegen. Lehrer der Hauptschulen, Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien müssen sich stärker bewußtmachen, daß sie für die Vermittlung grundlegender allgemeinbildender Inhalte die Verantwortung haben. Und Lehrer der beruflichen Schulen müssen sich auf diese Vorbildung verlassen können, um ihre Zeit für die Vermittlung beruflicher Inhalte nutzen zu können. Eine Evaluation ist in beiden Bereichen dringend erforderlich. Viele Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung sind zu 90 Prozent Reparaturmaßnahmen für Versäumnisse der allgemeinbildenden Schulen. Wir finanzieren doppelt, zum Teil dreifach und stehen dennoch vor kümmerlichen Ergebnissen.

(Hartmut Engels CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat immer wieder auf die Bedeutung der beruflichen Bildung hingewiesen und seit Jahren mit beeindruckendem Tempo die Voraussetzungen in der Berufsausbildung verbessert. Ich nenne das Meister-BAföG, die Änderungen der Ausbilder-eignungsverordnung, die Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz; die Zahl der neuen Berufe ist schon genannt worden.

D

Ich will nicht verkennen, daß auch in Hamburg einiges geschehen ist. Aber ich wiederhole es: Nur eine Debatte, die auch die Qualität der Bewerber aus unseren Schulen einbezieht, wird die noch vor uns liegenden Probleme lösen helfen. Wer immer die Verantwortung für den Ausbildungsbereich nach der Wahl haben wird, es kann und muß mehr getan werden, damit die Ausbildungsdebatte des nächsten Jahres nicht erneut auch eine Defizitdebatte für die Versäumnisse des Senats ist. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, daß ich den Unternehmerinnen und Unternehmern in dieser Stadt danke, die in diesem Jahr erstmals Auszubildende in ihren Betrieb eingestellt haben, also mit Ausbildung begonnen haben. Ich möchte den Werberinnen und Werbern bei der Handelskammer, bei der Handwerkskammer und beim Arbeitsamt, die in der Stadt Knochenarbeit geleistet haben, danken — vielleicht auch in Ihrer aller Namen —, die dafür gesorgt haben, daß in diesem Jahr neue Ausbildungsplätze entstanden sind und entstehen.

(Uwe Grund SPD)

A (Beifall bei der SPD, der STATT Partei und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte mich gern bei den Betriebs- und Personalräten in den Betrieben bedanken, die ihre Arbeitgeber beknet haben, in diesem Jahr doch noch einen Zahn zuzulegen. Ich möchte mich auch bei allen anderen bedanken, die sich entschlossen haben, betriebswirtschaftliche Aspekte doch noch einmal in den Hintergrund zu stellen und ein bißchen mehr auszubilden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Bitte schön, Herr Grund!)

Das sage ich deshalb, weil ich nicht möchte, daß der Eindruck entsteht, als ob in diesem Parlament wieder nur herumgemeckert und nicht realisiert würde, daß etwas geschehen ist. Es ist etwas geschehen, übrigens auch an den Tarifverhandlungstischen. Es gibt über 70 Tarifverträge — auch da wäre ein Dank an Unternehmer, Verbandsvertreter und Gewerkschafter angebracht, die gesagt haben, wir wollen mehr für Ausbildung tun —, Verträge, die teilweise sehr wirksam waren, wie man jetzt nachvollziehen kann. Das alles ist passiert.

Trotzdem ist die Sache mühsam. Ich war etwas überrascht, als ich die Rede von Herrn Harlinghausen hörte.

(Rolf Harlinghausen CDU: Die hat Sie getroffen!)

Herr Harlinghausen, wenn man genau hinhörte, war Ihre Rede so konstruiert, als ob für Ausbildung in diesem Lande Senat und Staat allein verantwortlich seien. Ihre gesamte Rede hat sich darauf bezogen, was Politik und Staat in puncto Ausbildung anders machen muß. Das stellt die Realität in diesem Lande auf den Kopf.

(Petra Brinkmann SPD: Allerdings!)

B Es war normal und eine Frage der Ehre für Handwerk und Handel, daß man ausbildet; es war eine Selbstverständlichkeit. Diese Selbstverständlichkeit wird heute allzuleicht kurzfristigen und kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Darin liegt meiner Ansicht nach das Hauptproblem der heutigen Ausbildungsmisere. Viele Unternehmer glauben, daß sie die Ausgebildeten später für ihre Betriebe nicht brauchen, verhalten sie sich so zögerlich. Das muß uns sehr nachdenklich stimmen. Erst wenn es uns gelingt, daß die Frage der Berufsausbildung als eine Frage der Berufsehre bei Unternehmern angesehen wird und nicht vordergründig als Frage der Bedarfe und der Betriebswirtschaftlichkeit, erst dann werden wir nicht jedes Jahr neue Runden in der Stadt drehen müssen und uns als Bittsteller vorkommen, was nicht gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Ausbildungsverbände will ich keine Ergänzungen machen, vielleicht nur eines sagen, Herr Bachmann, weil da ein Mißverständnis aufgekommen ist. Wir kritisieren diesen Antrag nicht. Und wenn wir ihn nicht überweisen, dann hat es damit zu tun, daß die Legislaturperiode dieses Hauses beendet ist. Wir schlagen Ihnen vor, all das, was im Landesausschuß für Berufsbildung zu dem Thema gesagt wurde, was auch meine Gewerkschaft in die Debatte eingebracht hat, was der Senat bereits plant, und Ihre Überlegungen zusammenzupacken und noch einmal zu prüfen, ob wir es nicht gerade für mittelständische Unternehmen noch ein bißchen leichter machen können, indem wir ihnen bei den schwierigeren Problemen im Bereich der Ausbildung, wo sie vielleicht auf das Know-how anderer angewiesen sind, helfen.

C Ich will noch einmal auf das Thema Benachteiligte eingehen. Die Wahrheit ist, daß die Mehrzahl der Jugendlichen, die in dieser Stadt keinen Ausbildungsplatz bekommen — das wird auch in diesem Jahr so sein — zu drei Viertel sehr wohl in der Lage wäre, einen regulären Ausbildungsabschluß zu erlangen.

(Ingeborg Knipper CDU: Aber ein Viertel nicht!)

Das sind die Erfahrungen, die in den Schulen und in den Betrieben gesammelt werden. Nun wird durch die Diskussion der Eindruck erweckt, als ob man die Probleme der Welt damit lösen kann, indem man — wie es die CDU gefordert hat — „Ausbildung light“ organisiert. Wir Sozialdemokraten haben ganz erhebliche Zweifel, ob das der Schlüssel zur Lösung des Problems sein könnte. Wir sind zwar der Meinung, daß für Benachteiligte etwas getan werden muß, glauben aber, daß es besser und der Mühe wert ist — wie es jetzt auch schon geschieht —, wenn man den Betrieben, die benachteiligte Jugendliche aufnehmen, hilft, und daß man auch den Jugendlichen selber mit entsprechenden Maßnahmen hilft, als daß man sie in eine Light-Ausbildung hineindrängt.

Das eigentliche Problem ist, daß auf diesem Felde gegenwärtig ein enormer Verdrängungswettbewerb stattfindet und daß am Ende die Verlierer natürlich schon feststehen, überwiegend sind es Verliererinnen. Obwohl — das ist das eigentlich Dramatische und Unangenehme an der ganzen Angelegenheit — nachgewiesen ist, daß die Mädchen mit besseren Abschlüssen die Schule verlassen als die Jungen, sind sie auf dem Ausbildungsmarkt die Verliererinnen. Das wiederum hat mit Benachteiligung zu tun.

D Ein Problem, das heute gar nicht angesprochen wurde, ist, daß vor allem auch die Kinder von ausländischen Mitbürgern in dieser Stadt große Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt haben, dabei wieder ganz speziell die Mädchen. Als schlimm empfinde ich es, daß die wichtige Einrichtung BQN, die unter anderem von den Kammern gefördert wurde, in Gefahr und von Einstellung bedroht ist, weil von dieser Einrichtung unter anderem sehr viel für die Zusammenarbeit mit den Betrieben gerade für ausländische Jugendliche getan wurde, die Berufsausbildungsbereiche suchen.

Es gibt eine Menge zu tun. Es ist eine Menge geleistet worden, aber was wir uns nicht leisten dürfen, ist, daß wir unseren Jungen und Mädchen, die aus der Schule abgehen, sagen: Wir brauchen euch nicht! Wenn wir zulassen, daß das passiert, dann begehen wir ein politisches Verbrechen. Dieser Appell richtet sich an den Staat, er richtet sich aber genauso an die Wirtschaft. Deshalb darf man sich nicht aus dieser Verantwortung stehlen wollen. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, der STATT Partei und bei Michael René Weber und Hans Jakob Kruse, beide CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Bachmann.

Andreas Bachmann GAL: Frau Raab, Sie haben gesagt, man sollte Erfolge nicht kleinreden, und haben darauf hingewiesen, daß es im Handelskammerbereich mehr Lehrstellen gab. Es kann kein Erfolg sein, wenn man weiß, daß 1991 — das ist noch gar nicht so lange her — in diesem Bereich noch über 8800 Lehrstellen angeboten worden sind.

(Andreas Bachmann GAL)

- A Frau Knipper, Sie müßten doch verstanden haben, daß das Umlagefinanzierungssystem von seinem Gedanken her wahrscheinlich die letzte Retterin des dualen Systems sein wird. Denn wenn nichts passiert, steigen die Betriebe automatisch aus der betrieblichen Ausbildung aus. Dann kommt es zu diesem Phänomen der Verstaatlichung, das Sie beklagen.

(Ingeborg Knipper CDU: Das hat die SPD mal gewollt!)

Frau Raab, Sie haben gesagt, es gebe keine Differenzen zwischen uns in der Frage der Ausbildungsverbände, denn dieses Thema würde auch in Ihrer Drucksache stehen. Die Differenz liegt darin, daß wir dieses Instrument aus der Nische herausholen wollen, in der es in Hamburg im Augenblick ist.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Pumm.

Erhard Pumm SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die Verfassungslage ist eindeutig: Die Aufgabe der Wirtschaft besteht darin, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies ist seit einigen Jahren nicht der Fall. Das muß sich ändern. Der Senat kann bestenfalls versuchen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir müssen gemeinsam versuchen — besonders auch mit Handelskammer und Handwerkskammer —, in der Wirtschaft ein Klima herzustellen, das zu mehr Ausbildungsplätzen führt.

Wir appellieren heute an alle Betriebe dieser Stadt, die nicht ausbilden, ihren Beitrag zur Ausbildung zu leisten. Dies ist die Aufgabe der Wirtschaft. Wird diese Aufgabe nicht erfüllt, werden wir zwangsläufig auch in diesem Parlament über andere neue Lösungswege nachdenken müssen.

B

Es ist ein gutes Zeichen, daß die Handelskammer, zwar auf einem niedrigen Niveau, wiederum 6,6 Prozent bei den Ausbildungsstellen zugelegt hat. Es ist schade, daß im gleichen Zuge die Handwerkskammer dieses Ziel nicht erreicht hat. Am Freitag wird der Herr Bürgermeister hier im Rathaus eine Ausbildungsbörse stattfinden lassen in der Hoffnung, daß neben den 100 Hamburger Betrieben auch möglichst viele junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, hierher kommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Ich stelle zunächst fest, daß die Besprechung der Großen Anfrage 15/7757 erfolgt ist.

Die Senatsmitteilung 15/7916 erfordert eine Kenntnisnahme, die erfolgt ist.

Wer stimmt dem CDU-Antrag 15/7899 zu? — Gegenprobe. — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer will den GAL-Antrag 15/7901 annehmen? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß bei den Wahlen zu Tagesordnungspunkt 5 die beiden vorgeschlagenen Damen mit beachtlichen Mehrheiten gewählt worden sind.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 81 auf: Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses über Straßenschäden. C

[Bericht des Bau- und Verkehrsausschusses über die Drucksachen 15/7247: Straßenschäden in Hamburg (CDU-Antrag) 15/7470: Bericht über den Zustand der Straßen (GAL-Antrag) — Drucksache 15/7705 —]

Von wem wird das Wort gewünscht? — Das Wort hat Herr Röder.

Bernd Röder CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus den Erfahrungen mit dem maroden Hamburger Sielnetz hätte man lernen können, lernen sollen und auch lernen müssen. Durch langjähriges Verschleppen notwendiger Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten haben sich die Kosten dafür nun auf bereits weit über 1 Milliarde DM summiert, ein Betrag, der bei rechtzeitigem Anpacken deutlich niedriger gewesen wäre.

Ähnliches steht jetzt auch dem Hamburger Straßennetz bevor. Der Zustand wird von Jahr zu Jahr schlechter. Es ist doch kein Geheimnis: Wird die Verschleißschicht nicht rechtzeitig im Rahmen der Straßenunterhaltung erneuert, dringt Wasser in die unteren Schichten, Auswaschung und Frostaufbrüche sind die Folge. Mechanische Belastungen wirken auf den Unterbau, und eine Verzögerung von nur zwölf bis 24 Monaten führt bereits dazu, daß die Schäden so groß werden, daß eine Grundinstandsetzung, das heißt praktisch ein Neubau, erforderlich wird.

Zudem ist die Belastung der Straßen in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Seit 1970 hat allein der Kfz-Bestand um 70 Prozent zugenommen, der Güterfernverkehr per Lkw seit 1970 um 115 Prozent, also mehr als eine Verdoppelung. Außerdem sind die zulässigen Achslasten um 30 Prozent gestiegen. Hamburgs Straßennetz bedürfte der laufenden Pflege und einer Instandsetzung entsprechend der jeweiligen Belastung. Aber dies geschieht nicht. Die Folge ist natürlich, daß das Straßennetz immer maroder wird. D

Welche Mittel sind für den Erhalt erforderlich? Diesen Mittelbedarf hat die Baubehörde selber errechnet, und zwar ausgehend von zwei unterschiedlichen Varianten.

Variante 1, ein sogenannter Soll-Wert, wird wie folgt definiert: Gewährleistung sicheren Verkehrsablaufs, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und voller Erhalt der Substanz. Das würde rund 81 Millionen DM pro Jahr bedeuten.

Variante 2, der sogenannte Mindestbedarf, bedeutet immerhin eine deutliche Einschränkung bei allen Nebenflächen und auch Stellplätzen. Dieser würde bei rund 58 Millionen DM pro Jahr liegen.

Ich unterstelle jetzt einmal die niedrigere Variante, das heißt nicht den Soll-Wert, den man eigentlich bräuchte, um zumindest die jetzige Substanz zu erhalten, sondern den niedrigeren Wert, den Mindestbedarf.

Der Mindestbedarf von 1987 — ich gehe einmal zehn Jahre zurück — betrug 40 Millionen DM jährlich, bereitgestellt wurden 26,5 Millionen DM, das heißt eine Unterdeckung von rund einem Drittel.

1997 — zehn Jahre später — hat sich diese Summe von Jahr zu Jahr weiter erhöht. Der Mindestbedarf lag 1997 bereits bei 58 Millionen DM, bereitgestellt wurden nur noch

(Berndt Röder CDU)

- A 17,2 Millionen DM, das ist eine Unterdeckung von bereits 70 Prozent. Das, was eigentlich aufgewandt werden müßte, und das, was tatsächlich aufgewandt wird, war früher zu zwei Dritteln und wird jetzt nur noch zu rund einem Drittel erfüllt.

Für die Unterhaltung der Wegeflächen gibt Hamburg inzwischen gerade nur noch 30 Pfennig pro Quadratmeter aus, obwohl der Mindestbedarf bei rund 1 DM liegt.

Ich will einen Vergleichswert zur Bundesrepublik Deutschland anführen, die auf unserem Stadtgebiet rund 82 Kilometer Bundesautostraßen hat. Diese wendet 15,3 Millionen DM dafür auf und hat dieses 1997 auf 23,4 Millionen DM aufgestockt. Die Bundesrepublik gibt also deutlich mehr pro Quadratmeter Fläche aus, als es die Freie und Hansestadt Hamburg tut.

Man kann aber auch keineswegs sagen, aus dem Staatshaushalt entstehen Zuschußbedarfe für den Autoverkehr, denn die Kfz-Steuer in Hamburg hat sich genau umgekehrt entwickelt.

(Vizepräsidentin Ulla Bussek übernimmt den Vorsitz)

1987 — vor zehn Jahren — waren es 186 Millionen DM, 1997 sind es rund 250 Millionen DM. Das ist doch weit über 50 Prozent mehr. Für 1998 werden inzwischen 268 Millionen DM veranschlagt, während die Bereitstellung im Haushalt für 1998 nur schlappe 16,5 Millionen DM beträgt. Das heißt, man schaut sich sehenden Auges an, wie die Straßen langsam, aber sicher zerbröseln.

- B Diese Strategie kommt den Haushalt und damit auch den Steuerzahler sehr teuer zu stehen. Das läßt sich mit zwei Zahlen greifen: Wenn ich bei einer sieben Meter breiten Straße eine Verschleißschicht nehme und diese auf einen Kilometer nach zehn Jahren ersetze, kostet das 175 000 DM; wenn ich sie nach zwölf Jahren grundinstandsetzen muß, kostet es 392 000 DM. Das ist mehr als das Doppelte für einen Zeitraum, der nur zwei Jahre länger ist. Auf diese Weise baut man natürlich genau das auf, was wir jetzt haben, einen ganz erheblichen Nachholbedarf.

Dieser Instandsetzungsstau beträgt beim Mindestzustand inzwischen aktuell 296 Millionen DM und nimmt jährlich um rund 41 Millionen DM zu. Denn — Sie haben die Zahlen gerade gehört — wer immer nur ein Drittel dessen, was er selbst für notwendig erachtet, einsetzt, treibt diese Summe immer weiter nach oben. Gegenüber dem Soll-Stand sind es inzwischen weit über 600 Millionen DM, das heißt, wir haben hier einen Betrag, der über einer halben Milliarde liegt. Dabei heißt Soll nichts anderes als nur Gewährleistung sicheren Verkehrsablaufs, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Erhalt der Substanz, aber nichts darüber hinaus.

Durch diese Entwicklung werden in massivem Umfang inzwischen auch Arbeitsplätze im Hamburger Baugewerbe gefährdet und auch zerstört. Allein 1995 — die letzte zur Verfügung stehende Zahl — sind 300 Fachkräfte entlassen worden; mit weiteren Entlassungen ist auch in diesem Jahr zu rechnen. Das Straßenbaugewerbe mußte inzwischen auch — damit knüpfe ich an die eben geführten Debatte an — seine Ausbildungsplätze drastisch reduzieren.

Die Folgen: Belastung der Autofahrer und ihrer Fahrzeuge, Beeinträchtigung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs, Beeinträchtigung des Wirtschafts-

verkehrs, Erhöhung der Unfallgefahren, Belästigung der Anwohner durch lautere Fahrgeräusche und Schwingungen, Staus und Straßensperrungen durch lang andauernde Grundinstandsetzung.

Die Abgeordneten von SPD und STATT Partei tragen diese falsche Politik, die CDU will dies ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Um einen weiteren Verfall des Straßennetzes mit den dramatischen Folgen für Hamburg, für Hamburgs Wirtschaft und vor allem für die damit verbundenen Arbeitsplätze aufzuhalten, muß dringend umgesteuert werden. Wir fordern die zügige Grundinstandsetzung der bereits geschädigten Straßen und die Instandsetzung des Straßennetzes zumindest im Mindestbedarf, damit hier nicht ein weiterer Grundinstandsetzungsstau entsteht.

Wir haben dazu einen entsprechenden Antrag eingebracht, die Straßenschäden in Hamburg zu beseitigen. Wir haben die Bürgerschaft aufgefordert zu beschließen:

„Der Senat wird aufgefordert, die Durchführung der dringend notwendigen Straßenreparaturen sicherzustellen.“

Was geschah? Im Ausschuß räumte die SPD ein — insofern bin ich sehr froh, daß anschließend Dr. Lange für dieselbe sprechen wird —, daß die Notwendigkeit bestünde, auf diesem Sektor etwas zu tun. Das fanden wir sehr schön, weil wir dachten, daß nun der Ausschuß gemeinsam empfehlen würde, in der Bürgerschaft diesen Antrag entsprechend abzustimmen. Aber nein, die Folge war eine Ablehnung, denn der Senat wird es schon richten, denn er wird im Haushalt 1998 die notwendigen Beschlüsse fassen und Zahlen einstellen, die zumindest den richtigen Weg einschlagen.

(Alexander Porschke GAL: Sagen Sie bloß, daß Sie das überrascht hat!)

Dieses Vertrauen hatten wir in den Senat nicht; das wäre aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre durch nichts gerechtfertigt. Wenn man sich die Zahlen des vorgelegten Haushalts-Entwurfs 1998 anguckt — inzwischen sind die Zahlen trickreich verschleiert, die Beträge sind völlig umgestellt, zum Teil auf die Bezirke verlagert, aber man kann natürlich rechnen und findet sie wieder —, dann stellt man fest, daß es 18,5 Millionen DM sind. Und da ich den Mindestbedarf von 58 Millionen DM für das Jahr 1998 aufgezeigt habe, heißt das, auch hier werden wir nur 32 Prozent erreichen, also weniger als ein Drittel dessen, was notwendig ist. Das heißt, der Verfall wird fortschreiten.

Das Vertrauen der SPD in diesen Senat war leider nicht gerechtfertigt. Aber ich denke, Sie haben es in der Hand, heute doch noch den richtigen Beschluß zu fassen, damit genau das geschieht, was erforderlich ist, um in Hamburg einen vernünftigen Verkehrsfluß für Fußgänger, Radfahrer und auch Autofahrer in Zukunft zu haben. Wenn dieses nicht geschieht, wird der Instandsetzungsstau in fünf Jahren bereits rund 750 Millionen DM betragen, dann wächst der Finanzbedarf für die Grundinstandsetzung, dann sind die Instandsetzungen wegen der notwendigen Straßensperrungen kaum noch zu bewältigen, dann wird der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr — Busse und auch Taxis — sehr problematisch werden, dann ist die Funktionsfähigkeit des Straßenverkehrs für Wirtschaftsverkehr nicht mehr gewährleistet, dann erleidet

(Berndt Röder CDU)

- A der Standort Hamburg materielle und Imageschäden, die kaum reparabel sind.

Meine Damen und Herren! Man kann aus den Erfahrungen mit dem Hamburger Sielbau lernen und sollte daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen. Sie haben es heute in der Hand, den Bericht des Ausschusses abzulehnen und dem Senat aufzugeben, das zu tun, was für diese Stadt erforderlich ist, und nicht weiteren Schaden anzurichten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Lange.

Dr. Rolf Lange SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden über den Zustand der Straßen in unserer Stadt. Wir brauchen nicht lange drumherum zu reden: Der Zustand ist in den vergangenen Jahren schlechter geworden,

(Beifall bei Jens Langsdorff CDU)

nicht so katastrophal, wie die CDU es uns weismachen will,

(Ingeborg Knipper CDU: Noch schlimmer!)

aber es ist auch nicht zu bagatellisieren. Das ist so, dafür gibt es Gründe — Herr Röder hat einige genannt —, die im Bericht der Behörde von 1996 auch aufgeführt worden sind: Höhere Beanspruchung des Straßennetzes, Kfz-Bestand und Kfz-Verkehrsbelastung sind gestiegen, die Achsenlasten im Lkw-Güterverkehr haben zugenommen und damit auch die Beanspruchung der Fahrbahnen bis zu 175 Prozent. Daneben gibt es Witterungseinflüsse, Auswirkungen des Salzstreuens, Aufgrabungsfolgen et cetera. Diese höhere Beanspruchung ist nur wenig zu beeinflussen. Aber neben der höheren Beanspruchung des Straßennetzes ist von der Hamburger Bürgerschaft in den vergangenen Jahren auch eine Absenkung der Unterhaltungs- und Instandhaltungsmittel beschlossen worden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Von Ihrer Mehrheit!)

Wir wollen uns auch nicht herausreden, aber wenn man hier in diesem Hause, in dieser Kooperation, politische Prioritäten setzt, dann muß es automatisch auch politische Posterioritäten geben,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist etwas anderes!)

dann werden andere Bereiche als weniger vordringlich angesehen. Diese Kooperation hat in den vergangenen Jahren andere Politikbereiche als Straßenunterhaltung für wichtiger angesehen. Das ist überhaupt nicht wegzudiskutieren. In den letzten vier Jahren sind in dieser Stadt 50 000 Wohnungen gebaut worden, Arbeitsplätze sind gesichert worden, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für die Drei- bis Sechsjährigen ist inzwischen erfüllt, im Bereich der Inneren Sicherheit wurde etwas getan und so weiter. Das sind unsere Prioritäten, die entsprechend Geld kosten.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wo ist das denn geblieben?)

Wir stehen zu diesen Prioritäten und haben damit in den letzten Jahren große Erfolge gehabt. Aber zu den Kehrseiten — das muß man nüchtern feststellen — gehört auch, daß an anderen Stellen weniger Geld ausgegeben werden konnte, unter anderem auch für die Straßenunterhaltung.

Der Senat hat im Ausschuß zugesagt, daß eine ausführliche Produktbeschreibung beim Kapitel 6300 zu den Haushaltsberatungen erfolgen soll. Wir werden darüber dann im Licht der Erkenntnisse diskutieren. Ich bin gespannt — die CDU hat es im Ausschuß angekündigt —, welchen Antrag sie dann vorlegen wird. Wir alle warten darauf, da ein Antrag zu mehr Geld ausgeben von entsprechenden Vorschlägen der Finanzierung, also Deckungsvorschlägen, begleitet werden muß. Denn nur mehr Geld ausgeben wollen, wie Sie und auch die linke Seite des Hauses es immer machen, ohne zu sagen, woher man es nehmen soll, ist zu einfach. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben die Debatte schon einmal im Verkehrsausschuß geführt — dabei waren ein paar Leute, nicht viel mehr als jetzt hier, aber offenbar ist in der Bürgerschaft Pausenzeit — und reden jetzt wieder über dieses Thema.

Ich gehe gleich auf Herrn Dr. Lange ein und frage ihn, ob er in diesem Haushaltsbuch der Baubehörde die Produktbeschreibung gefunden hat. Wenn ja, sagen Sie mir doch die Seite —

(Dr. Rolf Lange SPD: Warten Sie die Beratung ab!)

vielleicht könnte es mir auch der Herr Senator sagen —, ich habe es nicht gefunden. Ich lese Senatspapiere wirklich gern, aber man möchte auch einmal etwas finden.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie sind ein Masochist!)

Es ist klar, daß die Straßen zur Zeit nicht gerade besser werden. Herr Röder hat im Gegensatz zu seinen letzten Ausführungen im Ausschuß sogar das Wort Lkw in den Mund genommen. Es ist klar, daß es für den Straßenzustand eine Hauptursache gibt, und das ist nicht die Tatsache, daß die Straßen nicht instand gesetzt werden — das ist nur eine sekundäre Ursache —, sondern die Hauptursache ist der durch den Autoverkehr verursachte Verschleiß, der durch immer mehr Lkw-Verkehr immer stärker wird.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das machen wir jetzt alles mit dem Fahrrad!)

Deswegen gibt es gar keine Alternative zu einer Verkehrspolitik in dieser Frage. Nur zu sagen, wir brauchen ein paar Millionen mehr oder weniger — das kann man natürlich machen —, genügt nicht. Aber falls Sie von der CDU doch einmal regieren sollten, verspreche ich Ihnen hoch und heilig, daß Sie es niemals schaffen werden, die von Ihnen heute genannte Summe in einem Hamburger Etat unterzubringen.

(Johannes Mertens CDU: Abwarten!)

Darüber braucht man nicht zu reden, das findet ganz bestimmt nicht statt. Auch wenn Sie allein regieren würden, würden Sie es bei der Hamburger Finanzlage nicht hinbekommen. Deswegen muß man darüber reden, was wir angesichts der Tatsache, daß es nicht viel mehr Geld gibt, machen können. Vielleicht wird das heutige Niveau gehalten werden, vielleicht auch nicht, aber mehr Geld wird es in Zukunft für die Straßeninstandsetzung in Hamburg nicht geben.

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Deswegen muß Verkehrspolitik gemacht werden, was in diesem Fall hauptsächlich Güterverkehrspolitik bedeutet. Die Stadt muß durch vielerlei Maßnahmen dafür sorgen, daß der Schwerverkehr in der Stadt zurückgeht. Dazu gehört, daß bei den geplanten Güterverkehrszentren Umverteilungsanlagen geschaffen werden. Neben den zwei geplanten großen Güterverkehrszentren müßten kleinere Verteilerzentren geschaffen werden, damit die Stadt nur von leichteren, umfeldverträglicheren und weniger Straßenerstörungen verursachenden Autos befahren wird.

Vielleicht sollte man auch dazu übergehen, den Schwerverkehr, der bleiben wird, nur noch für bestimmte Straßen zuzulassen. Ob so etwas möglich wäre, müßte mit der Wirtschaft, der Industrie und dem Gewerbe abgeklärt werden. In diese Richtung müßte man vorgehen. Das heißt, es muß eine richtige Güterverkehrspolitik betrieben werden, damit auch in Zukunft auf Hamburger Straßen Auto gefahren werden kann.

Das hatten wir in unserem Antrag beantragt, den wir im Ausschuß zurückgenommen haben, weil der Senator versichert hat, daß es diese Produktbeschreibung geben wird. Ich habe sie noch nicht gefunden, aber spätestens bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 1998 wird die Baubehörde sie vorlegen. Dann kann über Verkehrspolitik und nicht nur über Geld gesprochen werden. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr von Borcke.

- B **Fabian von Borcke** STATT Partei: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Zustand des Hamburger Straßennetzes läßt zu wünschen übrig. Das sehen nicht nur die CDU und alle, die sich im Verkehr bewegen, so, sondern auch der Senat selbst, wie er es im Anhang zur Drucksache 15/6400 über die Haushaltsberatungen 1997 dargestellt hat.

Die von der CDU im ursprünglichen Antrag heraufbeschworene Häufung der Schilder „Achtung Straßenschäden“ vermag ich noch nicht zu entdecken. Sie unterstellen dem Senat, er würde seiner infrastrukturellen Pflicht nicht nachkommen und daß die Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen gefährdet werden würden. Das finde ich unseriös. Sie verunsichern damit die Verkehrsteilnehmer mehr, als es durch die vermeintlich schlechten Straßenverhältnisse geschieht. Darüber hinaus bleibt eine den Straßenverhältnissen angepaßte Fahrweise immer der Sicherheitsfaktor Nummer eins.

Nichtsdestotrotz sehe auch ich das Problem der Straßenreparaturen und -instandsetzungen mit Sorge. Bei der aktuellen Haushaltslage der Stadt und den auch weiterhin wegbrechenden Steuereinnahmen ist leider nur Flickwerk möglich, aber das so sicher wie nötig.

Wenn ich annehme, daß das Hamburger Straßennetz ein Anlagevolumen von 4 Milliarden DM darstellt, und ich weiter davon ausgehe, daß für die optimale Unterhaltung circa 1,5 Prozent pro Jahr notwendig wären, dann müßten unter diesen Bedingungen circa 60 Millionen DM im Jahr angesetzt werden, um einen bestmöglichen und wünschenswerten Zustand zu erreichen. Dieses Geld hat Hamburg nicht, wie wohl keine andere Großstadt Deutschlands. Hamburg kommt mit einem Drittel dieser wünschenswer-

ten Summe aus. Meines Erachtens wird unter den gegebenen Umständen ein gutes Ergebnis erzielt. C

Mein Vertrauen und auch meine Erwartung dabei ist, daß die fachlichen und politischen Entscheidungsträger der Bezirke, die in ihrer bezirklichen Autonomie über die Verwendung der bereitgestellten Mittel entscheiden, diese Entscheidung verantwortungsvoll und umsichtig treffen. Daß rotgrün geführte Bezirke da andere Schwerpunkte setzen, haben wir bereits an verschiedenen Beispielen erleben können. Mir wären Straßenreparaturen an manchen Stellen lieber gewesen als luxuriöse Radwege oder vor- und rückgebaute Busbuchten. Trotzdem bin ich immer noch zuversichtlich, daß sich der Senat zukünftig dem Instandsetzungsrückstand verstärkt widmet.

Der Erhalt der Straßen als intakte Wirtschafts- und Arbeitswege ist ein wesentlicher Faktor der Wirtschafts- und Handelsmetropole Hamburg und wird als solche im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten von den Entscheidungsträgern berücksichtigt.

Den von der CDU unterstellten Substanzverlust sehe ich noch nicht, die Gefahr, daß wir uns darauf zubewegen, sehe ich schon. Wir haben hohe Sparverpflichtungen, und die verhalten sich diametral zu der Verkehrsentwicklung, die von höherem Verkehrsaufkommen einerseits und der veränderten Straßennutzung andererseits gekennzeichnet wird. Viele Experten halten zudem die Zunahme der Achsenlast im Schwerverkehr für bedrohlich.

Angesichts dieser Entwicklung erhoffe ich mir in der Neufassung der Verkehrsentwicklungsplanung des Senats auch ein Konzept, das offenlegt, wie man Hamburgs Hauptverkehrsstraßen und auch die Straßen in Industrie- und Gewerbegebieten mit starkem Lkw-Verkehr langfristig sichern und finanzieren möchte. D

Fazit: Vieles, was wünschenswert wäre, kann nicht erfolgen. So ist es ökonomisch sinnvoll und auch gar nicht anders machbar, anstehende Fahrbahndeckenarbeiten mit eventuell anstehenden Sielbaumaßnahmen zu koordinieren. Die Zeiten, in denen die gleiche Straße innerhalb von fünf Jahren dreimal aufgerissen und wieder zugemacht worden ist, müssen vorbei sein. Das dient nicht der Stadt und auch nicht den Verkehrsteilnehmern, sondern nur den Straßenbaufirmen.

Noch ein Wort zur CDU. Wenn Sie zusätzliche Ausgaben fordern, dann bitte ich Sie, uns doch zukünftig zu sagen, an welcher anderen Stelle und wem Sie dafür die Mittel streichen wollen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und bei Dr. Rolf Lange SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Senator Wagner.

Senator Eugen Wagner: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag der CDU im Ausschuß beraten. Wenn man sich diesen Antrag vor Augen führt, dann wird man feststellen, daß das ein Allerweltsantrag ist. Dann kann man auch fordern: Es soll jeden Tag die Sonne scheinen —

(Ingeborg Knipper CDU: Scheint doch!)

und der Senat möge dafür sorgen. Wenn ich die Begründung weglassen, heißt es im Antrag:

(Senator Eugen Wagner)

A „Der Senat wird aufgefordert, die Durchführung der dringend notwendigen Straßenreparaturen sicherzustellen.“

Wir haben im Ausschuß erklärt, daß der Senat dafür sorgt, daß die dringenden Reparaturen durchgeführt werden.

(Bernd Reinert CDU: Sie haben das behauptet!)

— Das ist auch so.

(Jens Langsdorff CDU: Wo denn?)

Von den Rednern der SPD und der STATT Partei, aber auch von Herrn Dr. Schmidt ist hier darauf hingewiesen worden, daß es die Haushaltslage eben nicht gestattet, ein Füllhorn — auch was die Straßenreparaturen und -instandsetzungen betrifft — auszugießen,

(Ilse Baseler CDU: Die Mittel wurden schon gekürzt, als die Haushaltslage noch eine andere war!)

wie man sich das vielleicht wünschen möchte. Meine Straßenbauer hätten auch viel lieber mehrere Millionen als das, was wir in den Haushaltsberatungen zur Verfügung stellen. Nichtsdestotrotz wird sichergestellt, daß die Straßen eben nicht so verfallen, wie Herr Röder das hier behauptet hat, sondern daß die Straßen, die wir dringend benötigen, auch instand gehalten werden. Dafür müssen die Intervalle der Reparaturen in einigen Bereichen — in Nebenstraßen — größer werden. Das ist normal, das sagt jeder, der mit seinem Geld haushalten muß.

Wenn man weiß, daß wir 1970 — wenn wir das als 100 Prozent ansehen — 11 800 000 Tonnen Güterverkehr hatten und heute 25 600 000 Tonnen — das sind 215 Prozent — in der Stadt transportiert werden, dann weiß man auch, daß die Belastung größer geworden ist.

B

(Holger Matthews GAL: Weil Schienen fehlen!)

Darum ist es auch kein Wunder, daß die Straßen so aussehen.

Ich möchte noch etwas zum Argument Arbeitsplätze sagen. Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden, und die Mark, die nicht bei den Tiefbauern eingesetzt wird, wird woanders eingesetzt. Folglich werden dort andere Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise neu geschaffen.

Es ist eine Frage der Prioritätensetzung, wie hier ganz richtig festgestellt worden ist. Ich glaube, daß wir in Anbetracht der engen Haushaltslage mit dieser Politik sehr gut leben können. Wir werden natürlich darauf achten und soweit es geht auch dafür sorgen, daß der Verkehr — vor allem der Wirtschaftsverkehr — in der Zukunft weiter fließen und nicht durch schlechte Straßen behindert wird.

Ich kann mich auch nicht daran erinnern, Herr Röder, in den vergangenen Haushaltsberatungen einen Antrag von Ihnen gesehen zu haben, in dem Sie gesagt hätten, daß Sie die Mittel für Instandsetzung oder Unterhaltung der Straßen um soundsoviel Millionen erhöht und bei — sagen wir — den Kindergärten oder bei etwas anderem um eben das gesenkt haben möchten. Ich kann mich an so etwas nicht erinnern.

(Elisabeth Kiausch SPD: War auch bestimmt nicht da!)

Insofern gebe ich das ganz platt zurück: Wahlkampf läßt grüßen, er kommt um die Ecke! Das ist die Sachlage. Das hat nichts mit einer sachlichen Debatte zu tun, sonst wür-

de man nicht einen solchen Antrag stellen, in dem es heißt — ich wiederhole es noch einmal —:

C

„Der Senat wird aufgefordert, die Durchführung der dringend notwendigen Straßenreparaturen sicherzustellen.“

Das ist lächerlich. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Röder.

Berndt Röder CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei kurze Anmerkungen.

Erstens: Herr Senator Wagner, Sie können ganz sicher sein, daß wir Ihnen als Senat niemals das Wetter in Hamburg überlassen werden, denn dann wäre auch das noch eine Katastrophe.

Zweitens: Wir brauchen kein Füllhorn, sondern man muß die Mittel in dem entsprechenden Etat umverteilen. Dazu haben wir Anregungen gegeben, wie zum Beispiel den unsinnigen Rückbau von Busbuchten einzustellen. Wir werden das in den Beratungen detailliert vortragen.

Drittens: Sie sagten, die Zahlen stimmen nicht. Entschuldigen Sie, die Zahlen, daß wir inzwischen einen Instandsetzungsbedarf nach dem Mindestbedarf von über 600 Millionen DM haben, stammen aus Ihrer Baubehörde. Das Papier liegt doch hier. Sie wollen das nicht gern hören, aber es ist so, und die SPD-Fraktion hat es Ihnen zu Recht bestätigt.

Warum haben wir denn den Senat so platt aufgefordert?

(Erhard Pumm SPD: Ach, platt!)

D

Weil wir vor der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1998 genau das befürchtet haben, was jetzt passiert: Sie legen wieder viel zu wenig dessen vor, was hier dringend benötigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte zu diesem Punkt ist beendet.

Über die Empfehlungen des Ausschusses lasse ich zifferweise abstimmen. Wer stimmt Ziffer 1 zu? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das erste war die Mehrheit.

Ziffer 2 ist eine Kenntnisnahme, die erfolgt ist.

Ich rufe Punkt 58 der Tagesordnung auf: Drucksache 15/7861: Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zur Standort- und Hafenentwicklung.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksachen

15/7460: Hamburgs Standort- und Hafenentwicklung im 21. Jahrhundert (Senatsvorlage)

15/7461: Finanzierung der Zukunftsinvestition „Hafenerweiterung Altenwerder“ (Senatsvorlage) — Drucksache 15/7861 —]

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 15/7944 ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen.

[Antrag der Fraktion der CDU: Hafen-City — Drucksache 15/7944 —]

Das Wort hat Frau Duden.

A **Barbara Duden SPD:*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Drei Ausschüsse und eine Sachverständigenanhörung haben sich ausführlich mit den Plänen einer Hafencity befaßt. Wir sind heute aufgerufen, die Drucksachen zur Hafencity in der Bürgerschaft zu beschließen.

Wenn man die Presseberichte von der ersten Vorstellung in der Bürgerschaft im Mai und den daran anschließenden Beratungen betrachtet, dann kann man eigentlich den Eindruck bekommen, hier geht es schon um fertige Bebauungspläne, die nur noch aus irgendeiner Schublade gezogen werden müßten, und der erste Spatenstich steht unmittelbar bevor, natürlich noch vor dem 21. September — ganz logisch.

Die Umwandlung des innenstädtischen Hafensandes in eine Hafencity wird ein Prozeß sein, der sich nicht von heute auf morgen vollzieht, sondern der ohne Zweifel erhebliche Zeit dauern wird. Diese Einschätzung liegt natürlich allein schon darin begründet, wenn man sich die Größe des Areals noch einmal vor Augen führt, rund 100 Hektar Landfläche, das sind knapp ein Drittel der heutigen Innenstadtfläche im Wallring.

Alles, auch die schrittweise wachsende Immobiliennachfrage, spricht für eine Vermarktung der Flächen in einem längeren Zeitraum. Wir sollten uns davor hüten, diese wertvollen Flächen im Bereich der inneren Stadt unter ihrem stadtentwicklungspolitischen und fiskalischen Wert zu veräußern. In welchen Schritten und was vollzogen wird, entscheidet die Realität. Das hat auch der Erste Bürgermeister in seiner Rede vor der Bürgerschaft im Mai betont.

B Die Entwicklung der Hafencity hat für Hamburg eine herausragende stadtentwicklungspolitische Bedeutung. Wir stehen ganz am Anfang dieses Prozesses und bestimmen heute grundsätzliche Weichenstellungen, in welche stadtentwicklungspolitische Richtung wir als Bürgerschaft gehen wollen. Die Bürgerschaft wird sich mit diesem Thema nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Legislaturperioden beschäftigen müssen.

Die Hafencity muß auf künftige Bedarfe ausgerichtet sein. Deshalb ist auch die Diskussion ob der finanziellen Rechenbarkeit eigentlich eine höhere Form von politischer Kaffeesatzleserei. Seriös sind diese Zahlen doch erst dann, wenn zum Beispiel die Fragen von Nutzungsmischung und — daraus resultierend — die Notwendigkeit der Schaffung von sozialer Infrastruktur, von Erschließungskosten und anderen Kosten in diesem Zusammenhang absehbar sind.

In diesem Zusammenhang muß man noch einmal deutlich machen: Wer immer die Finanzierbarkeit von Hafencity an dem Sonderfall Kehr wieder als Maßstab für die anfallenden Kosten mißt, der stellt die Aussagen der Sachverständigen in der Anhörung vor 14 Tagen auf den Kopf. Kehr wieder ist ein absoluter Sonderfall und taugt nicht als Heranziehung für die Berechnung von Zahlen.

Wer — wie die GAL — die Zustimmung zur Hafencity mit dem Argument der Finanzierbarkeit von Altenwerder verweigert, erkennt nicht, daß die Finanzierung der Hafenerweiterung Altenwerder gesichert ist

(Dr. Willfried Maier GAL: Wo denn? — Dr. Martin Schmidt GAL: Seit wann denn?)

— ich habe es mir schon gedacht, daß es bei Ihnen da lauter wird — und daher natürlich auch unabhängig von der Ertragssituation der Hafencity gestaltet wird. Es wird aber realistisch sein, daß bei der Finanzierung von Altenwerder die Hafencity einen hohen Kostendeckungsbeitrag leisten wird. Erlöse von erheblicher Höhe wurden unter anderem auch von von der GAL benannten Sachverständigen in der Anhörung bejaht.

(Dr. Willfried Maier GAL: Aber nicht so!)

Für eine Verknüpfung des Vorhabens Hafencity mit der Hafenerweiterung Altenwerder sprechen allerdings politische und auch ökonomische Gründe.

(Werner Dobritz SPD: Psychologische!)

Aus der Sicht der SPD-Fraktion kann der Sonderausschuß der Bürgerschaft, den die drei beratenden Ausschüsse gemeinsam beschlossen haben, jederzeit den Zugriff gewährleisten und uns ermöglichen, den Senat und die Entwicklung der Hafencity zu kontrollieren. Damit können wir einen politischen Prozeß gestalten, der dem Parlament sowohl in finanzieller als auch in stadtentwicklungspolitischer Hinsicht den Zugriff läßt.

Wir stehen am Anfang einer spannenden Diskussion. Es gibt Chancen einer umfassenden inneren Entwicklung. Wir haben die Möglichkeit, mit einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Freizeit einen neuen Stadtteil zu schaffen. Deshalb ist es für die SPD-Fraktion eigentlich unverständlich, warum die GAL, die die Nachverdichtung und die innere Entwicklung eine Legislaturperiode auf ihrem Schild vor sich hergetragen hat, diesem Plan heute hier nicht zustimmen kann.

(Dr. Willfried Maier GAL: Dem stimmen wir zu! Wir stimmen seiner Finanzierung nicht zu!)

Wer Neugraben/Fischbek 15 die Zustimmung mit dem Argument verweigert, keinen Wohnungsbau auf der grünen Wiese zu wollen, muß hier doch eigentlich ja sagen können.

Hafencity ist, wie fast keine Planung vorher, ökologisch unumstritten. In diesem Zusammenhang muß man der GAL natürlich auch die Frage stellen: Zu welchen konkreten Projekten stehen Sie denn heute? Sie können doch nicht alles mit dem Argument der Finanzierbarkeit von Altenwerder verhindern wollen. Oder eigentlich doch?

(Dr. Willfried Maier GAL: Eben, darum wollen wir es gerade nicht damit verknüpfen!)

Der Eindruck liegt nahe, daß Sie mit dieser Argumentation in Ihre eigene Falle gelaufen sind.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir wollen nicht in Ihre laufen!)

Für uns bleibt zu bemerken: Die GAL traut sich nicht einmal mehr Visionen zu.

Auch die CDU macht sich die Zustimmung zu diesem Papier sehr schwer. Herr von Beust, der natürlich jetzt nicht anwesend ist, zog flugs Papiere aus der Schublade, deren einziger Reiz eigentlich darin bestand, daß sie einen gewissen gerontologischen Reiz hatten. Der Staub auf den Papieren war unübersehbar, aber Stadtentwicklungspolitik war das nun wirklich nicht. Selbst die eigenen Abgeordneten entzogen sich diesen staubigen Entwürfen. Ich habe nicht gehört, daß sich in einem der Ausschüsse irgendein

C

D

(Barbara Duden SPD)

- A CDU-Politiker eines der Argumente von Herrn von Beust zu eigen gemacht hat.

Heute liegt ein Zusatzantrag der CDU vor, den wir ablehnen werden, weil er eines deutlich macht: Die CDU hat eigentlich nicht begriffen, warum wir mit Hafencity in diesen Schritten vorangehen. In diesem Zusatzantrag der CDU stehen eine Menge Fragen, die a) entweder schon beantwortet worden sind oder b) nur beantwortet werden können, wenn dieser Prozeß voranschreitet. Ich meine, das ist ein entscheidender Denkfehler, aber vielleicht kommen Sie noch einmal auf den richtigen Weg. Sie hätten nur über Ihren eigenen Schatten springen müssen, aber das ist natürlich etwas schwierig, das sehe ich ein.

Für die SPD-Fraktion bleibt zu bemerken: Beide Projekte, Hafencity und Altenwerder, sind wichtig für unsere Stadt. Stillstand war noch niemals Stadtentwicklungspolitik. Deshalb sagen wir ja zur Hafencity und stimmen beiden Vorlagen zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Mai hatte unser Bürgermeister die glänzende Vision von der Hafencity, die gleichzeitig die Hafenerweiterung Altenwerder finanzieren sollte. Es sollte sozusagen ein befreiender Doppelschlag für die ganze Stadt und eine auf die Zukunft gerichtete historische Entscheidung sein. Dann kam nach den vorhergehenden Ausschußberatungen die Expertenanhörung im Stadtentwicklungsausschuß, und vom Glanz der Vision blieb nur noch ganz wenig. Hinsichtlich des Doppelschlags muß man feststellen: Der eine traf nicht voll, der andere ging voll daneben.

Alle Experten haben in der Anhörung von einer städtebaulich reizvollen Idee gesprochen. Mit einer Ausnahme, Frau Duden, bezweifelten aber alle Experten, daß mit der Hafencity wirklich ein Überschuß zu erzielen wäre.

(Glocke)

Vizepräsidentin Ulla Bussek (unterbrechend): Herr Reinert, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Umbach zu? (Zustimmung) — Bitte, Herr Umbach.

Zwischenfrage von Detlef Umbach SPD: Herr Reinert, wie kommt es, daß Ihre Kollegen im Haushaltsausschuß diese strittige Vorlage, über die wir jetzt diskutieren, im Anschluß an die Anhörung nicht abgelehnt, sondern sich nur vorläufig enthalten haben?

Bernd Reinert (fortfahrend): Herr Umbach, Sie hätten einmal den Bericht des Haushaltsausschusses lesen können.

(*Antje Blumenthal* CDU: Er war dabei! Er hat es nicht verstanden!)

— Ach, er war sogar dabei; das ist ja noch schlimmer.

Herr Umbach, Sie wissen genau, daß der Senat im Haushaltsausschuß die Zahlen nicht auf den Tisch gelegt hat, sondern sagte, daß man die Zahlen in der kommenden Woche einsehen könne. Solange man nicht weiß, wie das Zahlenwerk aussieht, wäre es unverantwortlich, der Sache nur aufgrund der schönen blauen Augen des Bürgermeisters

(*Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau:* Weiß ich nicht! Weiß ich nicht!) C

und seiner Visionen zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU — *Dr. Roland Salchow* CDU: Aber die SPD macht das immer so!)

— Ja, aber das ist vielleicht die typisch sozialdemokratische Gefolgstreue, die das Nachdenken manchmal etwas behindert.

(*Werner Dobritz* SPD: Kommen Sie mal zur Sache!)

Zu den Finanzen haben wir mittlerweile Einsicht erhalten, und das Ergebnis dieser Einsichtnahme ist ganz klar. Sie finden in unserem Antrag wieder, daß der Senat einerseits die Kostenseite heruntergerechnet und andererseits die Erlösseite schön gerechnet hat.

Zunächst einmal zu der Kostenseite: Es fehlen beispielsweise die Kosten für die Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen. Es gibt keine flächendeckende Altlastenuntersuchung. Es fehlen die Kosten des zu verlagernden Kreuzfahrterminals — Bestandteil des Plans —, die Kosten für die Verlagerung von Zollgrenz- und Zolleinrichtungen. Der Senat schlägt vor, eine S-Bahn-Station Elbbrücken einzurichten.

(*Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau:* Goot!)

— Natürlich ist das dringend notwendig, reicht aber nicht. Darauf komme ich gleich.

Aber die Kosten, Herr Bürgermeister, sind in Ihrer Rechnung nicht zu finden.

(*Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau:* Aber dat kricht wi doch allens hin!) D

— Af un an krich ik dat Gefuehl, dat is hier keen Vischoon, dat is Tetje mit de Utsichten.

(Beifall bei der CDU — *Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau:* Dat is meist dat sülbige!)

Auf der Erlösseite — wenn wir jetzt einmal die Seite wechseln — ist nicht berücksichtigt, daß ein erheblicher Teil dieser Flächen ganz kräftig durch Lärm beeinträchtigt ist. Es handelt sich um die Flächen an der Bahntrasse, an der Versmannstraße und an der Nordseite des Baakenhafens, wo also auch die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Das drückt auf die Grundstückspreise. Aber hinsichtlich der Grundstückspreise ist der Senat überhaupt nicht schüchtern und legt sehr hohe Werte zugrunde. Ich nenne sie jetzt vorsichtshalber nicht, damit mir hinterher keiner sagen kann, ich hätte die Preise verdorben.

(*Barbara Duden* SPD: Sie sind geradezu prophetisch!)

Obwohl das Bauen im Hafengebiet — das hat die Kehrwinderspitze gezeigt, Frau Duden — typische Mehraufwendungen beinhaltet — wir können darüber streiten, ob es 15 oder 25 Prozent Mehraufwendungen sind — und das Bauen dort sehr teuer ist, rechnet der Senat mit sehr hohen Grundstückserlösen. Bei den angenommenen Preisen für den Wohnungsbau — in der Senatsvorlage steht Quadratmeter Bruttogeschosßfläche — ist sozialer Wohnungsbau schlicht und ergreifend nicht finanzierbar. Das ist ein Ergebnis der Anhörung. Damit findet keine soziale Mi-

(Bernd Reinert CDU)

- A schung statt, und wir erhalten eine Monostruktur von Singles und Dinks, die weder für das Gebiet noch für die Stadt insgesamt wünschenswert ist.

Bei den angenommenen Preisen für die Gewerbeflächen legt die Stadt als Durchschnittsertrag einen Preis zugrunde, der ein Vielfaches dessen ist, was ein Handwerksbetrieb zu zahlen imstande ist. Wir brauchen dringend innenstadtnahe Standorte für unser Handwerk, aber wir werden sie bei der Kalkulation nicht bekommen. Die Folge wird eine Monostruktur in diesem Bereich mit Bürobauten bis zu 30 Geschossen sein. So wird also die gewünschte, die mögliche, vitale, vielfältige Mischung nicht zustande kommen können.

Es gibt daneben einige weitere ungelöste Probleme der Stadtentwicklung, zum Beispiel die Abriegelung der Hafencity von der Innenstadt und den benachbarten Stadtteilen. Wie soll die überwunden werden? Hier fehlt das Konzept. Wie soll die innere Erschließung dieses Gebiets durch den öffentlichen Nahverkehr erfolgen? Es wird für Top-Büros zu Top-Preisen im 21. Jahrhundert viel zu dürrig sein, wenn Sie den üblichen Hochbahnbus bis zum Hauptbahnhof fahren lassen wollen, der auf dem Weg dorthin sechs Haltestellen passiert. Da wird man eine Light-Rail-Anbindung brauchen wie in den Londoner Docklands.

(Werner Dobritz SPD: Altengammel!)

Das sind dann 150 Millionen DM extra, die in Ihrer Kalkulation auch nicht enthalten sind.

(Werner Dobritz SPD: Da kriegt die CDU doch auch 20 Prozent!)

- B Fazit: Die stadtentwicklungspolitische Vision ist seit Mai sehr stumpf und sehr löchrig geworden. Konkret ist eigentlich nur noch das Begehren des Senats, daß wir hier heute einen Sonderkredit über 110 Millionen DM beschließen sollen. Warum eigentlich heute? Frau Duden hat darauf hingewiesen, daß an Realisierung ab dem Jahre 2005 gedacht wird.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Jo!)

In den verschiedenen Varianten des Senats ist von Grundstücksverkäufen für die letzten Quartiere ab dem Jahre 2025 die Rede. Das ist der Zeitraum, den wir vor uns haben.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Da bin ich wirklich schon in Pension!)

— Wir werden Sie schon früher in Pension schicken, Herr Bürgermeister, das kann ganz schnell gehen.

(Beifall bei der CDU)

Warum sollen wir in der letzten Sitzung einer Wahlperiode einer solchen Vorlage zustimmen, die so offensichtlich nicht vernünftig durchkalkuliert ist? Wir wollen dem Senat mit den Prüfaufträgen in unserem Antrag mehr Zeit geben, damit der neue Senat mit einer fundierten und überzeugenden neuen Senatsmitteilung an die neue Bürgerschaft herantreten kann. Vielleicht gelingt dann ein Schlag, der wirklich ins Ziel trifft.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann GAL: Frau Duden hat eine Sache richtig erkannt. Es stimmt, daß die GAL von Anfang an gesagt hat, sie lehnt es ab, daß die Hafencity mit Altenwerder verknüpft wird. Dahinter kommt ein dicker Punkt, weil wir nämlich danach darüber reden wollen, wie man die Hafencity entwickeln kann.

Sie versuchen jetzt aber seit Wochen in Permanenz, unsere Kritik abzubuttern. Sie tun jetzt so, als wenn es uns noch um Altenwerder geht — auf Altenwerder komme ich gleich noch einmal —, es geht uns aber darum, hier einen Stadtteil zu entwickeln, der eben nicht die Fehler wieder aufnimmt, die Sie in der City Süd gemacht haben und die in der Innenstadt gemacht wurden. Sie haben vielleicht vergessen, Frau Duden und auch die anderen Kolleginnen und Kollegen von einigen Fraktionen, daß die GAL schon im Juni einen Antrag eingebracht hat. Wir haben unsere Rahmenbedingungen für einen Stadtteil beschrieben, der auch innerhalb der einzelnen Nutzungen gemischt genutzt wird. Dort sollte nicht nur hochwertiger Wohnungsbau entstehen, wie Herr Voscherau ihn in seiner Vorlage beschrieben hat, es sollte dort auch sozialer Wohnungsbau entstehen, der bei den Dienstleistungen, dem Gewerbe und Handwerk gemischt genutzt werden soll. Das ist aber in Ihrer Vision so nicht enthalten, weil Sie von ganz anderen Kosten ausgehen.

Der Plan der SPD war, daß wir die Sache schnell durchziehen — Herr Reinert hat das ebenfalls gesagt. Sie wollte sich mit der Anhörung vor zwei Wochen eine richtig schöne Jubelveranstaltung organisieren, bei der alle sagen, daß es so toll ist, was der Erste Bürgermeister geplant hat.

Die Anhörung, meine Damen und Herren, ist nach meiner Meinung für Sie kräftig in die Hose gegangen, weil die dort anwesenden Sachverständigen die Vision in einigen Punkten reichlich auseinandergenommen haben. Gerade die Sachverständigen, die nicht aus Hamburg kamen und die Altenwerder nicht so wie wir Grünen als Herzensthema haben, haben eindeutig festgestellt, daß die Verknüpfung dieses Projekts mit Altenwerder nicht nur unseriös,

(Werner Dobritz SPD: Die haben auch Steuergelder dafür bezahlt!)

sondern — mit meinen Worten — auch völliger Schwachsinn ist. Losgelöst von Altenwerder wurde deutlich, daß in den ersten zehn Jahren nur Kosten anfallen und mit Erlösen überhaupt nicht zu rechnen ist, wenn man einen neuen Stadtteil entwickelt. Daher ist Ihre Vision auch nicht klar.

Das Ergebnis der Anhörung hat eindeutig ergeben, daß es mit der Hafencity wirklich eine Chance gibt, die Monostruktur der Innenstadt aufzuheben, und die Pflicht, viel Wohnungsbau — auch für die unteren Schichten — zu realisieren. Das hat die GAL von Anfang an gesagt. Es wurde auch als Fazit der Anhörung festgestellt, daß man eine Initialzündung brauche. Die liegt bei gut 1000 Wohneinheiten, wurde gesagt, inklusive der hierfür notwendigen Infrastruktur, inklusive Schulen und Kindergärten. Das heißt aber, daß hier gewaltige Kosten anfallen, die in den ersten zehn Jahren aus den erzielten Gewinnen nicht finanzierbar sind. Man wird rote Zahlen schreiben. Der Senat geht aber davon aus, daß er das finanzieren kann. Seine Logik dabei ist — Herr Voscherau, Sie zucken die Augenbrauen —, daß er das durch hohe Bodenwerte finanzieren kann. In der Vorlage wurde geschrieben, die hohen Bodenwerte errei-

(Heike Sudmann GAL)

- A che man durch die Nutzung für Zwecke der Innenstadt. Sie wollen einen optimalen finanziellen Ertrag sicherstellen.

(*Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Einen optimalen, keinen maximalen!*)

— Nein, Sie können das nachlesen, es heißt da:

„Die Sicherstellung eines optimalen finanziellen Ertrags.“

Das heißt eindeutig, daß es nicht darum geht zu gucken, was die optimale Stadtentwicklung ist, sondern darum, wie wir unsere leeren Kassen auffüllen können. Es ist ein weiterer Beweis für Ihr Ansinnen, Stadtentwicklung nur unter dem Gesichtspunkt des Haushalts zu machen. Sie werden mir hierbei sicherlich recht geben, Frau Duden, denn auch Sie beklagen, was in Jenfeld passiert ist.

Ein weiteres Indiz dafür, warum der Senat hier keine Stadtentwicklung in unserem Sinne betreiben will, ist die Leistungsbilanz des Senats. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wo Sie die Hafencity suchen würden? Vermutlich doch unter dem Punkt Wohnen und Stadtentwicklung. Und wo finden wir die Hafencity? Unter dem Stichwort „Hafen und Wirtschaft“ und wieder mit dem Hinweis, daß es darum geht, sehr viel Geld einzunehmen.

Aber kommen wir zum Geld: Die uns vorgelegte Berechnung, die so brisant war, daß wir sie erst in den letzten Tagen erhalten haben, hat nicht nur aus meiner Sicht, sondern auch aus Sicht der von uns befragten Sachverständigen etliche Fehler. Ich fange mit den Punkten an, die mir als Hamburgerin auffallen. Als Vergleichsgröße wird Allermöhe herangezogen. In Allermöhe, sagt der Senat, hatten wir 103 DM Kosten pro Quadratmeter Fläche gehabt. Wegen der vielen Fleete und Brücken könnte man das sehr gut mit der Hafencity vergleichen. Sie vergleichen hier aber Äpfel und Birnen, weil Sie bei den Kosten für Allermöhe auch die gesamten Grün- und Ausgleichsflächen miteinbezogen haben. Um das in Zahlen darzustellen: Allermöhe II ist 271 Hektar groß, gut 120 Hektar davon sind Grünflächen, Ersatz- und Ausgleichsflächen.

(*Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Hört! Hört!*)

— Ja, ja, hört, hört. Aber in diesem Fall schlägt das auf Sie zurück, Herr Voscherau, weil Sie nämlich dadurch natürlich die Erschließungskosten gewaltig heruntergerechnet haben.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Pro Quadratmeter!*)

Sie haben für die Grünflächen, in die Sie sicherlich keine Straßen bauen und keine Seile hineinlegen wollen, auch die Erschließungskosten mitgerechnet. Ihre Grundannahme ist also schon falsch, die Erschließungskosten werden wesentlich höher sein. Ich glaube kaum, daß Sie in der Hafencity mit 85 Hektar sehr viel Grünflächen unterbringen können.

Die Sachverständigen, die als Projektentwickler und -entwicklerinnen tätig sind — zum Beispiel in Berlin oder auch im Frankfurter Westhafen —, haben mir gesagt, daß die Angaben, die ich vom Senat erhalten habe, unseriös und nicht überprüfbar sind, weil ganz viele Zahlen fehlen. Ohne weitere Angaben vom Senat zu haben, konnten mir die Sachverständigen allerdings bestätigen, daß Ihre Erschließungskosten mit 120 DM pro Quadratmeter eindeutig zu gering angesetzt sind. Insofern ist Ihre ganze Rechnung hinfällig.

Ich könnte jetzt noch viele Beispiele aufzählen, aber ich will Ihnen sagen, wer nach meinem Eindruck hinzugelehrt hat. In der Ausschusssitzung des Stadtentwicklungsausschusses hat Herr Senator Mirow zum ersten Mal zugegeben, daß man bis zum heutigen Tage weder Erschließungskosten noch Nettoerlöse benennen kann. Nichtsdestotrotz sagt Herr Mirow, wir gehen davon aus, daß wir Altenwerder damit refinanzieren können. Sie haben uns Rechnungen vorgelegt, die nicht mehr überprüfbar sind, die eigentlich auch das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen.

Auf die Kosten für Wohnungsbau brauche ich gar nicht mehr einzugehen. Dazu hat, glaube ich, Herr Reinert schon etwas geäußert, aber mit einer anderen Intention. Ich sage, ich kann nicht 800 DM pro Quadratmeter anrechnen, wenn ich sozialen Wohnungsbau planen will.

(*Bernd Reinert CDU: Genau, das meinte ich auch!*)

Beim Handwerk ist es genau das gleiche. Eines können wir feststellen, Herr Voscherau: Ihre Vision, die Sie im Hinblick auf die Finanzierung Altenwerders entwickelt haben, hat sich als das entpuppt, was „Vision“ laut Duden ist, nämlich eine optische Halluzination. Die haben Sie uns wirklich geliefert.

(Beifall bei der GAL)

Wenn wir über positive Visionen reden, dann glaube ich im Gegensatz zu Ihnen, Frau Duden, daß wir durchaus sehr visionär sind, viel visionärer als etliche andere.

(*Barbara Duden SPD: Das finde ich nicht! Da müssen Sie sich einmal Ihren Wahlkampf angucken!*)

- B Hier soll ein Stadtteil entstehen können, der sich nicht nur an der Verwertung orientiert, sondern der einen Lebensraum für viele Menschen unterschiedlicher Einkommensgruppen und beispielsweise für viel Handwerk bietet.

Da Sie heute mit Ihrer Mehrheit hier alles durchstimmen werden — auch das Sondervermögen —, ist es wichtig, als erste Handlung der neuen Bürgerschaft oder des neuen Senats — falls der wider Erwarten, Herr Voscherau, mit uns zustande kommt —, Ihre Konstruktion mit dem Sondervermögen und mit der GHS aufzulösen und dafür zu sorgen, daß jetzt die richtige Weichenstellung erfolgt.

(*Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Da sieht man, wie wichtig eine Mehrheit ist!*)

Wichtig ist uns auch, in diesem Fall ausnahmsweise Herrn Dietrich beim Wort zu nehmen, der sagt: „Der Hafen nimmt, der Hafen gibt.“ Der Hafen hat genug genommen — siehe Altenwerder —, er kann jetzt ganz viel geben, und zwar Moorburg, Francop, Reiherstieg, Harburger Binnenhafen, und endlich damit anfangen, im Hafen intensiver nachzuverdichten. Darüber könnte man sich gern nach dem 21. September streiten. Alles andere empfinde ich zur Zeit teilweise als Farce.

Zu den Finanzen, damit Sie nicht ganz enttäuscht sind, wird mein Kollege Herr Maier noch etwas sagen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diejenigen, die meinen, bei der Anhörung sei das Finanzierungsmodell geplatzt, haben einen Mo-

(Georg Berg STATT Partei)

- A ment der Begriffsstutzigkeit als Anlaß für eine dauernde Denkblockade genommen. Auf diese Weise können sie ein angebliches Ergebnis behaupten, das sie immer schon gewollt haben.

Bei dieser Anhörung haben die Bürgerschaftsabgeordneten die Sachverständigen gefragt, ob man so etwas rechnen könne. Das haben die Sachverständigen bestätigt. Daraufhin haben die Abgeordneten gefragt, ob man das schnell vorrechnen könne. Nein, haben die Sachverständigen geantwortet, so schnell nicht, sie müßten etwa zwei Wochen Zeit haben, um die Rechner einzurichten. Weiterhin müßten sie genauere Informationen darüber haben, was nachher tatsächlich passiert. Erst dann könnten sie entsprechend der Änderung der einzelnen Parameter, mit allen Schwierigkeiten, die Prognosen haben, genau abrechnen.

Daraufhin war die Frage der Abgeordneten, wie denn der Senat gerechnet habe. Das wissen wir nicht, entgegneten die Sachverständigen, das müßt ihr den Senat fragen. In dieser Situation ist Herrn Dr. Maier's Hals ernstlich rot geworden, und er sagte, das sei eine Schweinerei. Natürlich können die externen Sachverständigen nicht sagen, wie der Senat abrechnet.

(Dr. Willfried Maier GAL: Aber der Senat konnte das sagen!)

In den Ausschüssen, in denen die Sachverständigen den Senat befragt haben, sind dann die Grundlagen für die jeweiligen Annahmen in Grundzügen genannt worden. Jetzt passiert folgendes: Die Herrschaften von der Opposition füllen nicht das aus, was sie von den Sachverständigen hätten lernen können — man könnte das errechnen, wenn man die einzelnen Parameter in Beziehung setzt —, sondern sie sagen, wir nehmen die Annahmen des Senats und setzen einzelne Aspekte anders als der Senat und wollen es dann noch rechnen, ohne es zueinander in Beziehung zu setzen.

B

(Heike Sudmann GAL: Von welchem Sachverständigen reden Sie?)

Wenn Sie jetzt schon etwas über die Finanzierung von Altenwerder über die Hafencity sagen wollen, müßten Sie sich die Mühe machen, die von den Sachverständigen als möglich bestätigte, aber natürlich komplizierte und von den Wechelseiten bestimmte Rechnung durchzuführen und nachzuvollziehen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Jetzt ist alles klar!)

Jetzt ist im Prinzip alles klar. Der erste Punkt ist folgender: Es geht allein um die Hafencity. Überall heißt es, daß es keine Entscheidungs- und keine Planungsmöglichkeiten mehr durch die verschiedenen Planungshindernisse gibt. Wir sind festgemauert, wir sind handlungsunfähig. Durch eine gute Politik ist diese Situation für ein wunderbares zentrales Areal grundlegend anders. Das ist schon ein gewisser Geniestreich, eine Handlungsfähigkeit zu haben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das war eher eine göttliche Weisung!)

Wir können heute noch nicht sagen, wie wir das für das Zukunftsprojekt ausnutzen. Die Sachverständigen haben sich alle überboten zu sagen, daß das Wichtigste dabei die Mischnutzung ist. Aus meiner Sicht ist damit eher eine Forderung aufgestellt denn ein Weg aufgezeigt. Es ist uns noch nicht gezeigt worden, warum es an dieser Stelle auf

einmal eine Nutzungsmischung geben und warum es praktikabel sein soll, wo sie doch sonst in der Stadt so unglaublich zäh durchzusetzen ist. Ich fürchte, meine Damen und Herren — als kleiner Exkurs —, daß sich möglicherweise die jetzige Forderung nach der Nutzungsmischung als eine aktuelle Lebenslüge der Stadtplanerei erweisen kann, weil sie alle möglichen Konflikte in anderen Bereichen löst, aber doch nicht machbar ist.

C

Für die Hafencity ist es ein Glücksfall, dort ein so großes Areal zur Beplanung zur Verfügung zu haben. Bei der Ausstellung des Sondervermögens ist es keine Frage, daß nach allgemeiner Einschätzung über das, was dieses Projekt erbringen wird, die dortigen Erschließungskosten abgedeckt sein werden. Das Sondervermögen ist in sich schlüssig und bringt für die Stadt keine unkalkulierbaren Belastungen.

Wenn man optimal zeitnah, nicht vorbestimmt und dem späteren Bedarf entsprechend ein solches Sahnestück von Grundstück beplanen und verkaufen kann, halten wir es durchaus für plausibel, daß angesichts der allgemeinen Erfahrungen, was man mit Grundstücken machen kann, ein Erlös herauskommt, der die Investitionen bei Erschließungen bei weitem übertrifft. In der Anhörung haben wir gehört, daß dies zu deutlich geringeren Erschließungskosten geschehen könnte, als wir zum Beispiel heute schon in Allermöhe, in der Marsch bauen, weil es offensichtlich billiger ist, auf die Warft zu bauen, als mit den Gründungen direkt ins Nasse. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat der Erste Bürgermeister Herr Dr. Voscherau.

D

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Sudmann, Sie haben mir, ohne es zu ahnen, eine so schöne Reminiscenz an die wenigen Tage eines hochsommerlichen Urlaubs mit meiner dreizehnjährigen Tochter in diesem Jahr verschafft. Sie können sich das gar nicht vorstellen. Bei Ihrer Vision, die Sie mit Halluzination übersetzt haben, kam mir plötzlich die Kasette von Jürgen von der Lippe in die Ohren, die meine Dreizehnjährige die ganze Zeit in meinem Autoradio abgedudelt hat.

(Heike Sudmann GAL: Das kann ganz schön nervig sein!)

Das geht so:

„Haluzi, na, Sie wissen ja schon ...“

Deswegen habe ich Ihnen so fasziniert und fröhlich zugeguckt.

(Heike Sudmann GAL: Das will ich nicht hoffen! Das sind väterliche Gefühle!)

— Doch, väterliche Gefühle kann man Ihnen gegenüber in meinem Alter durchaus haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dieses Lied von Jürgen von der Lippe hat mir von der Assoziation weggeholfen, wie es wohl in den Ausschußberatungen gewesen sein müsse, an denen teilzunehmen ich nicht die Freude oder Bürde hatte. Da ich annehme, daß die Ausschußberatungen in dieser Hochsommerzeit für alle Teilnehmer eine schweißtreibende Fleißaufgabe gewe-

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A sen sind, möchte ich mich vor allen Dingen bei allen sehr herzlich bedanken, daß es gelungen ist, diese Arbeiten jetzt noch in dieser Wahlperiode, in dieser Sondersitzung, abzuschließen und zu einem guten Ende zu kommen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Ulla Bussek (unterbrechend): Herr Bürgermeister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann zu?

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Sehr gerne, ganz väterlich!)

Zwischenfrage von Heike Sudmann GAL: Ich frage nicht zur Vaterschaft, keine Angst.

(Heiterkeit bei der GAL)

Ich möchte nur folgendes wissen: Weil Sie gerade die schweißtreibenden Mitarbeiterinnen der Anhörung gelobt haben, frage ich Sie, warum die Senatsvertreterinnen und -vertreter in der Anhörung nichts sagen durften. Das war eigentlich unser Hauptpunkt. Warum haben Sie nicht dafür gesorgt, daß uns die Senatsvertreter Ihre Visionen noch einmal klar darstellen können?

(Anna Bruns GAL: Damit die nicht ins Schwitzen kommen!)

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau (fortfahrend): Das ist doch ganz einfach. Der Senat ist ein einheitliches Verfassungsorgan und ist dort mit einem Staatsrat vertreten, der seinerseits die vielen Mitarbeiter aller verschiedenen Behörden anleitet und ihnen auf die Weise behilflich ist, die Senatsmeinung zu erkennen und einzuhalten.

B

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das ist manchmal deswegen wichtig, weil wir so viele hochbegabte visionäre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, deren politische Grundfarbe eher der Ihrigen nahesteht als der unsrigen. Gelegentlich kommt das ein bißchen mit der Loyalität ins Geheddere.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das fällt uns nicht so auf!)

Alle Insider wissen von den unverschlossenen dicken Packpapierumschlägen, in denen alles im Original enthalten ist; ein Satz davon geht immer an die „Bild“-Redaktion und der zweite Satz direkt an die GAL. Die Absender sind wahrscheinlich nicht dieselben.

(Heike Sudmann GAL: Aber die kommen nie an!)

Ich halte es für eine sehr große Fleißaufgabe, daß der Ausschuß zu Potte gekommen ist und daß das Plenum der Bürgerschaft in dieser Sondersitzung und dank der Sondersitzung noch die Möglichkeit hat, die parlamentarische Beschlußfassung über den gegenwärtigen begrenzten Schritt bei der langsamen geduldigen Realisierung dieser Stadtentwicklungsvision zu tun.

Frau Sudmann hat uns alle darauf hingewiesen, daß hier im Hause eine Mehrheit ist, die voraussichtlich diese Petita beschließen wird.

(Heike Sudmann GAL: Sehr sicher!)

Mir gibt das Anlaß zu der Bemerkung, daß in der Demokratie ein Ersatz für Mehrheit schwer erkennbar ist,

(Heike Sudmann GAL: Dann haben Sie jetzt was gelernt!) C

weswegen jemand, der bis zum 21. September eine Mehrheit hat, ja blöd sein müßte, sie nicht zu gebrauchen,

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

und im übrigen auch blöd, wenn er nicht bis zum 21. September mehr außerhalb dieses Hauses als jetzt innerhalb mit aller Kraft darum kämpfte, sie danach auch behalten zu haben.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Im übrigen, liebe Frau Sudmann, gibt Ihre Rede mir die weitere Gelegenheit zu der Bemerkung an die Hamburgerinnen und Hamburger. Man stelle sich vor, bei so langfristigen großen Zukunftsprojekten gäbe es ab 8. Oktober diese Vernunftmehrheit für Hamburg nicht mehr, die jetzt hier ist, was dann alles angehalten und blockiert werden würde.

(Dr. Willfried Maier GAL: Ein Quatsch! Ein Quatsch!)

Deswegen sollten wir lieber alle mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber reden, wie sie sich entscheiden mögen. Bei aller Liebe zur Hamburger Bürgerschaft, der ich schon sehr lange anzugehören die Ehre habe, glaube ich schon lange nicht mehr, daß solche Sondersitzungen ungefähr vier Wochen vor einer Wahl und alle Töne, die wegen dieses Zeitplans hier in besonderer Weise hervorgehoben werden, irgendeinen Bürger beeinflussen könnten, anders zu entscheiden.

Deswegen in aller Sachlichkeit: Ich glaube, daß man dem tragenden Satz der damaligen Weichenstellung, auf die Sie sich bezogen haben, nicht wirklich widersprechen kann: Es gibt jetzt ein kurzes historisches Zeitfenster, in dem diese Stadt sich entscheiden kann, ob sie Investitionen in dem Quartier, über das wir reden, in Hafenmodernisierung gesteckt wissen möchte oder in eine gänzlich andere stadtentwicklungspolitische Zielsetzung, nämlich Innenstadt mit offenen Planungsoptionen. D

Ich halte es für erforderlich, die Umsteuerung vorzunehmen, die Stadt und ihre Bürgerinnen, Bürger und Betriebe an das Nordereibeufer zurückzuführen, dieses Gelände der Stadt zurückzugeben, der es vor über 100 Jahren genommen worden ist. Ich glaube, daß man dies auch gedeihlich koordiniert mit den Hafeninteressen tun kann, indem man die Hafeninvestitionen, die sonst in dieses Gelände flössen, südlich der Elbe auf die Elbinsel lenkt. Das ist, glaube ich, langfristig eine Weichenstellung, die eigentlich jeden und jede, der oder die Hamburg kennt, überzeugen muß.

Ein Patentrezept durchgeplanter Quartiersnutzung verbindet sich damit heute keineswegs. Meiner Meinung nach wäre das auch ein schwerer Fehler. Wir brauchen einen langfristigen, geduldigen und wirklich völlig offenen Planungsprozeß, der den Diskurs und die Korrektur einzelner Vorstellungen ermöglicht und der vor allen Dingen ganz langsam, schrittweise, die Inanspruchnahme von Teilflächen ermöglicht.

Nun haben Sie angesichts dieser Langfristigkeit der Realisierungsperspektive kritisch angemerkt: Infolgedessen fehle es an der buchhalterischen Kalkulierbarkeit von Mark und Pfennig. Ja, das stimmt. Es handelt sich um Plausibilitätsberechnungen. Da diese unter der Verantwortung von tüchtigen Beamten angestellt worden sind, für die auf der

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

- A Senatsbank Staatsrat Gizzas sitzt, bin ich sicher, daß die fachliche Seriosität und Plausibilität dieser Zukunftsannahmen nach bestem Wissen und Gewissen festgestellt worden ist. Das schließt nicht aus, daß optimistische Annahmen übertroffen oder auch unterschritten werden können, je nachdem, wie es mit den alten Europäern, den Deutschen und den Hamburgerinnen und Hamburgern im nächsten Jahrhundert bis 2020, 2030 geht. Das ist nun einmal so.

Deswegen halte ich den Einwand, der auch von der CDU zu hören war, für auf einer gänzlich anderen Ebene angesiedelt. Als würden wir übermorgen den ersten Rammstoß für irgendein großes Wohnungsbaquartier machen und hätten uns noch nicht festgelegt, ob Eigentumsmaßnahme oder sozialer Wohnungsbau. Darum geht es doch gar nicht.

(Dr. Roland Salchow CDU: Warum muß das denn heute alles entschieden werden, wenn das alles erst im nächsten Jahrtausend ansteht?)

— Das ist doch ganz einfach, lieber Herr Salchow. Weil es in der Demokratie, wie ich zu Beginn schon festgestellt habe, für Mehrheiten keinen Ersatz gibt, und jetzt ist hier eine.

(Ingeborg Knipper CDU: Das heißt, Sie gehen davon aus, daß Sie sie in Zukunft nicht mehr haben!
— Berndt Röder CDU: Aber was für eine!)

Jetzt ist hier eine; es ist eine sachgerechte, hamburgfreundliche, tüchtige Mehrheit, die das beschließen wird.

(Beifall bei Jens Peter Petersen SPD)

- B Und was die Wählerinnen und Wähler anordnen, das müssen sie sich schon selbst überlegen. Man kann sich an der Willensbildung beteiligen, und das tue ich auch, wie einige von Ihnen vielleicht schon bemerkt haben.

Ich glaube, wenn wir heute nicht August hätten und am 21. September eine Wahl wäre, wäre der Verlauf der Debatte ein anderer gewesen. Sie und die CDU hätten sich anders eingelassen.

(Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Ich glaube, die CDU hat sich am Überseetag im ersten Augenblick, in ihrer ersten Reaktion, grundlegend vergaloppiert und weiß jetzt nicht recht, wie sie mit dieser Fehlentscheidung umgehen soll.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Gesetzt den Fall, meine Damen und Herren von der CDU, man würde jetzt sagen: Eine sehr relevante Opposition Schwarzgrün will das offenbar gemeinsam eher nicht, wir haben nur noch fünf Wochen Zeit,

(Heike Sudmann GAL: Der Wähler entscheidet über die Zusammensetzung!)

wir stellen das zurück, dann würde ich Ihnen viel Vergnügen wünschen und gute Reise mit den Stellungnahmen von Handelskammer, Handwerkskammer und Überseeclub ab morgen.

Deswegen bitte ich sehr herzlich darum, diese langfristige städtebauliche Entwicklungsmöglichkeit zu unterstützen und dabei nicht an den Wahlkampf, sondern an die Zukunft der Stadt zu denken. Ich bitte Sie, darauf zu vertrauen, daß die mit dieser Sache befaßten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Heinz Gizzas bis Peter Dietrich diese

gesamte Perspektive nicht wegen Wahl, Wahlkampf oder Wahlzeitpunkt durchgearbeitet haben, sondern in der Überzeugung, daß das gut für Hamburg ist, unabhängig von aktuellen Zeitläufen. Ich bedanke mich deshalb ganz besonders herzlich dafür, Herr Bürgermeister Rittershaus, daß Sie, Ihre Behörde und die der Behörde zugeordneten öffentlichen Unternehmen so sachgerecht, verschwiegen und präzise geholfen haben, dieses große hamburgische Zukunftsprojekt möglich zu machen.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Ich denke, daß die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt im Jahre 2030, wenn sie die heutige Debatte im Protokoll nachlesen,

(Dr. Roland Salchow CDU: Ihnen ein Denkmal setzen!)

ihre eigenen Gedanken darüber haben werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es gelänge, eine solche Jahrhundertentscheidung auf eine breite, tragfähige Basis zu stellen, weil die Bürger auch einmal sehen müssen, daß wir in der Lage sind, etwas Gutes, Langfristiges zu machen. Obwohl hier gerade einer von der SPD für den Senat spricht, gäbe es dieselbe Lage, wenn es einen Präsidenten des Senats von der CDU gäbe, der auf die Idee gekommen wäre. Dann bin ich sicher, er hätte dieselben Schritte eingeleitet.

(Bernd Reinert CDU: Aber besser!)

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Kruse.

Hans Jakob Kruse CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich bin von Ihrer Darstellung tief beeindruckt, allerdings nicht gerade in Bewunderung erstarrend. Was mich besonders beeindruckt hat, ist die Langfristigkeit Ihrer Überlegungen; Sie haben es ja verschiedentlich betont. Da wundert sich natürlich der Seemann: Warum denn plötzlich diese Hast?

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Wegen der Mehrheiten!)

Aber einen gewissen Einfallsreichtum kann man dem Senat und Ihnen, Herr Bürgermeister, nicht absprechen, nicht einmal in wirtschaftlichen Belangen. Daß dieses in einem Wahljahr besonders augenfällig wird, mag Zufall sein.

Man muß auch loben. Man muß auch das Geschick bei der Vorbereitung zum Erwerb der fehlenden Flächen herausstellen. Wenn man Spekulanten abhalten und ein Zerreden in der Öffentlichkeit vermeiden will, dann muß man so oder ähnlich vorgehen.

(Glocke)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Herr Kruse, gestatten Sie Herrn Grund eine Zwischenfrage?

Hans Jakob Kruse (fortfahrend): Herr Grund, warten Sie noch einen Augenblick. So lange rede ich nicht, bei Ihnen dauert es immer länger. Ich mache erst einmal weiter.

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Ich sehe das als Ablehnung an. Dann haben Sie weiter das Wort, Herr Kruse.

(Hans Jakob Kruse CDU)

A **Hans Jakob Kruse** (fortfahrend): Über den Aufwand werden wir allerdings im Dunkeln gelassen. Das hat alles zunächst die wohlgeratene — Sie haben sie vorhin erwähnt —, umsichtige und ach so reiche HHLA finanziert. Mit Kredit? Aus der Kasse? Wo finden wir die Positionen im Haushalt? Das Timing und die Dosierung der Verlautbarungen am Überseetag waren mit Bedacht gewählt.

(Walter Zuckerer SPD: Natürlich! Da sind wir einfach besser!)

Man hatte klare Vorstellungen über die erreichbare Öffentlichkeitswirkung. Diese Vorstellungen heben sich deutlich ab von solchen über die Machbarkeit des Vorhabens, die Kosten, die Investitionen, die Plazierbarkeit im Wohnungs- und Gewerbemarkt der nächsten zehn oder 20 Jahre. Selten, Frau Duden, wurden bei einer Anhörung von Fachleuten so harte Bedenken und Zweifel vorgetragen.

(Michael Dose SPD: Dann waren Sie wohl nicht dabei! — Werner Dobritz SPD: Sie sind doch um 18 Uhr gegangen!)

Jetzt komme ich zum Thema Altenwerder. Die schlanke Erstellung einer Altenwerder-Finanzierung aus dieser ergiebigen Quelle — wenn sie dann vielleicht ab 2005 sprudelt — wurde von den Experten als gutmütige Wunschvorstellung apostrophiert. Die Bewunderung über die Behendigkeit und Zahlenakrobatik hielt sich in Grenzen.

(Barbara Duden SPD: Da waren Sie schon gar nicht mehr da, als das diskutiert wurde!)

Und Sie, Frau Duden, sprechen von der Sicherstellung der Finanzierung für Altenwerder. Dann meinten Sie, wir hätten nicht begriffen, worum es geht. Wir haben erstens begriffen, worum es geht, und zweitens auch, daß es nicht geht. B Aber vor dem Hintergrund der bekannt rasanten Etatentwicklung Hamburgs in Richtung Konsolidierung sollte man sich eigentlich keine so großen Sorgen machen, Herr Bürgermeister.

Wir haben auf der einen Seite eine genau umrissene Investitionsverpflichtung, die Gegenfinanzierung — das ist, glaube ich, ein modernes Wort, Herr Bürgermeister — soll eine wackelige Konstruktion liefern, die wohl nur den Senat, vielleicht die SPD, noch überzeugt.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Uns auch! Mich hat das auch überzeugt!)

— Gut zu wissen.

Diese Art von Finanz- und Wirtschaftsplanung ist für mich aufschlußreich und erklärt auch, wie ein Stadtstaat es schafft, von 1993 bis 1998 den Schuldenstand von circa 26 Milliarden DM auf doch beachtliche 38 Milliarden DM hochzutreiben. Das ist wirklich eine sehr konsequente Politik.

Zum Schluß möchte ich eine positive Anmerkung machen. Es ist zu begrüßen, daß die Erlöse aus einer Eigentumsveräußerung für eine dringliche Investition verwandt werden sollen und nicht, wie die Filetstücke aus Landesbank und HEW, im Hochofen des operativen Haushalts unwiederbringlich verdampfen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Senator Professor Rittershaus.

Zweiter Bürgermeister Dr. Erhard Rittershaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! C

(Alexander Porschke GAL: Der Erfolg hat viele Väter!)

— Nein, gar nicht.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nur zwei!)

Das Projekt ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Stadt und auch des Hafens.

(Susanne Uhl GAL: Das könnte ich auch nur ablesen!)

Ich glaube, die ganze strategische Dimension kann man heute überhaupt noch nicht abschätzen und einordnen. Ich komme gleich zu Beispielen, dann werden auch Sie es in 20, 30 Jahren sehen können.

Mit der weit in die Zukunft reichenden Entscheidung schaffen wir einmalige Perspektiven für Hamburg und für die Region. Wir stärken unser nordeuropäisches Wirtschafts- und Dienstleistungszentrum; wir stärken Außenhandel, Handel, die High-Tech-Potentiale, den Tourismus, Multimedia, und wir steigern Hamburgs Attraktivität als eine der schönsten europäischen Metropolen am Wasser.

Der Hamburger Hafen mit seiner zentralen Bedeutung für Nord- und Mitteleuropa wird durch die Herausnahme des Hafendrands keine Nachteile erleiden. Das gilt für das Freihafenzentrum

(Zurufe von der GAL)

— hören Sie bitte einen Moment zu, ich habe Ihnen eben auch zugehört —, ebenso wie für Altenwerder. Die Zukunft des Hafens liegt südlich der Norderelbe, die Zukunft liegt in Waltersdorf, im mittleren Freihafen und eben in Altenwerder. Gerade mit dem Ausbau von Altenwerder wird der internationalen Schifffahrt — und das ist für uns entscheidend — unmißverständlich signalisiert, daß Hamburg auch in Zukunft eine führende Rolle in der internationalen Seeschifffahrt spielen wird. D

Meine Damen und Herren! Altenwerder wird mit Hochdruck verwirklicht. Daran haben bislang der Senat und diese Bürgerschaft national wie international keinen Zweifel gelassen. Das Sondervermögen sichert den weiteren Ausbau. Und wenn sich heute die CDU mit ihrem Antrag für eine Verschiebung ausspricht,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das ist die einzige Möglichkeit, das in den Haushalt einzubringen!)

dann sollte sie auch dazu stehen, daß sie sich gegen eine Zukunftssicherung des Hafens und seiner Arbeitsplätze richtet. Wir müssen dieses Projekt endlich anschieben, wir müssen den Startschuß geben,

(Susanne Uhl GAL: Der ist doch schon gegeben!)

zumal gravierende Einwände gegen dieses Projekt bislang ausgeblieben sind. Mit kleinlichen Streitereien, ob die Kostenschätzungen — Sie selbst haben von 25 Prozent bis 50 Prozent plus/minus gesprochen — zu hoch oder zu niedrig sind oder ein wie großer Beitrag für die Finanzierung von Altenwerder notwendig ist — die Finanzierung von Altenwerder wird auch ohne die Hafencity gesichert —,

(Dr. Willfried Maier GAL: In welchem Haushalt denn? Wann denn? — Dr. Roland Salchow CDU: Aha! Zahlen Sie aus der eigenen Tasche?)

(Zweiter Bürgermeister Dr. Erhard Rittershaus)

A darf man dieses Projekt doch nicht verzögern. Das ist doch für diese unsere Stadt lebenswichtig.

Wer in der Praxis steht — mit Herrn Kruse haben wir hier einen Praktiker, er hat ein weltberühmtes Unternehmen geführt —, der weiß doch, wie schwierig Kostenschätzungen über 20, 30, 40, 50 Jahre im voraus sind. Man kann bestenfalls eine Perspektivplanung erarbeiten, aus der man dann die Bausteine für eine zehnjährige Investitionseinschätzung zieht

(Alexander Porschke GAL: Dann sind Sie längst schon nicht mehr Senator!)

und daraus vielleicht einen fünfjährigen Unternehmensplan aufstellt. Dabei ist die Schwachstelle in unserem System eine vierjährige politische Legislaturperiode, aber das ist der Preis der Demokratie. Wir müssen aber hier doch perspektivisch an die Dinge herangehen.

(Alexander Porschke GAL: Da hat Ihnen einer etwas Falsches aufgeschrieben!)

Wer hat denn vor 30, 40 Jahren die Höhen von Hapag-Lloyd in den sechziger, siebziger Jahren, die Tiefen in den achtziger Jahren und wieder die Höhen in den neunziger Jahren vorausgesehen? 1967, vor 30 Jahren, gab es die DASA noch nicht, und heute ist es der größte Standort der Luftfahrtindustrie in Europa mit über 30 000 Arbeitsplätzen. Wenn das hier einer 1967 gesagt hätte, hätte man es ihm nicht geglaubt. Das ist doch strategischer Weitblick. Blohm + Voss war eine bedeutende internationale Werft. Der Hafen in seiner heutigen Struktur war überhaupt nicht erkennbar. Die Hafenplanungen in der heutigen Dimension sind Anfang der siebziger Jahre eingeleitet worden. Das zeigt doch den ganzen strategischen Weitblick. Ich glaube, wir können doch froh sein, daß sich hier Hafenwirtschaft, die Sie immer bekämpft haben, und Stadtinteressen in einer glücklichen Synthese vereinen. Das ist doch die einmalige Chance dieser Metropole.

B

Wir, SPD und STATT Partei, haben in dieser Legislaturperiode bis weit ins 21. Jahrhundert gehende Großprojekte, und zwar die wichtigsten, unwiderruflich auf den Weg bringen — sie haben doch Jahrzehnte in den Regalen gelegen — und absichern können.

(Dr. Wilfried Maier GAL: Genau!)

Das ist eben die Erweiterung der City, das ist die Hafenerweiterung Altenwerder, die doch für den Hafen von lebenswichtiger Bedeutung ist. Und wer dagegen ist, muß das sagen, aber nicht hier, sondern den Menschen, die dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wir haben im Schulterschuß mit den Nachbarländern auch die politische Absicherung der Elbvertiefung erreichen können. Dies ist wirklich mit Geschick und Vernunft gelungen. Deshalb auch Dank und Anerkennung an den Ersten Bürgermeister, der diese Projekte unterstützt und auch in den sensiblen Bereichen vorangetrieben hat. Ich glaube, daß hier die STATT Partei entscheidend mitgestaltet hat.

(Zurufe von der GAL: Ah! — Heike Sudmann GAL: War das abgesprochen?)

Das macht deutlich, daß auch in schwierigen Zeiten Hamburg immer noch in der Lage ist, konstruktiv zusammenzuarbeiten; wenn es um das Ganze geht, finden hier alle Beteiligten die Kraft, für unsere Zukunft zu handeln. Nur so

sichern wir Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze. Das muß doch unser Anliegen sein, und zwar über alle politischen Strömungen hinweg.

C

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Wilfried Maier GAL: Herr Senator, mir vergingen gerade die Sinne. Was diese Hafencity alles bringt, ist offenkundig: Die eierlegende Wollmilchsau, von Multimedia bis Handwerkszukunft, Schifffahrt, Verbindung zu anderen Ländern, sozusagen den Schlüssel zu allem. Und wer hat den zweiten Schlüssel dazu geliefert? Man denke: Herr Rittershaus, der Mensch, der sich gerade so wunderschön gelobt hat.

(Beifall bei Elisabeth Schilling SPD)

Es war eine richtige Rede „pro mich“.

(Jan Ehlers SPD: Das können Sie ändern, indem Sie ihn auch loben!)

Jetzt zur Sache. Erstens: Wir sind für das Projekt Hafencity.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei — Dr. Holger Christier SPD: Das war doch ein gutes Schlußwort!)

Darum stimmen wir dem Gesetzentwurf zu, dieses Gebiet aus dem Hafenentwicklungsgebiet herauszunehmen.

Zweitens: Wir wollen, daß daraus keine City Süd wird und daß dieses Gebiet unter stadtentwicklungspolitischen Gesetzen entwickelt wird und nicht unter fremden Vorgaben, nämlich der Finanzierung eines ganz anderen Sachverhalts. Darum stimmen wir dem Gesetz über die Bildung des Sondervermögens *nicht* zu. Das ist überhaupt nicht ein und dieselbe Maßnahme.

D

Sie legen uns eine Drucksache vor, in der Sie zwei Sachen, die im Grunde überhaupt nichts miteinander zu tun haben, miteinander verbinden. Die eine Sache ist offenkundig beliebt — Hafencity —, die andere wird weniger geschätzt, bekommen Sie im Haushalt auch nicht richtig finanziert. Nun packen Sie beide in eine Drucksache und sagen: Das ist unser Hafencity-Projekt. Das ist Pfusch.

(Beifall bei der GAL)

Das ist ein Zusammenbinden von Sachen, die nichts miteinander zu tun haben.

Die Sache wird in einem Punkt noch ein bißchen ärgerlicher. In der Drucksache und auch im Petition unter 2.2 verlangen Sie eine Veränderung des Haushaltsbeschlusses und die Übernahme von 110 Millionen DM Kreditermächtigung an die GHS, wodurch Geschäfte, die die GHS schon getätigt hat, nachträglich finanziert werden sollen. Das heißt, diese Schulden sollen zu Lasten des Sondervermögens übernommen werden. Wir bekommen aber überhaupt keine Auskunft darüber, was im einzelnen mit diesen 110 Millionen DM passiert ist. Eine solche Haushaltsvorlage hat es in meiner vierjährigen Zeit in der Bürgerschaft nicht gegeben. Das ist ein schlichtes Überfahren des Haushaltsausschusses und des Rechts des Parlaments. Es gibt keinerlei Auskunft darüber, was da im Detail passiert ist. Mit dabei sind Grundstückskäufe in Altenwerder, die Sie uns unter der Maßgabe abverlangen: Ihr seid

(Dr. Willfried Maier GAL)

A doch für die Hafencity. Ein dreckigeres Manöver habe ich eigentlich noch nicht erlebt.

Unser Ja zu dieser Hafencity — das meinen wir ehrlich — damit zu belegen, daß gesagt wird: Ihr könnt sie aber nur bekommen, wenn ihr den schon gelaufenen Grundstücksgeschäften zustimmt, ist unglaublich. Diese bereits gelaufenen Grundstücksgeschäfte, nach denen wir gefragt und zu denen Sie die Auskunft verweigert haben, was Sie für diese Grundstücke bezahlt haben — das ist noch nicht einmal über die Bodenkommission gelaufen —, sollen jetzt im nachhinein, ohne daß darüber irgendeine Information an die Bürgerschaft geht, pauschal mit abgesichert werden. Wir verändern hier den Haushalt in einer Größenordnung von 110 Millionen DM, und es gibt darüber keine Informationen. Das stelle ich fest.

(Beifall bei der GAL)

Das hat überhaupt nichts mit Hafencity zu tun, sondern damit, daß Sie in Wirklichkeit Altenwerder nicht finanziert bekommen. Sie müssen doch jetzt wegen der Haushaltskonsolidierung den Investitionshaushalt um 100 Millionen DM kürzen, und dann wäre Altenwerder nicht mehr machbar. Das ganze Manöver ist nur dazu da, um Altenwerder nicht komplett im Haushalt und in der Finanzplanung auftauchen zu lassen, sondern um es irgendwo separat abfrühstückchen zu können — natürlich werden die Schulden der Stadt um diesen Betrag erhöht — und ihm eine Kaskierung zu geben. Denn es ist nicht zu erwarten, daß die realen Erlöse das bringen. Das haben die Experten angedeutet.

(Dieter Obermeier STATT Partei: Das stimmt doch so nicht, Herr Dr. Maier! Da wird der Kredit zurückgezahlt!)

B Selbst wenn aus dem Verkauf in vielleicht 30 Jahren Erlöse herauskämen, steht auf jeden Fall jetzt an, diese 110 Millionen DM zu bewilligen. Das ist keine saubere Haushaltspolitik und kein sauberes Vorgehen in dieser Sache. Das ist die Belastung eines Zukunftsprojekts mit einem Betonprojekt der Vergangenheit. Das stellen Sie hier finanziell so her.

(Beifall bei der GAL)

Darum bin ich gegen diese Vorlage und nicht gegen dieses Projekt. Darum stimmen wir auch dem einen Gesetzesteil zu.

Frau Duden hat die Rechenbarkeit bezweifelt. Ich gebe zu, daß es ausgesprochen schwierig ist, heute zu schätzen, welche Grundstückspreise im Jahre 2020 in der Hafencity gezahlt werden. Darum hat mich so verwundert, daß Sie in bezug auf die Verkaufserlöse viel konkretere Daten vorgelegt haben als dafür, was besser zu schätzen ist, nämlich die Aufwendungen für Erschließungen. Die Zahlen, die Sie gern niedrig hätten, könnte man viel genauer errechnen.

Aber mir geht es in Wirklichkeit nicht darum, ob jetzt genaue Zahlen möglich wären oder nicht. Ich glaube auch nicht, daß man das definitiv durchrechnen kann. Die Stadtentwicklungsbehörden aus anderen Städten, mit denen wir zu tun haben, haben uns durchgängig gesagt: Wenn wir solche Projekte gemacht haben — in Berlin oder in München die Messe, die jetzt überplant und neu gebaut wird, oder in Frankfurt der Hafen —, waren wir gut beraten, wenn wir mit plus/minus null herauskamen.

Mag sein, daß es hier anders läuft, aber warum verknüpfen Sie diese Geschichte, warum vergiften Sie die gute Sache

C mit einer anderen und stellen dann noch in einem Punkt, den Sie haushaltsrechtlich undeutlich machen, bei dem Sie das übergehen, was Gebot des Haushalts ist, diesen Zusammenhang her? Das geht nicht. Das empfinde ich bei dieser ganzen Geschichte als ein unangenehmes Manöver. Im Schatten einer im Prinzip guten Idee soll etwas über die Bühne gebracht werden, was etwas ganz anderes beinhaltet.

Herr Dietrich machte im Ausschuß die Bemerkung — sie wurde eben schon zitiert —: Man muß es auch einmal so sehen: Der Hafen gibt etwas, und der Hafen nimmt etwas. Damit wollte er die Verknüpfung mit Altenwerder darstellen. Wir sind hier Vertreterinnen und Vertreter aller Hamburgerinnen und Hamburger. Wir sind nicht diejenigen, die „der Hafen“ sind. Gehört der Hafen dem Hafen? Ich hatte bisher immer die Meinung, diese Hafenfläche sei Eigentum aller Hamburgerinnen und Hamburger und ein Gegenstand allgemeiner Politik und nicht eine Sache eines einzelnen. Wenn er sich als Verkörperung des Hafens so fühlt, habe ich nichts dagegen, aber wenn Sie diesem Gesetz so folgen, machen Sie einen schweren Fehler, diese Verknüpfung herzustellen.

Schicken Sie die Hafencity auf den Weg, das wollen wir gern mittragen, aber lösen Sie diese Verknüpfung, die wir nicht für vernünftig halten, die Sie im übrigen selber schon für Späteres möglicherweise in Frage stellen. Im Ausschuß wurden doch schon Überlegungen angestellt, ob die GHS die Geschäfte besorgen und ob man diese Verbindungen an die HHLA aufrechterhalten sollte, die auch aus Konkurrenzgründen ein bißchen schlecht recht et cetera. Alles das spielt doch eine Rolle. Sie merken ja auch, daß Sie da etwas Unsauberes machen. Stellen Sie diese Unsauberkeit ein und belasten Sie damit nicht ein wirkliches Zukunftsprojekt der Stadt mit einer trickreichen Finanzierung von etwas ganz anderem.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich der einzige Bürgerschaftsabgeordnete bin, der an allen Beratungen in den drei Ausschüssen und an der Sachverständigenanhörung teilgenommen hat. Deshalb bin ich auch in der Lage, die Argumente derer, die die Dinge kritisch hinterfragt haben, richtig gewichten zu können. In allen drei Ausschüssen gab es das Problem, daß immer wieder die gleichen Personen die gleichen Argumente vorgetragen haben, obwohl sie ihnen in der vorherigen Sitzung mit Fakten widerlegt worden sind. Herr Dr. phil. Maier, Sie sind mit Ihrer Art und Weise, wie Sie hier drei Ausschüsse redebeitragmäßig zusammenfassend behandeln, ein richtiger intellektueller Pfuscher.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in dieser Stadt mit dem Vorwurf der angeblichen Verfassungswidrigkeit dieses Sondervermögens angefangen. Dazu mußten wir Ihnen beibringen, daß das nicht so ist. Daraus abgeleitet haben Sie dann versucht, andere Punkte zu erwischen, die nun kritikwürdig sind.

Ich nehme mir einen entscheidenden Punkt heraus, den Sie hier wieder vorgetragen haben. Sie haben darauf hingewiesen, daß die GHS in einer Größenordnung von 110 Millionen DM Grundstückserwerbskosten verursacht hat,

(Werner Dobritz SPD)

- A die wir über die vorgelegte Haushaltsvorlage zurückerstat-
ten. Das erzählen Sie so, damit dabei der Eindruck ent-
steht, als ob hier ein Bereicherungsvorgang entstanden
ist.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nein!)

Dieses ist unerträglich, denn über den Grund ist Ihnen
Auskunft erteilt worden.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nein, es ist keine Auskunft
erteilt worden!)

— Sie müssen zuhören, das ist auch eines Ihrer Probleme
in den Ausschüssen.

Der Grund, diesen Weg zu gehen, lag darin, Spekulations-
vorgänge auszuschließen. Daß das eine bestimmte Vorge-
hensweise verlangt, ist doch selbstverständlich.

(Heike Sudmann GAL begibt sich zum Saalmikro-
fon)

— Bleiben Sie sitzen, Frau Sudmann.

(Alexander Porschke GAL: Dann kann man doch
jetzt informieren!)

— Ich weiß, Sie sind aufgeregt, wenn ich Ihnen darauf ant-
worte.

(Heike Sudmann GAL: Ach, Quatsch! Sie sind auf-
geregt!)

Der Senat hat über das Sondervermögen deutlich gesagt,
daß zum Wirtschaftsplan 1998, in dem natürlich die Kauf-
transaktion zwischen GHS an das Sondervermögen ent-
halten ist, ein Wirtschaftsprüfer selbstverständlich für die
Bürgerschaftsabgeordneten testiert, daß wir im Sonder-
vermögen exakt den Einstandspreis gezahlt haben, den
auch die GHS beim Erwerb dieser Grundstücke hat zahlen
müssen.

B

Es wird transparent sichergestellt, daß durch diesen Vor-
gang, Herr Porschke, keine Bereicherung erfolgt ist.

(Dr. Willfried Maier GAL: Das habe ich auch nicht
vorgeworfen! — Dr. Martin Schmidt GAL: Hat kei-
ner gesagt!)

Sie sagen, es gebe hier keinen Zusammenhang und wir
sollten Altenwerder und Hafencity wieder trennen. Es gibt
einen politischen und ökonomischen Zusammenhang,
und ich halte es für richtig, daß der auch hergestellt wird.

Nun noch zu Ihrer Behauptung, Altenwerder werde daraus
finanziert und diese Zusage stehe auf tönernen Füßen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Gucken Sie mal in den
Haushaltentwurf!)

Wenn Sie die Drucksache richtig gelesen haben, dann wis-
sen Sie, daß der Senat von Anfang an deutlich gemacht
hat, daß aus den Verkaufserlösen auch Maßnahmen von
Altenwerder mitfinanziert werden sollen und daß es nicht
auszuschließen ist, daß der Hafen später zur Refinanzie-
rung einer möglichen Finanzierungslücke einen weiteren
Beitrag leisten muß. Dies ist in aller Offenheit und Deutlich-
keit zur Kostenfrage gesagt worden. Sie stellen sich hier
wieder hin und versuchen, einen anderen Eindruck zu er-
wecken.

Drei Ausschußsitzungen und die Sachverständigenan-
hörung haben gezeigt, daß der Zusammenhang herstell-

bar ist und daß es auch vernünftig ist, ihn in diesem Zu-
sammenhang herzustellen. Sie haben im übrigen eines
deutlich gemacht: Wir beschließen heute ein Sonderver-
mögen und tun damit nichts anderes, als am Anfang eines
ganz langen Prozesses die juristischen und die ökonomi-
schen Grundlagen für diesen Prozeß zu legen. Da muß
man sich am Anfang entscheiden.

Wenn man die Politik der CDU in Hamburg in den letzten
25 Jahre verfolgt hat, Herr Reinert, kann man sagen, daß
sie bei allen großen Entscheidungen — Congress Cen-
trum, Airbus oder Hafencity — vor lauter Verzweiflung, ob
Sie zustimmen oder ablehnen sollten, solange auf dem
Finger herumgenuckelt hat, bis er völlig zerkaut war. Die
CDU hat jedesmal vor lauter Verzweiflung zwischen Ableh-
nung und Stimmenthaltung geschwankt und alle großen
Entscheidungen dieser Stadt in der Opposition verpennt.

(Beifall bei der SPD — Bernd Reinert CDU: Sie ha-
ben sie blockiert!)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Herr Präsident, meine
Damen und Herren! Leider hat Herr Dobritz mir schon ein-
nen Teil vorweggenommen. Ich wollte mich auch noch ein-
mal ganz liebevoll der CDU zuwenden

(Bernd Reinert CDU: Keine Drohungen!)

und daran anknüpfen, daß wir heute die Bürgerschaftssit-
zung mit der Aktuellen Stunde und dem Thema „Statt klar-
rer Entscheidungen vor der Wahl — Vertröstungen auf
nach der Wahl“ begonnen haben. Was war der Tenor der
ganzen Debattenbeiträge der CDU? Warum diese Hetze?

(Barbara Ahrons CDU: Es geht ja nicht um klare
Entscheidungen!)

Bei dem Thema Hafenenwicklung ist das keine Ausnah-
me. Als wir mitten in dieser Legislaturperiode die Bezirks-
verwaltungsreform — zwar nicht über Nacht, aber sehr zü-
gig — beraten wollten, kam die gleiche Verdächtigung:
Warum diese Hetze? Wir möchten gründlich beraten. Sie
haben alles getan, um die Beratungen in die Länge zu zie-
hen. Ist das der Anspruch der Christlich Demokratischen
Union zu Hamburg?

Herr Kruse, lassen Sie mich ehrlich zu Ihnen sprechen; die
anderen mögen nicht zuhören. Heute hat für mich ein
Stück Glaubwürdigkeit von Ihnen gelitten, denn der ehe-
malige Vorstandssprecher von Hapag-Lloyd hätte in ein-
em anderen Kreis eine völlig andere Rede gehalten.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Ich möchte nicht vom Herrn Präsidenten abgemahnt wer-
den und will mich daher hüten zu sagen, daß das eine
zweigespaltene Denkweise ist.

(Uwe Grund SPD: Schizophrenie ist eine Krank-
heit, das darf man sagen!)

— Das haben Sie gesagt.

Das kann es nicht sein, denn in Ihren Kreisen, in denen Sie
typischerweise verkehren, ist eine völlig andere Denkwei-
se angesagt. Da ist die Idee von Herrn Voscherau nach wie
vor in und wird hoch gefeiert. Ich bin davon überzeugt, daß
Sie anders denken, wenn Sie heute abend in diese Kreise
gehen würden.

C

D

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

A Was vermag die CDU-Fraktion all dem entgegenzusetzen, nachdem sie sich seinerzeit vier Tage in tiefe Beratung zurückgezogen hat? Es kommen Kalauer wie die Verlagerung des Flughafens nach Kaltenkirchen, obwohl Sie wissen, warum der Flughafen dort nicht hinkommt, nämlich nicht, weil Hamburg es nicht will, sondern weil Schleswig-Holstein es nicht will. Warum behaupten Sie so etwas gegen besseres Wissen? Und warum wollen Sie die Ost-West-Straße untertunneln, obwohl Sie wissen, daß das absolut nicht geht.

Ich weiß nicht, liebe Frau Sudmann, warum das Gegenargument nicht totzukriegen ist, daß die Schulen, die Kindergärten und andere Infrastrukturmaßnahmen nicht in der Rechnung enthalten sind.

(Heike Sudmann GAL: Das hat der Senat selbst gesagt!)

Da kritisiere ich alle, weil darin ein Denkfehler steckt.

(Heike Sudmann GAL begibt sich zum Saalmikrofon)

— Setzen Sie sich, Frau Sudmann, Sie können sich das sparen. Auch bei mir können Sie keinen Fuß auf die Erde bekommen. Wenn Sie das zur Gymnastik brauchen, erkenne ich das an. Ich würde das manchmal auch gern tun, aber ansonsten sparen Sie sich das.

(Heike Sudmann GAL: Nein, nein, Ihre Sachen sind unrichtig!)

Sie wissen genau, daß Infrastrukturvorhaben wie beispielsweise Schulen und Kindergärten im Etat der BSJB enthalten sind.

B (Dr. Martin Schmidt GAL: Ach! — Zuruf von Heike Sudmann GAL)

— Ruhig, Adrenalin runter.

Fallbezogen — einmal für Neu Allermöhe-West, einmal für dieses Vorhaben, mal für jenes, je nachdem, wo man in Hamburg siedelt — wird Frau Raab Geld ausgeben.

(Susanne Uhl GAL: Darauf kommen wir irgendwann noch mal zurück!)

Wenn eines Tages in der Hafencity gesiedelt wird, wird Frau Raab, ihr Nachfolger oder ihre Nachfolgerin dafür Geld einstellen, aber es wird nur eine Verteilung der Gelder sein. Aber die Schulbehörde hat einen großen Etat. Das wird nicht im Etat der Stadtentwicklungsbehörde und auch nicht im Sondervermögen sein, sondern das werden Sie im Etat der Schulbehörde wiederfinden.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wo kommt das denn her?)

Das kommt nicht on top, sondern das ist Bestandteil der Mittel.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Reichert, zu Ihrer Logik: Warum nehmen Sie die Straßen nicht zur Baubehörde?

(Heike Sudmann GAL: Genau!)

Warum machen Sie überhaupt ein Sondervermögen?

(Beifall bei der GAL)

Darüber kann man sich lange streiten.

(Walter Zuckerer SPD: Im Etat der Baubehörde sind die Radwege schon drin!)

Mich interessiert jetzt Herr Dobritz, der behauptet hat, ich hätte hier geäußert, es seien Bereicherungsvorgänge in Verdacht.

(Werner Dobritz CDU: Sie haben den Eindruck erweckt!)

Das habe ich hier nicht geäußert, obwohl Sie es mir gerade unterstellt haben. Ich habe das nicht gesagt und erhebe einen solchen Verdacht auch nicht.

Was den Haushalt betrifft, bekommen wir nachher ein Testat eines Wirtschaftsprüfers. Das mag schon sein. Daß wir hier aber einen politischen Vorgang im Hinblick auf die einzelnen Käufe zu bewerten haben, wird Ihnen nicht ganz unzugänglich sein. Der Gedanke hat uns nicht gefreut, mit welcher hohen Beträgen Sie nach unserer Vermutung in Altenwerder Leute herausgekauft haben, um das dortige Projekt durchzuführen, und daß Sie es heimlich über eine Tochtergesellschaft der Stadt an der Kommission für Bodenordnung und der Bürgerschaft vorbei gemacht haben. Sie werden auch zugeben, daß es ein schlichter Trick ist, wenn Sie sich im nachhinein das Geschäftsgebaren der Tochtergesellschaft haben pauschal absegnen lassen. Dann sagen Sie mir, ich sei ein intellektueller Durchbrenner, weil ich von einem Trick spreche. Das ist ein Trick.

Zur Frage der Finanzierung sagt der Senat, Altenwerder solle nur Finanzierungsbeiträge leisten. Im Finanzbericht finden Sie mehrfach die Formulierung, daß die Finanzierung Altenwerders — und zwar als Komplettfinanzierung — über das Sondervermögen laufen soll. Außer den bisher eingestellten 69 oder 89 Millionen DM — das fällt mir jetzt nicht genau ein —, die ohnehin im Finanzbericht stehen, ist nichts Neues eingestellt worden. Sie könnten in den nächsten Jahren die restlichen 400 Millionen DM im Haushalt nicht mehr erbringen, ohne daß Ortwin Rundes Haushaltskalkulation mit 100 Millionen DM Einsparungen bei den Investitionen völlig in die Grütze gingen. Das heißt, Sie schaffen ein Sondervermögen und decken das damit, daß Sie es mit einem Sondervermögen in ganz anderer Angelegenheit verknüpfen. Dann sagen Sie, das fänden Sie logisch. Das ist aber nur unter dem Gesichtspunkt der Machterhaltung der SPD logisch, sonst nicht.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Kruse.

Hans Jakob Kruse CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reichert! Ich glaube, wir haben uns nicht so ganz verstanden,

(Karin Rogalski SPD: Ich glaube, daß er Sie gut verstanden hat!)

Sie mich nicht und vielleicht auch nicht die CDU. Wir sind natürlich seit Jahren für Altenwerder. Niemals wurde hier ein Mißton gehört oder fehlte eine Unterstützung für dieses Projekt. Das würde dem Geist widersprechen, der hier sonst gelegentlich zutage tritt.

(Dr. Achim Reichert STATT Partei: Habe ich aber nicht behauptet, lieber Herr Kruse!)

Wir sind auch für das Projekt Hafencity. Das ist etwas Vernünftiges, dem man sich nicht entziehen kann.

C

D

(Hans Jakob Kruse CDU)

A (Beifall bei der SPD und der STATT Partei — *Jan Ehlers SPD*: Das mußte mal gesagt werden!)

Hören Sie das zum ersten Mal? Dann waren wir bei der ersten Darstellung vielleicht nicht langatmig genug. Wir klappern nur nach, was Sie in Rotterdam, in Amsterdam, in London, in Le Havre, in Barcelona, in New York, in Singapur, in Hongkong, Tokio schon alles sehen können. Nicht alles wurde mit Erfolg gekrönt, und für Hamburg paßt das natürlich. Dagegen sprechen wir uns nicht aus.

(*Dr. Achim Reichert STATT Partei*: Stimmen Sie also gleich zu!)

— Herr Reichert, ich bin ein einfacher Kaufmann. Wenn ich eine feste Investitionsverpflichtung und -absicht von einer halben Milliarde Mark habe und ich wäre in einen Aufsichtsrat eines nicht unbekanntes Unternehmens gekommen

(*Walter Zuckerer SPD*: Aber Sie waren nie im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, Herr Kruse! — *Dieter Obermeier STATT Partei*: ... würden Sie eine Kapitalerhöhung machen!)

— nein — und wollte diese mit Gegenfinanzierung durch luftige, langfristige Erwartung beleihen lassen, dann hätte ich, wenn ich Glück gehabt hätte, ein ganz großes Gelächter geerntet, mehr nicht.

(*Jens Peter Petersen SPD*: Es sei denn, Sie hätten Schneider geheißt!)

Kurz und knapp zusammengefaßt: Wir sind natürlich für Altenwerder und für die Hafencity. Nur die windige Gegenfinanzierungskonstruktion steht nach unserer Meinung nicht im Einklang mit einer soliden Finanzpolitik, wie sie hier gelegentlich verfolgt werden sollte.

B (*Dieter Obermeier STATT Partei*: Machen Sie Ihren Finanzierungsvorschlag!)

— Haben Sie mich nun verstanden? Immer noch nicht. Länger kann ich nun nicht reden, dann läuft mir die Zeit ab. — Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann GAL: Ein Wort zu den Plausibilitätsberechnungen. Der Erste Bürgermeister konnte an der Anhörung nicht teilnehmen, weil er dem „Haluzi Irgendwas“ irgendeines Sängers folgen mußte. Sie hätten sonst mitbekommen, daß die Sachverständigen, die selbst größere Gebiete entwickelt haben, gesagt haben, daß es durchaus möglich sei, für ein solches Gebiet zum heutigen Zeitpunkt ohne städtebauliche Planung Modellrechnungen zu machen. Es war nicht die Rede von zwei Wochen, Es wäre also durchaus möglich gewesen, das im Rahmen der sechs Jahre, in denen Sie daran geplant haben, vorzulegen. Das ist nicht geschehen. Wir haben aber, lieber Herr Dobritz, drei Ausschüsse und eine Anhörung gehabt. Das scheint bei Ihnen aber nichts gebracht zu haben. Anwesenheit allein reicht also nicht, sonst hätten Sie mitbekommen, Herr Dobritz, daß die Sachverständigen eine kritische Würdigung sowohl des Sondervermögens als auch der Konstruktion mit der GHS gemacht haben.

(*Werner Dobritz CDU*: Die drei Eingeflogenen! — *Dieter Obermeier STATT Partei*: Das stimmt doch

gar nicht, Frau Sudmann! Sie müssen auch einmal C zuhören!)

Der einzige Sachverständige, der das nicht kritisiert hat, war Herr Dietrich. Das ist nicht erstaunlich, weil Herr Dietrich wohl als HHLA-Chef kaum Interesse an dieser Kritik hat.

Eindeutig wurde aber klar — ich zitiere gern den Kollegen aus Frankfurt —, daß man mit der Konstruktion, die Sie heute beschließen wollen, bei der die GHS das Sondervermögen verwaltet — von mir aus auch nur zu einer Anfangszeit —, den Bock zum Gärtner machen würde. Falls Sie dieses Sprichwort nicht verstehen, sage ich das noch etwas deutlicher: Es ist genauso, als wenn Sie sagen, Dracula soll ihre Blutbank verwalten. Das kann es doch nicht sein. Deshalb sind Sie hier einem Fehler aufgesessen.

Das einzige, was ich mittlerweile in den Ausschüssen registriert habe, ist, daß Sie unsere Kritik verstanden haben. Jetzt sagen Sie nämlich im Ausschuß, okay, das mit der GHS soll nicht solange dauern. Ich sehe, daß sich bei Ihnen etwas bewegt. Vielleicht sollten wir ein bißchen länger warten, dann bewegt sich noch mehr und Sie kommen auch zu den richtigen Erkenntnissen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Bürgermeister Dr. Voscherau.

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kruse, ich wollte Ihre Ausführungen gerne positiv aufnehmen und zunächst klarstellen, daß wir uns nicht in einem Aufsichtsrat befinden, sondern die gewählten Volksvertreter sind, die heutzutage von Aufsichtsräten und auch vom Bundespräsidenten unter Feuer genommen werden, der sagt, daß ein „Ruck“ durch das Volk gehen soll. Wie sagte Präses Asche bei der vorletzten Jahresschlußversammlung? „Zuversicht ist Pflicht.“ Daran möchte ich Sie jetzt erinnern.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Oder noch etwas volkstümlicher: „Frisch gewagt, ist halb gewonnen“, jedenfalls halb.

(*Sabine Boehlich GAL*: Da sind Sie ja mit Herrn Hunke schon auf einer Linie!)

— Ja, Herr Hunke hat auch den HSV saniert. Was haben Sie dagegen?

(Heiterkeit bei der SPD und Beifall bei der STATT Partei)

An die Öffentlichkeit, aber vielleicht auch an alle Mitglieder des Hauses gerichtet, möchte ich einen Aha-Effekt, den ich eben gehabt habe, nicht verschweigen. Wenn man von rechts und links die Reden zu diesem doppelten Projekt hörte, so konnte man sich des Eindrucks nicht völlig verschließen, daß der eine Teil, die Hafencity, eine sehr breite Mehrheit hat, weil die GAL gesagt hat, sie sei dafür, und der andere Teil, Altenwerder, eine noch viel breitere Mehrheit, weil die CDU gesagt hat, sie sei dafür.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das war doch vorher bekannt!)

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau)

A Beinahe könnte man auf die Idee kommen, daß man in einem solchen Haus als Minderheitssenat sehr komfortabel regieren könnte.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Reichert, mein Kollege Herr Kruse hat vorhin ganz klare Worte gesprochen. Sie haben dann mit einem Wenn, Wäre, Würde argumentiert und ihm daraufhin eine gesplattene Persönlichkeit unterstellt. Das ist perfide.

(Beifall bei der CDU)

Das fällt auf Sie genauso zurück wie der Rest Ihrer Argumentation, den Sie damit auch schon entwertet haben.

Nach jahrelangem Entscheidungsstau — da stehen wir wieder am Anfang des heutigen Tages — bekommen wir eine Vorlage auf den Tisch nach dem Motto: Friß, Vogel, oder stirb, guck bitte nicht zwischen die Zeilen, versuche nicht, kritische Fragen zu stellen, einfach abnicken. Nein, wir sind hier — noch — Opposition, und solange wir das sind, kontrollieren wir den Senat, ob es Ihnen paßt oder nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL — *Walter Zuckerer* SPD: Eben nicht!)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

B **Dr. Willfried Maier** GAL: Eine ganz kurze Bemerkung zu Herrn Voscheraus Erkenntnis bezüglich der Minderheitsregierung. Sie haben in dieser Angelegenheit recht, mit einem Teil könnten Sie Altenwerder und mit dem anderen die Hafencity realisieren. Nur, wissen Sie, was Sie dann machen müßten? Sie müßten die Verknüpfung lösen, die Sie jetzt zwischen beiden herzustellen versuchen und die gerade der Trick ist, mit dem Sie politisch ganz Widersprüchliches in einen Verbindungszusammenhang bringen, um die Leute irre zu machen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen entsprechend dem Ausschußpetitum und den zugegangenen übrigen Anträgen zu einer etwas längeren Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion 15/7944 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit beachtlicher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu den Ausschußempfehlungen auf Seite 8 des Berichts des Stadtentwicklungsausschusses, über die wir ziffernweise abstimmen werden.

Von Ziffer 1.1 haben wir Kenntnis genommen. Dann kommen die Ziffern 1.2.1.1 und 1.2.1.2 der Ausschußempfehlung. Wer hier der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von der GAL: Wir möchten getrennt abstimmen!)

— Sie möchten also auch über diese beiden Ziffern getrennt abstimmen? Ich habe verstanden, was Sie gesagt haben.

Ich trete erneut in die Abstimmung ein.

Wer die Ziffer 1.2.1.1 ...

(Zurufe von der GAL)

Meine Damen und Herren! Deswegen habe ich das nicht umsonst gesagt. Es handelt sich um Seite 8, römisch fünf, und beginnt mit einer arabischen eins. Dann geht es weiter mit 1.1. Das haben wir erledigt. Wir sind bei Ziffer 1.2 und bei den Unterpunkten 1.2.1 und 1.2.3. Hierüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer diese Gesetze so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Zweiter Bürgermeister Dr. Erhard Rittershaus: Ja!)

— Gibt es dagegen Widerspruch aus dem Hause? — Das sehe ich nicht. Wer den soeben beschlossenen Gesetzen in zweiter Lesung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist in zweiter Lesung ebenfalls mit Mehrheit und damit endgültig beschlossen.

Wir stimmen über die Ausschußempfehlung 1.2.2, Seite 10, ab. Wer diese Entscheidung wie im Ausschuß auch hier fällen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Da es sich um eine Änderung des Haushaltsbeschlusses handelt, bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Ja!)

— Das ist der Fall. Aus der Bürgerschaft sehe ich keinen Widerspruch. D

Wer den soeben gefaßten Beschluß zum Haushalt auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Wir kommen zur Seite 11, Ziffer 2. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Wer den Haushaltsbeschluß 1997 im Sinne der Empfehlung aus der Ziffer 3.2.1 beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit Mehrheit beschlossen. Da es sich auch hier um eine Änderung zum Haushaltsplan handelt, bedarf es einer sofortigen zweiten Lesung.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Ja!)

— Der Senat stimmt ihr zu. Aus der Bürgerschaft höre ich keinen Widerspruch. Wer den soeben in erster Lesung gefaßten Beschluß auch in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Auch das ist mit Mehrheit in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Ich lasse sicherheitshalber über die Ziffer 3.2.2 auf Seite 12 abstimmen. Wer hier wie die Empfehlung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Da das auch haushaltsbezogen ist, bedarf es auch hier einer sofortigen zweiten Lesung.

(Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau: Ja!)

(Vizepräsident Rolf Kruse)

A — Der Senat stimmt zu. Aus dem Hause sehe ich keinen Widerspruch. Wer den soeben in erster Lesung gefaßten Beschluß auch in zweiter Lesung fassen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Auch dies ist in zweiter Lesung und damit endgültig geschehen.

Von der übrigen Drucksache und von der Drucksache 15/7461 haben wir Kenntnis genommen.

Ein Hinweis an die Ausschüsse: Es ist nicht einfach, über einen Bericht mit Ziffern abzustimmen, weil sie schwerer zuzuordnen sind als durchgehende Buchstaben. Die Punkterei führt erkennbar zu Mißverständnissen.

Ich rufe Punkt 29 der Tagesordnung auf: Senatsmitteilung zur Belastung der Justiz: Drucksache 15/7871.

**[Senatsvorlage:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 21./22. Mai 1997
(Drucksache 15/7373) — Belastung der Justiz
— Drucksache 15/7871 —]**

Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ohne Debattenanmeldung würden Sie, Herr Präsident, gleich zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt haben: „Die Bürgerschaft soll Kenntnis nehmen. Sie hat es hiermit getan.“ Das wohlwissend, daß der Inhalt der sechsendsechzigseitigen Drucksache nicht in diesem Moment quasi mit einem Nürnberger Trichter in unsere Köpfe rutscht und daß — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — allenfalls die Mitglieder des Rechtsausschusses die Drucksache gelesen haben oder noch lesen werden.

B

Das aber hat dieses Thema nicht verdient. Der Reformprozeß gerade in der Justiz braucht die Unterstützung der Politik. Unsachliche Presseberichte wie der einer ansonsten von mir hochgeschätzten Tageszeitung über den Umzug der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft vom Kapstadtring in die Innenstadt, Überschrift: „Dieser Umzug ist Schwachsinn“, ist dabei ebenso wenig hilfreich wie die anschließende Kommentierung des Spitzenkandidaten der CDU, der von einem offensichtlichen Schildbürgerstreich spricht und ein Gesamtkonzept anfordert, das es natürlich gibt.

Es kann doch nicht angehen, daß man sich Äußerungen von drei in der Nähe ihres derzeitigen Arbeitsortes wohnenden Staatsanwälten zu eigen macht und in den Hintergrund drängt, daß dies eine Teilmaßnahme im Rahmen eines Gesamtkonzepts der Staatsanwaltschaft auf der Basis von Empfehlungen einer angesehenen Unternehmensberatung ist, und an dem Punkt — im übrigen mit dem Personalrat abgestimmt —, daß die Staatsanwälte in neue Räume kommen, von deren Standard die anderen Kollegen nur träumen können, und einzelnen Möbelstücken, die aufgrund eines anderen Grundrisses nicht übernommen und ausgetauscht werden müssen, die ganze Kritik festmacht.

Neben der Polizei steht die Arbeit der Justiz im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit und Kritik. Es gehört meines Erachtens fast schon zu einer bürgerschaftlichen Allgemeinbildung, wenigstens grob zu wissen, was in Anknüpfung an die breit diskutierte und in weitgehender Umsetzung befindliche Reform der öffentlichen Verwaltung an

Reformen oder Modernisierungsvorhaben im Bereich der Justiz geschieht. C

Der dem Reformvorhaben zugrundeliegende Leidensdruck ist nicht neu. Für um so lobenswerter halte ich es, daß ausgerechnet ein Senator, dem zunächst nur eine zweijährige Amtszeit zur Verfügung steht, keinen bequemen Weg gewählt hat, diese zwei Jahre mit Anstand über die Runden zu bringen, sondern den denkbar unbequemsten, den man sich vorstellen kann.

Schließlich ist Justiz in dem Verständnis Gerichte und Staatsanwaltschaften nicht irgendeine Verwaltungseinheit, ist nicht Bestandteil der Exekutive, sondern ist die mit hoher verfassungsmäßiger Unabhängigkeit ausgestattete dritte Gewalt im Staate, die im Laufe von Jahrzehnten über die verfassungsmäßig gewollte Unabhängigkeit der Rechtsprechung zunehmend auch die gesamte Organisationsgewalt für sich reklamiert hat.

Auch die Staatsanwaltschaft, die von unserer Verfassung mit diesem Privileg nicht ausgestattet ist, hat sich heute ein hohes Maß an Unabhängigkeit erkämpft. Unabhängig davon, wie man zu dieser Entwicklung steht, ist es für einen Justizsenator oder Justizminister ein Gebot der Vernunft, diese Dinge sehr behutsam und ausschließlich auf dem Überzeugungswege anzugehen.

Daher wird in dem Projekt nicht nur auf die Überzeugung der obersten Führungsebene, sondern auch auf die Einbeziehung der Mitarbeiter großer Wert gelegt. Wenn das wirklich gelingt, so ist das schon die halbe Miete.

Mich freut die Aussage in der Senatsdrucksache, daß die Einsicht zunimmt, daß auch richterliche Tätigkeit auf die verfügbaren Ressourcen Rücksicht nehmen und mit ihnen sparsam umgehen muß. Die Zeiten sind um, in denen für höhere Belastungen mehr Personal zur Verfügung gestellt werden konnte. Solche Bedarfe sind nur noch durch Rationalisierungsmaßnahmen zu finanzieren. Die Krise als Chance zu begreifen, finde ich einen guten Appell in der Einführungsrede des Justizsenators an die Projektbeteiligten. D

Die Senatsmitteilung stellt klar, daß es bei „Justiz 2000“ um ein modernes Justizmanagement, um eine Verbesserung der Ablauforganisation und um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Arbeit geht. Die spruchrichterliche Tätigkeit selbst kann natürlich nicht Gegenstand einer Organisationsreform sein. Es ist aber umgekehrt nicht tabu und wird meines Erachtens auch so kommen, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Justiz die Qualität ihrer Arbeit verbessert, zum Beispiel die Informationsbasis für die Rechtsprechung, durch zeitnähere Urteile ihre Akzeptanz und im Bereich des Strafrechts auch ihre abschreckende Wirkung eher entfaltet. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Weise.

Helga Weise SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute möchte ich einmal ganz unbescheiden sein und auch unseren Part an der Justizreform reklamieren.

Wir haben schon von Entlastung der Justiz gesprochen, als andere noch meinten, es sei die bessere Taktik, über die Belastung der Justiz zu klagen, um ein Stück vom Kuchen zu bekommen. Schon vor Jahren haben wir die Mo-

(Helga Weise SPD)

- A dennisierung des verkrusteten Justizapparates und eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen gefordert.

(Manfred Mahr GAL: Sie waren doch in der Regierung!)

Vor zwei Jahren trat dann ein neuer Justizsenator ins Amt, der unter der eingängigen Bezeichnung „Justiz 2000“ einen Namen für das Kind prägte. Die Notwendigkeit des Strukturwandels lag in der Luft und war fällig, und es ist auch höchste Zeit, daß sich etwas ändert.

In der SPD wird das Thema unter der Formel „Justiz zwischen Spardruck und Reformangst“ diskutiert. Wir wünschen uns in Hamburg eine Justiz, die offensiv an die Reformen herangeht. Es ist müßig zu spekulieren, ob erst der massive Spardruck die Justiz zu Reformen zwingt oder ob bei einer anderen Haushaltslage die Bürger — also die Justizverbraucher — nicht sowieso eine effiziente und kundenfreundliche dritte Gewalt eingefordert hätten.

„Justiz 2000“ umfaßt als Konzept viele einzelne Punkte. Zum Beispiel soll die Budgetierung dazu führen — dazu ist sie auch in der Lage —, daß Geld sinnvoller ausgegeben wird. Durch die Flexibilisierung der Mittel kann an manchen Stellen Geld gespart werden, die Ressourcen können besser ausgenutzt werden.

Die Zeit rast, und mit Verwunderung registriere ich, daß schon ein Jahr vergangen ist, seit „Justiz 2000“ proklamiert worden ist. Die Umsetzung läuft an. Zusätzlich zu den vielen technischen Neuerungen und Vereinfachungen der Arbeitsabläufe ist ein Umdenken der Mitarbeiter in der Justiz erforderlich. Solange es noch Gerichte gibt, die sich nicht als Dienstleistende und den Bürger als den Kunden und nicht als Bittsteller sehen, wird es auch immer wieder über lange Verfahren und Urteile geben, die für den normal Sterblichen nicht verständlich sind.

B

Ich habe zwar nur wenig Einblick, habe aber zum Beispiel bei diesen wenigen Einblicken ins Gerichtsinne mitbekommen, daß es offenbar noch Gerichte gibt, die sich keinerlei Gedanken darüber machen, wieviel Geld und Zeit eine von ihnen angeordnete Verfahrensmaßnahme kostet. Hier täte Transparenz not.

Die Reform der Justiz muß in den Köpfen der Richterinnen und Richter stattfinden. Es ist die Aufgabe der Führungskräfte, den Reformgeist innerhalb der Justiz zu wecken und ihn am Leben zu erhalten. Eine Akzeptanz für die Neuerungen kann nur durch Aufklärung erzielt werden. Bei den Mitarbeitern muß die Einsicht erreicht werden, daß die Reformen sinnvoll und notwendig sind und letztlich auch ihre Arbeitsplätze sichern. Denn der Bürger könnte sonst auf andere, nämlich auf private, Formen der Konfliktregulierung umschwenken, wenn der Service der Zivilgerichte nicht mehr standhält.

An dieser Stelle möchte ich an dem vorgelegten Papier eine Kritik aussprechen, das ansonsten sehr umfangreich ist und mir auch sehr gut gefällt. Es fehlen darin zwei Gerichtsbarkeiten, die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. Diese ressortieren zwar bei einer anderen Behörde, aber der Senat hat uns diesen Bericht als Ganzes vorgelegt, so daß das noch nachgereicht werden müßte. „Justiz 2000“ muß eine verbraucherfreundliche Justiz sein!

Ich muß noch eine zweite Kritik anfügen. Wir haben leider noch immer keine Antwort auf unser Ersuchen „Bürgerfreundliche Justiz“, Drucksache 15/6617, erhalten. Zum zweiten Mal wurde uns im Haushaltsplan-Entwurf mitge-

teilt, daß es keine Statistiken oder sonstigen Erhebungen darüber gibt, wie lange beispielsweise ein durchschnittliches Gerichtsverfahren dauert. Daß die Justiz in dieser Hinsicht zur Selbstkontrolle noch nicht fähig ist, bedauere ich.

C

Ebenso steht noch die Antwort auf unser Ersuchen zur Modernisierung der Staatsanwaltschaft aus.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß möchte ich noch einmal einen Ausruf des Präsidenten der Anwaltskammer wiederholen, den er an die Justiz in Hamburg gerichtet hat: Modernisiert euch!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor einem Jahr, im August 1996, fand in der Bürgerschaft eine große Anhörung zur Belastung der Justiz statt. Das Ergebnis war alles in allem unbefriedigend, um nicht zu sagen deprimierend. Es wurde deutlich, daß insbesondere im Bereich der Strafgerichtsbarkeit wegen der Großverfahren einige landgerichtliche Kammern über Jahre austerminiert sind. Die Zustände in der Mahnabteilung des Amtsgerichts sind geradezu sprichwörtlich; es dauert sehr viele Monate, bis man den beantragten Titel bekommt, es sei denn, man ist „Großabnehmer“ wie der Otto-Versand, für die es schnell geht. Aber ein normaler Anwalt braucht viele Monate, bis er für seinen Mandanten den Titel erwirkt hat.

Es wurden die langen Fristen für die Eintragung im Handelsregister und im Grundbuch beklagt, genauso wie lange Fristen in Nachlaß- und Vormundschaftsangelegenheiten.

D

Vom Generalstaatsanwalt wurde deutlich zu erkennen gegeben, daß bei der Staatsanwaltschaft die Uhr fünf Minuten vor zwölf ist, man kann auch sagen, „Land unter“ herrscht. Die Zustände bei der Staatsanwaltschaft sind dadurch geprägt, daß eine Vielzahl von verschiedenen Büros auf verschiedene Stadtteile verstreut sind. Daß das Nachteile mit sich bringt, liegt auf der Hand.

Auch der nichtrichterliche Dienst hat sich beklagt.

Insgesamt wurde deutlich, daß die Situation der Justiz erschreckend ist. Seit diesem einen Jahr hat sich nichts verbessert. Gestern stand in der „Welt“ ein Interview der drei wichtigen Gerichtspräsidenten. Darin wurde zum Beispiel der Präsident des Amtsgerichts, Herr Metzinger, zitiert, daß es ihm peinlich sei, ständig renommierten Rechtsanwälten mitteilen zu müssen, warum es sich in Hamburg über Monate hinziehe, bis man einen Mahnbescheid erwirkt.

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Wobei er sich auch mal fragen muß, ob es vielleicht an ihm liegt!)

— Ob es an ihm liegt, weiß ich nicht, ich weiß nur, daß er inzwischen dazu übergegangen ist, Dienstaufsichtsbeschwerden mit Formschriften zu beantworten. Das ist natürlich ein Zeichen von Resignation. Insgesamt ist die Lage der Justiz — ich habe es schon einmal gesagt — erschreckend.

Das Ganze ist — das dürfen wir nicht vergessen — auch ein Standortfaktor. Eine Justiz, die nicht so funktioniert, wie es sein sollte, ist ein Standortnachteil. Arbeitsabläufe

(Heino Vahldieck CDU)

- A und Technikausstattung sind unbefriedigend. Verglichen mit vergleichbaren Großorganisationen der freien Wirtschaft kann man geradezu davon sprechen, daß sich die Arbeitsabläufe und der Technikeinsatz in einem archaischen Zustand befinden.

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Wenn man sich die Planungen der Kooperationspartner von vor vier Jahren ansieht und das Ergebnis von 1997 betrachtet, dann reicht das nicht ganz. In der Kooperationsvereinbarung heißt es wörtlich:

„Die Leistungsfähigkeit der Justiz und des Strafvollzugs wird durch bauliche und organisatorische Maßnahmen verbessert.“

Sehr kurz, sehr bündig, nicht eingehalten.

In der Regierungserklärung von Bürgermeister Voscherau heißt es auf Seite 20:

„Auch die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, der Strafvollzug müssen in ihrer Funktionalität gesichert werden.“

Recht hat er.

„Nur eine funktionsgerecht ausgestattete dritte Gewalt kann die ihr von der Verfassung, von der gewaltenteiligen Verfassungsordnung zugewiesene Aufgabe erfüllen, den Rechtsstaat zuverlässig zu schützen und zu sichern, den Rechtsfrieden zu wahren.“

Wie so oft, der Bürgermeister hat recht, nur wie so oft, es ist nichts von dem eingetreten, was versprochen worden ist. Insofern kommen wir wieder zum ersten Punkt in der Aktuellen Stunde: Es wird viel versprochen, aber wenig gehalten.

B

(Dr. Achim Reichert STATT Partei: Könnte es sein, daß Sie Wahrnehmungsprobleme haben, Herr Vahldieck?)

— Nein, das kann nicht sein, denn ich habe das referiert, was in der Anhörung „Belastung der Justiz“ vorgetragen wurde, und ich habe nicht den Eindruck, daß sich das im vergangenen Jahr verbessert hat.

Zugegebenermaßen gibt es jetzt hektische Aktivitäten. Es wird versucht, ein sogenanntes Schnellstverfahren zu installieren, das darauf basiert, daß es nunmehr die Möglichkeit der Hauptverhandlungshaft geben soll, ein Instrument, dem dieser Senat in den Bundesratsberatungen vor einigen Monaten widersprochen hat. Nun bedient man sich dieses Instruments, und jetzt sind sogar zwei Mitglieder des Senats, der Präsident des Senats und der Justizsenator, der Meinung, sie seien die Erfinder dieser Angelegenheit. Das alles paßt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Das Vertrauen in die Justiz ist ein hohes Gut. Ich glaube, im Prinzip besteht immer noch Vertrauen in die Institution Justiz, nur ist es im Schwinden begriffen. Denn wer die Erfahrung gemacht hat, daß es Monate dauert, bis man einen Titel, den angestrebten Mahnbescheid bekommt, dessen Vertrauen in die Justiz wird eher schwinden als steigen.

Insofern ist es natürlich gut und richtig, daß sich die Justizbehörde Gedanken gemacht und dieses Projekt „Justiz 2000“ in die Wege geleitet hat. Wir werden die Arbeit an

diesem Projekt aufmerksam und kritisch verfolgen. Wir sind der Auffassung, daß darin richtige Ansätze enthalten sind. Nur — das muß man am Ende einer Legislaturperiode sagen — der Erfolg in dieser Legislatur war nicht gegeben. Man kann es auch in der Lehrerdiktion sagen: Klassenziel verfehlt. — Vielen Dank.

C

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die am 15. August 1996 vom Rechtsausschuß durchgeführte Anhörung von Sachverständigen und Auskunftspersonen hat auch nach Ansicht der GAL-Fraktion einen tiefen Einblick in die schwierige Lage der Justiz vermittelt. Über Jahre, Frau Weise, hat es der SPD-Senat versäumt, Innovationsprozesse in Gang zu setzen. Zu Recht hat Senator Hoffmann-Riem wiederholt darauf hingewiesen, daß zum Beispiel die Arbeitsabläufe bei den Gerichten zu umständlich seien, daß es zu lange dauert, bis die Akten da ankommen, wo sie bearbeitet werden sollen.

Der Bericht der Justizbehörde vermittelt den Eindruck eines abgerundeten Reformprojekts, das in der Justiz weitgehend umstritten sei. Doch dies ist mitnichten der Fall.

Es wurde schon angesprochen: Die kürzlich lancierten Meldungen über die Verstimmung der Staatsanwaltschaft über den Umzug der Wirtschaftsstaatsanwälte an den neuen zentralen Standort lassen vermuten, daß einerseits noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muß, andererseits möglicherweise eine etwas glücklichere Hand bei der Auswahl der Büroobjekte wünschenswert wäre. Offensichtlich hat der unter dem Vorsitz des Senators tagende Beirat, der die Abstimmung des Reformprozesses innerhalb der Behörde sicherstellen soll und in dem nach meiner Kenntnis auch die Staatsanwaltschaft vertreten ist, noch nicht die gehörige Überzeugungskraft entwickelt.

D

Das Problem ist — wie in allen Ressorts — immer dasselbe. Kurz vor der Wahl muß etwas präsentiert werden, dann werden auch schon einmal Schnellschüsse produziert. Fehler unterlaufen, das liegt auf der Hand. Richtig heißt es im Bericht der Justizbehörde — Zitat —:

„Die Umsetzung von Veränderungsvorschlägen kann allerdings nur durch die jeweilige Einheit selbst erfolgen. Nur wenn die Mitarbeiter/-innen sowohl die Notwendigkeit zur Veränderung erkannt als auch das positive Resultat der Verbesserung selbst „erlebt“ haben, wird ein Organisationsentwicklungsprozeß dauerhaft erfolgreich verlaufen können.“

Es fragt sich nur, in welcher Weise hier die erforderlichen Beteiligungsprozesse stattgefunden haben und stattfinden oder welche Gründe sonst für die Verstimmungen verantwortlich werden können. Ich denke, das ist nicht nur der Bereich Wirtschaftsstaatsanwaltschaft.

Es ist klar, daß die spruchrichterliche Tätigkeit nicht Gegenstand einer Organisationsreform sein kann, ja, es darf noch nicht einmal der Anschein erweckt werden, daß durch organisatorische Maßnahmen disziplinierend auf Richter eingewirkt werden soll. Hier scheint die CDU anderer Auffassung zu sein. Sie ist mit der Praxis der Jugendgerichtsbarkeit nicht zufrieden und schlägt prompt die Rotation der Jugendrichter vor. Damit, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie sich selbst disqualifiziert. Das muß man einmal deutlich sagen.

(Manfred Mahr GAL)

A (Berndt Röder CDU: Wieso denn? Erzählen Sie doch mal!)

Bei der Beschreibung der Ziele des Konzepts „Justiz 2000“ steht ein wichtiger Satz:

„Das Ziel dieses Prozesses sind moderne Arbeitsstrukturen, die effektives und schnelles Handeln auf kurzen Wegen ermöglichen und sowohl mitarbeiter- als auch kundenfreundlich sind.“

Das Neue Steuerungsmodell soll hier weiterhelfen, was im Prinzip richtig ist. Ich denke, darin sind wir uns hier im Saal einig. Der Senat hat deshalb als zentrale Reformelemente die Budgetierung und Dezentralisierung herausgestellt. Dabei wird aber darauf zu achten sein, daß die Arbeitskraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter — das gilt nicht nur für die Justizbehörde — nicht wie eine Zitrone ausgepreßt wird: Immer schneller, immer besser, immer effektiver — bis zum Herzstillstand. Das kann auch nicht der Weisheit letzter Schluß sein.

(Berndt Röder CDU: Davon ist die Justiz aber noch weit entfernt!)

Wir laufen — zur Zeit jedenfalls — Gefahr, den Grundgedanken des Neuen Steuerungsmodells unter dem Druck der knappen Haushaltsmittel einseitig *nur* unter Spargesichtspunkten umzusetzen. Dies gilt meiner Ansicht nach übrigens nicht nur für die Justizbehörde; möglicherweise ist auch hier die berechtigte Sorge vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden zu suchen. Dies sollte der Senat berücksichtigen, wenn er das Projekt „Justiz 2000“, wie es heißt, mit allem Nachdruck auch gegenüber Skeptikern und Reformwiderständen vertreten will.

B Die Dezentralisierung vieler Aufgaben ist sicher ein wichtiger Schritt zu mehr Eigenverantwortlichkeit der Dienststellen. Dies ist in jedem Fall zu begrüßen. Wie das im Personalbereich funktionieren soll, ist mir aus der Drucksache noch nicht ganz klar geworden und sollte von seiten des Senats noch einmal genauer erläutert werden.

Bei der Budgetierung ist weiterhin das zentrale Problem, in den betroffenen Dienststellen eine professionelle Verwaltung sicherzustellen. Dies wird auch in der Drucksache spätestens bei der Diskussion über die sogenannten Gerichtsmanager deutlich. Richter und Justizbeamte sind in der Regel nun einmal keine gelernten Betriebswirte. Ob Nachschulungen ausreichen, ist doch eher fraglich.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen.

(Friedrich Heß SPD: Sehr gerne!)

In der Zielrichtung ist das, was mit dem Bericht der Justizbehörde vorgelegt worden ist, sicher weitgehend in Ordnung. Ob die innerbehördlichen Überzeugungsprozesse bisher aber so gelaufen sind, wie es für eine durchgreifende Reform erforderlich wäre, daran habe ich meine gewissen Zweifel. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Professor Hoffmann-Riem.

Senator Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich darin einig, daß die Justiz eine zentrale Säule der Gesellschaft ist. Wird sie brüchig, leiden die Bürgerinnen und Bürger,

leidet der Staat, leidet die Wirtschaft. Das gilt ganz besonders in Zeiten von Krisen. Gegenwärtig schlittert die deutsche Gesellschaft in viele Teilkrisen hinein, Krisen der wirtschaftlichen Stabilität, der sozialen Gerechtigkeit, der Zukunftssicherheit, von der Finanzkrise des Staates ganz zu schweigen.

Ich glaube, auch die Justiz befindet sich im Krisenstrudel. Diese Aussage betrifft nicht nur die Krise des Vertrauens in die Justiz, von der die Gerichtspräsidenten zwar meinen, daß es sie nicht gibt, die ich aber sehr häufig spüre.

Die Justiz befindet sich auch in einer Krise ihres Selbstverständnisses. Viele Richterinnen und Richter verstehen nicht, warum sie gescholten werden, wo sie sich doch so viel Mühe geben und so fleißig sind.

(Heino Vahldieck CDU: Mühe allein reicht nicht!)

Sie ertrinken in der vielen Arbeit, die zum Teil quantitativ, fast überall qualitativ gewachsen ist. Sie sind von der Politik enttäuscht, weil sie den Gerichten nicht mehr Personen und Finanzen bereitstellt, sondern sogar verlangt, daß sich die Justiz an den allgemeinen Sparnotwendigkeiten der Konsolidierung beteiligt.

Ich glaube allerdings — diese Überzeugung wächst in der Justiz —, auch die Justiz muß Lasten tragen, aber sie muß in der Lage bleiben, ihre Aufgaben zu erfüllen. Meine Devise lautet: Die Justiz muß alles in ihrer Kraft Stehende tun, um ihre Funktionsfähigkeit zu sichern. Dem dient das Reformprojekt „Justiz 2000“, eine wirklich große Kraftanstrengung der Hamburger Justiz.

Wenn die Justiz das ihr Mögliche zur Rationalisierung unternommen hat, es aber nicht reicht, um die Funktionsfähigkeit zu sichern, dann ist allerdings die Politik wieder gefragt. Senat und Parlament entscheiden nämlich auch mit ihrem Haushaltsplan darüber, welchen Wert sie, welchen Wert die Gesellschaft einer funktionsfähigen Justiz beimessen.

Ich glaube allerdings nicht, daß die Justiz in der Vergangenheit schon alles aus eigener Kraft Mögliche getan hat.

(Berndt Röder CDU: Das glaube ich auch nicht!)

Die Gerichtsverwaltung hat noch nicht in allem den Anschluß an die Moderne gefunden. Die Abläufe sind noch nicht so schlank wie möglich und wünschenswert. Das Gerichtsmanagement ist noch nicht professionell genug. Die Möglichkeiten zur optimalen Mittelverwendung sind noch nicht ausgeschöpft. Es gibt noch Hürden bei der Nutzung des großen Kreativitätspotentials der Mitarbeiter, das im Augenblick allerdings schon erstaunlich geweckt wird. Und es gibt noch viele Motivationslöcher. Dennoch, es ist schon viel geschehen, und entgegen der Wahrnehmung von Herrn Vahldieck bemerkenswert viel.

Wir sind mitten in einem Reformprozeß, der alle Teile erfaßt und überall Veränderungen bewirken soll und wird. Allerdings ist er noch nicht am Ende. Er ist als mittelfristiger Prozeß geplant und wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Dies ist im übrigen — das ist schon betont worden — keine Reform von oben, sondern eine Reform unter Nutzung des Sachverständs der Betroffenen. Sie haben schon jetzt erstaunlich viele Ideen in diesen Reformprozeß investiert, sie haben aber auch viele Ängste und viele Abwehrhaltungen, die bei jeder Reform in jeder Organisation zu beobachten sind. Das ist also keine Besonderheit von Justiz.

(Senator Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem)

- A Reformen von Justizverwaltungen gibt es auch in anderen Bundesländern. Allerdings ist die Reform in Hamburg umfassender angelegt als irgendwo anders. Ein Stadtstaat mit engen Kommunikationswegen und vielen Vernetzungen benötigt eine Reform aus einem Guß. Das macht die Sache anstrengend, das macht sie auch riskant. Aber dieser Weg ist unvermeidbar. Dabei vertraut die Reform auf Elemente, die auch in anderen Bereichen von Verwaltung bewährt sind: Dezentralisierung, Budgetierung, Professionalisierung, Ausbau der Technik, Personalentwicklung. Das sind wesentliche Strukturelemente. Allerdings können sie nicht einfach aus anderen Verwaltungsbereichen übernommen werden. Sie müssen an die Besonderheiten von Justiz angepaßt werden, und dabei müssen sie modifiziert werden. Dafür gibt es fast keine Vorbilder. Deshalb ist der Reformprozeß als ein lernender Prozeß angelegt.

Dabei baut die Reform auf vielem auf, für das schon in früheren Jahren die Weichen gestellt worden sind, für das frühere Justizsenatoren schon viel Wichtiges geleistet haben. Deshalb konnte vieles — wie ich meine — auch schnell passieren. Vorbildlich ist schon jetzt die Vollautomation des Grundbuchamtes in Hamburg-Mitte, bei den Außengerichten wird sie in Kürze auch fertig sein.

Auch das Mahnverfahren, ein wirkliches Problemfeld der Vergangenheit, steht kurz davor, rückstandsfrei zu sein.

(Berndt Röder CDU: Das wollen wir mal abwarten!)

— Es handelt sich noch um wenige Wochen. Wenn der Gerichtspräsident Beschwerdebriefe zu beantworten hat, dann solche zu Fällen aus der Vergangenheit.

(Berndt Röder CDU: Das kann ich auch gut verstehen!)

- B — Nehmen Sie das doch zur Kenntnis und stellen das schon Erreichte vielleicht auch einmal positiv dar. Der Rückstand im Mahnverfahren ist fast abgebaut, und zwar nicht nur im Bereich der Großgläubiger. Wir planen, in der ersten Jahreshälfte 1998 — vielleicht am Anfang — die Vollautomation des Mahnverfahrens durchzuführen. Außerdem planen wir etwas, was es noch nirgendwo in Deutschland gibt, was aber überfällig ist, nämlich eine On-line-Verbindung aller Anwälte und aller Unternehmen, die das haben möchten, direkt an das Mahngericht, so daß gegebenenfalls minutenschnell gehandelt werden kann und die entsprechenden Bescheide erlassen werden.

Wir modernisieren die Technik nicht nur hier, auch in anderen Bereichen, ich werde nicht alles erwähnen. Staatsanwaltschaft und Gerichte befinden sich in großen Modernisierungsprozessen. Leider gibt es noch nicht für alles die notwendige Software — das muß man sich einmal klar machen —, die muß erst entwickelt werden. Wir sind im Verbund mit anderen Bundesländern dabei.

Dabei nutzen wir natürlich auch neuere Entwicklungen, aber nicht so, wie es Herr Vahldieck eben für das Schnellstverfahren versucht hat zu karikieren. Herr Vahldieck, was haben Sie für ein Demokratieverständnis, wenn Sie kritisieren, daß der Justizsenator sich dafür einsetzt, daß ein geltendes Gesetz umgesetzt wird? In der Tat ist dieses Gesetz über die Hauptverhandlungshaft nicht durchdacht. Das Gesetz ist schlecht, es wird vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Die verfassungskonforme Auslegung des Bundesverfassungsgerichts wird es zumindest auf einen richtigen Weg bringen, oder es wird für ungültig erklärt werden. Dieses Gesetz wird nicht nur von

uns, sondern auch von der Anwaltschaft und in vielen anderen Bereichen kritisiert. Auch wir haben es im Bundesrat abgelehnt

Wenn aber ein Gesetz vom Bundestag verabschiedet wird, und sei es auch gegen den Willen des Bundesrats, dann gilt dieses Gesetz auch in Hamburg. Ich habe von Anfang an gegenüber den Gerichten klargemacht: Es geht nicht an, daß man rechtspolitische Einwände gegen ein Gesetz dazu nutzt, um dieses Gesetz nicht anzuwenden. Der demokratische Gesetzgeber geht vor.

(Beifall bei Dr. Achim Reichert STATT Partei)

Deswegen habe ich vor langer Zeit die Aussage gemacht: Wenn dieses Gesetz kommt, dann werden wir die Infrastruktur dafür einrichten, damit es angewandt werden kann. Aber wir werden uns bemühen, es sinnvoll zu nutzen. Ich glaube nicht, daß das Bochumer Modell eine sinnvolle Nutzung ist. Die Anhörung im Rechtsausschuß der Bürgerschaft hat dies auch gezeigt. Aber es gibt andere Möglichkeiten, insbesondere die Möglichkeit, die etwa in Stuttgart oder Frankfurt genutzt wird — das wollen wir auch tun —, mit Hilfe schnellerer Verfahren die Untersuchungshaft zu verkürzen, und zwar auch in dem Bereich der sogenannten beschleunigten Verfahren, bei denen Hamburg führend ist. Kein anderes Bundesland führt quantitativ so viele Verfahren dieser Art durch wie Hamburg. Wir liegen damit in absoluten Zahlen und proportional an der Spitze. Das müssen uns die anderen erst einmal nachmachen!

Wer immer das Bochumer Verfahren lobt, sollte hinzufügen: Die Bochumer haben fünf Fälle im Monat, ganze fünf Fälle! Da der Gerichtsbezirk von Bochum ein Viertel von Hamburg ist, müßten wir also 20 Fälle dieser Art bearbeiten. Im übrigen betreffen 90 Prozent Ladendiebstähle. Das ist wirklich keine Gerichtsreform. Wir versuchen das, was der Bundesgesetzgeber vorgesehen hat, umfassender und sinnvoller zu nutzen. So handeln wir auch in anderen Zusammenhängen.

Lassen Sie mich speziell auf das Projekt „Justiz 2000“ zurückkommen. Noch nie ist in Hamburg ein so ehrgeiziges Reformprojekt durchgeführt worden. Änderungen lösen Ängste aus, manche Betroffene wenden sich dann an Zeitungen, um das Rad zurückzudrehen, zuletzt einige — Herr Reichert hat es einfürend dargelegt —, die den Umzug der Staatsanwaltschaft in das modernste Gebäude, über das die Justiz verfügt, aus persönlichen Gründen torpedieren wollen. Sie wollen in einem Gebäude in der City Nord bleiben, in das die Staatsanwaltschaft vor fünf oder sechs Jahren gezogen ist, übrigens gegen den Protest fast aller Staatsanwälte. So ist das nun einmal, manchen fallen Änderungen schwer, auch wenn sie letztlich vorteilhaft sind.

Die Auswahl dieses Gebäudes entspricht dem ausdrücklichen Willen der Leitung der Staatsanwaltschaften. Wir haben uns sehr anstrengen müssen, um die Anmietung des Gebäudes zu erreichen, und wir haben alles — auch die Entscheidung darüber, wer dort hineinkommt, wie es ausgestattet und umgebaut wird — der Staatsanwaltschaft überlassen. Die Konzentration der Staatsanwaltschaft in der Nähe des Gerichtsforums ist eine Notwendigkeit. Sie wird für die Betroffenen vorteilhaft sein, nicht nur für die Staatsanwälte, auch für die Gerichte und die Bürgerinnen und Bürger, und wir werden die räumliche Konzentration fortsetzen. Ich hoffe, wir werden eine Lösung trotz

(Senator Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem)

A der aktuellen Proteste aus dem Bereich des Sozialgerichts finden.

Reformen sind — das kann man an diesem Beispiel deutlich merken — ein Hindernisrennen. Entscheidend ist nicht, ob es Hürden gibt, sondern ob die Sprungkraft reicht, sie zu überwinden. Natürlich müssen auch alle bereit sein zu springen. Das erfordert noch manche Überzeugungsarbeit, eine Reform geht nämlich vorrangig in den Köpfen vorstatten. Wenn die Reform jetzt nicht gelingt, ist eine Chance für lange Zeit vertan. Die Krise der Justiz ist zugleich ihre Chance, sich zu verändern. Der Projektbericht zeigt, wohin die Reform führen soll und wie weit sie schon geführt hat. Alles steht erst am Anfang, aber wer nicht beginnt, wird auch nicht ankommen. Ich wünsche der Justiz, daß sie schnell am Ziel ankommt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Die Bürgerschaft hat die Senatsmitteilung 15/7871 zur Kenntnis genommen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Große Anfrage 15/7644 zum Straßenverkehrslärm, das ist Punkt 8 der Tagesordnung, nicht zu besprechen.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Straßenverkehrslärm, seine Folgen und seine
Reduzierung — Drucksache 15/7644 —]**

Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 86 und 110 auf: Bericht des Wirtschaftsausschusses zum Hafenentwicklungsplan mit einem CDU-Antrag.

B **[Bericht des Wirtschaftsausschusses
über die Drucksache 15/6705:
Hafen Hamburg — Zentrum für logistische
High-Tech-Dienstleistung (Hafenentwicklungsplan)
(Senatsmitteilung) — Drucksache 15/7762 —]**

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Hafenentwicklungsplan — Drucksache 15/7792 —]**

Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als der Hafenentwicklungsplan Anfang des Jahres vorgelegt wurde, fanden wir eine nette Präsentation in übersichtlicher bunter Form vor, eine Auflistung von Planungen, Überlegungen, Erwartungen und Zielen. Die Analysen aufgrund der erwarteten Verkehrsentwicklung und auch die Handlungsnotwendigkeiten sind im großen und ganzen nachvollziehbar, auch wenn sie nur mit wenig Zahlenmaterial belegt sind, was sich eigentlich für eine mittelfristige Planung anbieten würde.

Wenn man nun dieses Papier sieht und einem kurz nach Erscheinen dieses Papiers unter Voranstellung unseres lateinischen Rathausspruchs ein weiteres Papier „Standort- und Hafenentwicklungen im 21. Jahrhundert“ auf den Tisch flattert, so ist dieser Vorgang nicht sonderlich geeignet, nach Abzweigung von 100 Hektar Hafenflächen für einen hoffentlich guten Zweck ein größeres Sicherheitsgefühl für die Hafenplanung zu vermitteln.

Es stellt sich die Frage, ob dieser Hafenentwicklungsplan mit dieser Drucksache nicht zur Makulatur geworden ist. Unabhängig davon weist dieser Plan eine Reihe schwerwiegendster Mängel auf. Dieses hat die Sachverständigenanhörung im Wirtschaftsausschuß ganz klar ergeben, denn für alle genannten notwendigen Infrastrukturmaßnahmen sind weder in zeitlicher Hinsicht noch in der Prioritätenfolge präzise Angaben zu finden. Es gibt außerdem so gut wie keine Aussagen zu den Kosten der Projekte, und Finanzierungsmodalitäten konnten wir nur in nebligen Andeutungen entdecken. Massive Kritik wurde an der starken Unterbelichtung des Nicht-Container-Bereichs deutlich, obwohl hier ein ansehnliches Arbeitsplatzpotential vermutet werden darf.

Wir wollen mit unserem Antrag den Senat auffordern, aktiv zu werden, um den aufgebauten Entscheidungstau endlich abzubauen, damit unser Hafen auch sicher im 21. Jahrhundert funktionieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Porschke.

(Dr. Rolf Lange SPD: Man kann auch verzichten!)

Alexander Porschke GAL:* Ja, Herr Lange, das kann man auch. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich mache es kurz, mehr ist es auch nicht wert.

Wir haben schon früher gesagt, daß die Aufstellung dieses Hafenentwicklungsplans ein Musterbeispiel dafür ist, wie in dieser Stadt Hafenpolitik gemacht wird. Da wird die Hafenvirtschaft um Stellungnahmen gebeten, aber all die anderen Betroffenen, die nicht von den ständigen Subventionen profitieren, die in den Hafen fließen, fragt man gar nicht erst. Man fragt nicht das Bezirksamt und die Umweltverbände. Die einzige Externe, die man befragt, ist die allseits beliebte Handelskammer. Nicht einmal die Handwerkskammer hatte man sich zu fragen entschlossen; bei der war man allerdings bereit, als sie um nachträgliche Beteiligung bat, ihr den Entwurf zuzuschicken, anders als dem BUND, der ihn ausdrücklich nicht erhielt. Daran kann man die Einseitigkeit des Planungsverfahrens erkennen, und damit haben sich auch die bürgermeisterlichen Beteiligungsversprechen zum Beispiel zur Agenda 21, zur Zukunftsfähigkeit der Stadt und so weiter mal wieder als wohlfeile Sonntagsreden entlarvt.

Dann ist es natürlich kein Wunder, wenn inhaltlich nur Unsinn herauskommt, wenn an der Flächenverschleuderung festgehalten werden soll, wenn wieder große Teile der Hafeninvestitionen auf den gebeutelten Stadthaushalt abgewälzt werden, wenn die Hafenlobby schon wieder ihre gierigen Finger in Richtung Moorburg ausstreckt und wenn der Hafen für den Naturschutz Ausnahmegebiet bleibt. Das alles wird begründet mit den Arbeitsplätzen, von denen man meinte, sie dadurch zu verteidigen, denn im ersten Entwurf des Hafenentwicklungsplans hieß es noch, die Arbeitsplatzverluste im Umschlagbereich könnten so zum Teil als Arbeitplatzeffekt zu Altenwerder aufgefangen werden. Man wußte also von vornherein, daß man bestenfalls die Verluste verringern kann, es aber keine positiven Arbeitplatzeffekte mit sich bringt.

Für all das besteht also weiterhin der alte Trott der überholten Hafenpolitik, und jetzt sollen noch 100 Hektar für die Hafencity aus dem Hafengebiet herausgenommen werden. Damit ist dieses Produkt endgültig Makulatur geworden und taugt nur noch als Dokument von verkommener Planungskultur. Sie können es getrost in den Altpapierkorb werfen.

(Beifall bei der GAL)

A Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Porschke hat im Ausschuß und in der Sachverständigenanhörung — das darf ich ihm attestieren — auf hohem Niveau gefragt und diskutiert. Er war um Klassen besser, als er sich eben präsentiert hat; er kann mehr.

(*Heike Sudmann GAL:* Oh, wie väterlich!)

Ich möchte kurz auf das Protokoll eingehen, weil ich die Sachverständigenanhörung von der Sache her für wertvoll fand. Es gibt im Hinblick auf die Entwicklungsperspektiven — daraus abgeleitet dann auch auf die Frage, was für Maßnahmenkataloge entwickelt werden müssen — einige zentrale Aussagen. Ich darf betonen, daß diese zentralen Aussagen von allen Sachverständigen geteilt worden sind.

Erstens: Der Welthandel wächst im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in einer Rate von drei zu eins, das heißt, es findet durch die internationale Arbeitsteilung, wie man sie im einzelnen auch immer bewertet, Verkehr statt.

Zweitens: Es gibt eine Verlagerung des warenproduzierenden Gewerbes von den industriellen Kernländern in der EU nach Polen und in andere osteuropäische Länder. Das ist wichtig für den Verkehrsknotenpunkt Hamburg.

Drittens: Der Warenverkehr hat durch den Binnenmarkt enorme Impulse gewonnen, der Massengutumschlag verliert in den meisten Häfen weiter an Gewicht. Stückgut- und Containerverkehr nehmen absolut und relativ zu. Es ist bis zum Jahre 2010 mit einer Zunahme von bis zu 7 Prozent jährlich zu rechnen. Das heißt, die Wachstumsersparungen für die nächsten 20 Jahre, bezogen auf den Hamburger Hafen, sind realistisch und werden auch im Hinblick auf den Hafenentwicklungsplan Anfang der neunziger Jahre bei weitem schon übertroffen. Die anvisierte Kapazitätsauslastung von 85 Prozent im Containerumschlag ist schon 1997 eingetreten. Das ist die empirische Grundlage, auf der wir aufbauen und entscheiden müssen, was wir mit der sich daraus ergebenden Chance in den nächsten 20 bis 25 Jahren machen wollen. Viele dieser Entscheidungen bedeuten allerdings auch, Kapazitäten zu erweitern, neu zu schaffen und diesen Verkehrsströmen die Möglichkeit zu geben, sich in Hamburg in eine Wertschöpfungskette einzuklinken, die für diese Stadt etwas bringt.

Man kann dieses auch anders entscheiden. Ich empfehle allerdings dringend, sich in dieser Frage offen zu zeigen und die Chancen, die sich daraus ergeben, zu nutzen. Das muß für mich nicht zwingend Hafenerweiterung nach außen bedeuten, das heißt für mich auch Hafenerweiterung nach innen. Die Zahlen der letzten zehn, 15 Jahre belegen im übrigen, Herr Porschke, daß wir nach innen eine Hafenerweiterung in einer Größenordnung von etwa 200 Hektar realisiert haben. Das ist ein richtiger Brocken, und es kommen mit Altenwerder für reine Hafennutzung ungefähr noch einmal 200 Hektar hinzu. Wenn Sie dann noch die 100 Hektar wegnehmen, die durch die Hafencity entlassen werden, dann kann man unter dem Strich zwar das einzelne Objekt kritisch betrachten, man kann aber bei der Bilanz nicht behaupten, daß hier rücksichtslos in die Fläche gegangen worden wäre und Fläche auf der anderen Seite brach liegengelassen wird.

Zum Konzept Altenwerder möchte ich in der Sache nichts mehr sagen, darüber ist lange diskutiert worden, das ist Bestandteil des Hafenentwicklungskonzepts. Lassen Sie

mich lediglich zum Schluß noch etwas zu Moorburg sagen, da das auch in der politischen Debatte eine Rolle spielt und eine Diskussion in der Sachverständigenanhörung eingenommen hat.

Es ist meine persönliche Meinung, wenn ich sage, daß ich es für völlig in Ordnung finde, daß man eine flächenmäßige Stadtentwicklung, auch eine wirtschaftliche Entwicklung, nicht immer nach dem Prinzip betreibt, über jede Fläche, die man hat, heute zu entscheiden. Stadtentwicklung verlangt auch, in bestimmtem Umfang Optionen für die folgende Generation, die hier in 20 Jahren sitzt, offenzuhalten.

Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Jeder weiß, daß ich mich gegen den Flughafen in Kaltenkirchen immer ausgesprochen habe. Gleichwohl halte ich es für richtig und sachgerecht, daß man die Fläche unter Optionsgesichtspunkten liegenläßt und eines Tages von einer anderen Politikergeneration darüber entscheiden läßt. Das gleiche gilt für Moorburg. Ich finde es okay, wenn die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, daß Menschen dort leben können. Ich halte es aber für sachgerechter, heute nicht mit Ja oder Nein zu entscheiden, sondern diese endgültige Entscheidung einer folgenden Generation zu überlassen.

Im Gegensatz zu Herrn Porschke und auch zur CDU bin ich der Meinung, daß dieser Hafenentwicklungsplan eine gute konzeptionelle, gedankliche und politische Grundlage ist, die Hafenpolitik auch in der nächsten Legislaturperiode in diesem Parlament fortzusetzen. — Danke.

(Beifall bei der SPD)

B

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Bürgermeister Professor Rittershaus.

Zweiter Bürgermeister Dr. Erhard Rittershaus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß der neue Hafenentwicklungsplan positiv aufgenommen wird; das war auch die Meinung der Sachverständigen.

(Lachen bei der GAL)

— Es war so, sie haben es ja bestätigt.

Die Ergebnisse der letzten Jahre — alle Redner haben das bestätigt — und alle Prognosen bestätigen die hervorragenden Entwicklungsperspektiven; diese übertreffen alle Planungen. Allein im ersten Halbjahr 1997 stieg der Containerumschlag gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als 10 Prozent. Geplant waren knapp 6 Prozent, also fast eine Verdoppelung.

(*Alexander Porschke GAL:* Und das bei der Elbtiefe!)

— Sonst wäre es mehr gewesen, und wir hätten damit mehr Arbeitsplätze sichern können.

Trotz der weit fortgeschrittenen Containerisierung ist der konventionelle Umschlag von Gütern und Waren auch weiterhin wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil eines Universalhafens. Um diese Geschäftsfelder müssen wir uns kümmern, diese Geschäftsfelder müssen wir stabilisieren. Wir brauchen unternehmerische Initiativen, die das aufgreifen, und diese müssen wir auch nutzen.

Die anderen wichtigen Hafenbauprojekte sind angelaufen und unumkehrbar auf den Weg gebracht worden; sie sind

C

D

(Zweiter Bürgermeister Dr. Erhard Rittershaus)

A hinreichend bekannt. Alle Planungen und Projekte, die in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden sind, sind Signale für die internationale Hafen-, See- und Transportwirtschaft, daß der Hamburger Senat — ich glaube, da sind wir uns alle einig — unmißverständlich die Zukunft des Hafens sichert.

Keine positiven Signale sind die Blockaden der Schifffahrt durch die Elbfischer, wie sie bereits stattgefunden haben. Wir haben eine große geplante Blockade für das Wochenende abwenden können. Allerdings erwarten die Fischer wie auch die Betroffenen von uns das konstruktive Gespräch, und das darf Politik den Menschen nicht versagen. Wer uns kennt, weiß, daß wir diese Themen auch vor Ort aufgreifen und nicht nur darüber reden.

Der Hafen — ich möchte nur noch wenige Punkte nennen — bedarf der permanenten Verbesserung der Infrastruktur zum Hafen und vom Hafen. Das sind Marktanteile, das sind Kosten. Sie müssen dabei bedenken, daß der Transport eines Containers von Hongkong nach Hamburg in etwa soviel kostet wie der Transport dieses Containers von Hamburg nach München.

Deswegen verfolgt der Senat die Bestrebungen der Wettbewerbshäfen, denn das sind auch für die Wettbewerbshäfen standortgebundene Arbeitsplätze, und wir kämpfen, daß sich diese Wettbewerbshäfen keine ungerechtfertigten Subventionen, ob durch ihre Landesregierung oder durch Brüssel, verschaffen. Wir müssen dieses mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Wir haben morgen Bundesverkehrsminister Wissmann hier und werden ihm dieses vortragen. Wir werden nachdrücklich fordern, daß nicht mit deutschen Steuergeldern seitens der EU Subventionen, die gegen unsere eigenen Wirtschaftsinteressen gerichtet sind, gegeben werden. Ich glaube, da ziehen wir an einem Strang.

B Weiter ist zu bedenken, daß der Hamburger Hafen der größte Außenhandelsplatz ist und wir in Hamburg eine einmalige Kombination sämtlicher Verkehrs- und Transportträger haben, also See, Luft, Schiene und Straße, und dieses gilt es wechselseitig zu nutzen. Ebenso müssen wir die skizzierten Fragen den EU-Kommissaren aus Brüssel vortragen. Herr van Miert und Herr Kinnock waren beide in den letzten Monaten in Hamburg, und wir konnten ihnen sehr ausführlich unsere Verkehrssituation, den Flughafen wie den Hafen, zeigen. Beide haben uns zugesichert, daß sie diese EU-weiten Interessen normalisieren wollen und unsere Dinge berücksichtigen.

Im übrigen freue ich mich, daß auch die CDU generell diesen Grundlagen des Hafens zustimmt, und ich bin sicher, daß die Bürgerschaft und die Wähler mit ihrer Mehrheit den Hafen und die Hafenkonzepte, die die Zukunft sichern, tragen, denn nur das schafft und sichert Arbeitsplätze und bindet und stabilisiert die Wirtschaftskraft. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD — Alexander Porschke GAL: Wieviel Arbeitsplätze?)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Porschke. C

Alexander Porschke GAL:* Herr Rittershaus, ich schätze Ihre freundliche Art, muß aber leider sagen, daß wir diesen Plan nicht freundlich aufgenommen haben, sondern ihn für altpapierwürdig halten.

Aber ich wollte mich eigentlich an Herrn Dobritz wenden. Sie haben gesagt, man solle nicht alles heute entscheiden, und als Beispiel Kaltenkirchen genannt. Wir könnten uns vielleicht in der Mitte einigen und sagen, Moorburg darf nicht vor Kaltenkirchen realisiert werden; das wäre doch ein Angebot.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer stimmt dem CDU-Antrag aus Drucksache 15/7792 zu? — Gegenprobe. — Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Den Bericht des Wirtschaftsausschusses hat die Bürgerschaft zur Kenntnis genommen.

Für den Tagesordnungspunkt 37 e — Bericht des Haushaltsausschusses zum Hospiz der Leuchttfeuer Aids-Hilfe — hat die anmeldende Fraktion auf eine Besprechung verzichtet.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 15/7827:

Haushaltsplan 1997: Nachforderung von 600 000 DM bei dem neu einzurichtenden Titel 4640.893.08 „Zuschuß an die Hamburg Leuchttfeuer Aids-Hilfe gGmbH zur Schaffung eines Hospizes“ — Drucksache 15/7927 —] D

Ich frage dennoch, ob jemand nach Paragraph 26 Absatz 6 der Geschäftsordnung einen Beitrag leisten möchte. — Dann bleibt uns nur abzustimmen. Wer will der Ausschussempfehlung zustimmen? — Das ist einstimmig.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und freue mich schon auf morgen. — Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 21.51 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Ingo Kleist, Ralf Mairose, Dr. Andreas Mattner und Claus Müller.

Anlagen

Zu Punkt 5**Anlage 1**

(Siehe Seite 5161 A)

Ergebnis der Wahl einer Stellvertreterin für den Landeswahlausschuß für die Wahl zu den Bezirksversammlungen (Drs 15/7806)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültig
Susann Annemüller	85	73	7	4	1

Zu Punkt 5 a**Anlage 2**

(Siehe Seite 5161 A)

Ergebnis der Wahl eines Mitglieds für den Landeswahlausschuß für die Wahl zu den Bezirksversammlungen (Drs 15/7842)

Gewählt wurde:	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültig
Antje Radcke	86	70	10	5	1